

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeichnungs-
 Preisliste. Unter Streichband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechspaltige Kolonne
 ober dem roten Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Stel-
 lung) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Kampf geht weiter.

Die streikenden Bergarbeiter haben die Hand zum Frieden geboten — die Unternehmer aber wollen keinen Frieden, sie verlangen nur die bedingungslose Unterwerfung der Sklaven. Der Kampf geht also weiter und die Unternehmer haben die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Und der Reichskanzler hat diese Verantwortung mitzutragen — auch er, an den sich die Vertreter der Streikenden gewandt haben, hat keine andere Antwort für sie, wie die Aufforderung zur bedingungslosen Unterwerfung. Das aber werden die Arbeiter nicht tun. Und daß sie es nicht nötig haben werden, dafür wird nicht nur die deutsche Arbeiterklasse alle Kräfte einsetzen, dafür wird auch die Solidarität der Bergarbeiter aller Länder sorgen, die sich in wahrhaft erhebender und wirksamster Weise betätigt. Wir lassen nachstehend die Berichte über die neue Wendung des Kampfes folgen.

In Bochum fand am Sonntag die bereits in unserer Sonntagsnummer angekündigte wichtige Versammlung statt, in der Sachse namens der Siebener-Kommission über deren letzte Beschlüsse Mitteilung machte. Ueber diese Versammlung berichtet unser E-Korrespondent:

Bochum, 5. Februar 1905.

Die Siebenerkommission hatte heute nach hier eine allgemeine Revierversammlung einberufen. Wegen Ueberfüllung des „Schlingenhofes“, welcher circa 7000 Personen aufnahm, fanden noch zwei weitere Versammlungen statt. Der Abg. Sachse referierte über den Stand der Bewegung. Sachse schilderte kurz den Verlauf der Bewegung und rechtfertigte dann das Verhalten der Siebenerkommission gegenüber der Aufforderung, für Aufhebung der Novelle zum Vergleiche mit der Parole zur Einstellung des Kampfes zu quittieren. Schon einmal, im Jahre 1902, habe man anläßlich der vorher angegriffenen Reform mehr Arbeitertrug bekommen und der bisherige Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen rechtfertige das größte Mißtrauen; man wisse noch gar nicht, was kommen werde. Mochten sich doch sogar Bestrebungen bemerkbar, mit der Reform — oder an Stelle derselben — ein Zuchtgesetz einzuführen. Die Siebenerkommission, das wolle er gegenüber den Schwindelmeldungen über Uneinigkeit in dieser Korporation ausdrücklich feststellen, sei sich einig darin, daß ohne bestimmte Garantien an ein Einstellen des Kampfes nicht gedacht werden könne. (Rufe: Bravo!) Aber man sei geneigt, die

Hand zum Frieden

zu bieten. Die Siebenerkommission habe nach dieser Richtung folgendes beabsichtigt: Der Reichskanzler wird aufgefordert, bezüglich der sechs Punkte, welche durch die Novelle geregelt werden sollen, zufriedenstellende Garantien zu geben. Bezüglich der übrigen acht Punkte werde man mit reduzierten Forderungen nochmals an den bergbaulichen Verein herantreten. Ob man nicht hinausgeworfen werde, wisse man noch nicht; verlasse der bergbauliche Verein seinen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt, sei er geneigt, die reduzierten Forderungen anzuerkennen, dann könne man zum Frieden kommen. Aber bedingungslos kapitulieren werde man nicht! — (Zustimmung. Bravo!) Am Donnerstag werde wiederum eine Streikkonferenz stattfinden. Eine Zurückweisung der Siebenerkommission durch den bergbaulichen Verein werde die Konferenz sicher mit der Parole: Es wird weiter gekämpft! beantworten. (Lebhafte Zustimmung.) Weiter beschäftigte Sachse sich mit den

Untersuchungen

der Beschwerden durch die Regierungskommission. Wenn es damit so weiter gehen sollte, wie bisher, dann möge man die Erhebungen nur einstellen. Vergat Wolf, der als Mitglied der Kommission auf Zeche „Herules“ die Meinung äußerte, die Arbeiter wollten die Verhandlungen verschleppen, habe wiederholt in seinen Berichten bemerkt, die Arbeiter sagten bei Nachforschungen von Mißständen die Unwahrheit. Jetzt, wo die Leute die Wahrheit sagen wollten, werde ihnen das verweigert. Ähnlich wie auf „Herules“ sei auch auf „Friedrichs Nachbar“ die Untersuchung geführt worden. Die Arbeitervertretung habe dort das Protokoll nicht unterschrieben. Nicht nur seien die Beschwerden der Arbeitervertreter nicht angenommen, eine der Zeche ungünstige Aussage der Einfahrer habe man ebenfalls nicht aufgenommen. Weiter empfahl Redner dringend, dafür zu sorgen, daß den

H. Arbeitswilligen

kein Haar gekrümmt würde. Es müsse dafür gesorgt werden, daß nicht wirkliche Verfassungen der Schwindelmeldungen ein Relief geben. Die Arbeitswilligen schwindeln, das belegte Sachse durch einige bezeichnende Fälle. Es sei festgestellt, daß Arbeitswillige Krankenscheine entnehmen unter dem Vorgeben, sie seien mißhandelt worden. Ein Arbeitswilliger habe die Schläge, die er von seiner Frau bekommen hat, als Mißhandlung durch Arbeitswillige ausgegeben. Ein anderer dieser lauberen Leute erlitt durch Fall von der Straßenbahn Verletzungen. Er rannte in ein Bierhaus und jammerte über Mißhandlung durch Arbeitswillige. Augenzeugen entwarfen den Schwindler, der dann für Stillschweigen über seine Gallanterei eine Runde Bier aß! — So sehen die berühmten Mißhandlungen der Arbeitswilligen aus, wenn man ihnen auf den Grund geht. Die Leute wissen ja, an gewissen Stellen hat man es gern, wenn sie Mißhandlungen erfinden. — Daß das angebliche Protokoll über die Verhandlungen auf Zeche „Gruchstraße“ in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aus

Verdrehungen und Lügen

besteht, hat Sachse dem Reichskanzler telegraphisch mitgeteilt. Die Beweise dafür werden vorgelegt. Unter anderem hat das Blatt auch eine Verächtigung gebracht, nach der es nicht wahr sein soll, daß einem Bauer im Monat 84 M. in Abzug gebracht sind. Sachse stellt an Hand des vorliegenden Lohnbuches fest, daß seine Behauptung stimmt, ja noch mehr! Im Monat August vorigen Jahres hat der betreffende Bauer 3. 8. 202 M. verdient. Es wurden aber Abzüge von 106 M. gemacht, darunter

96 M. für Schiefermaterial.

Da sehe man, wie es mit den hohen Löhnen bestellt sei. Bei den Verachtigungen besorge man die Taktik, die bezüglich der Behauptungen immer auf eine andere Zeche zu beziehen als diejenige, die genannt sei. So wird geschwindelt, die öffentliche Meinung betrogen.

Nachdem noch Hansmann in einigen Punkten die Ausführungen ergänzt hatte, gelangte eine Resolution zur Annahme, durch welche sich die Ausständigen verpflichten, strikte die Anordnungen der Siebener-Kommission zu befolgen.

Die Anfrage beim Bergbau-Verein.

An den Bergmeister Engel sandte die Siebener-Kommission in Verfolg ihrer Beschlüsse noch am Sonntag folgendes Telegramm:

Herrn Bergmeister Engel, Essen a. d. Ruhr!

Wir fragen hiermit ganz ergebenst an, ob der Verein für bergbauliche Interessen vielleicht geneigt sei, die Siebener-Kommission morgen, den 6. d. M., zu empfangen, um über fünf Punkte, welche zur Aufnahme der Arbeit führen würden, zu unterhandeln.

Die Siebener-Kommission.
J. A.: Johann Effert, Alt-Essen.

Der Bergbau-Verein fordert Unterwerfung!

Auf das Friedensangebot antworteten die Unternehmer: Herrn Johann Effert, Alt-Essen, Karlsruhe.

In ergebender Erwidderung Ihres im Namen der „Siebener-Kommission“ an den Bergmeister Engel gerichteten Telegramms von heute abend vermögen wir nach wie vor in dieser Kommission eine Vertretung der Gesamtbelegschaften nicht zu erblicken. Die Belegschaften haben sowohl bei Beginn des Ausstandes wie auch während desselben sich an die Anweisungen dieser Kommission zu wiederholten Malen nicht gefehert. Somit würde auch jetzt Abmachungen mit der „Siebener-Kommission“ jede Garantie der Durchführbarkeit fehlen.

Wir können uns deshalb von der von Ihnen im Namen dieser Kommission gewünschten Erörterung über fünf übrigens nicht näher bezeichnete Punkte irgendwelch praktisches Ergebnis nicht versprechen. Nochmals weisen wir auf unseren Antrag bei der königlichen Staatsregierung hin, eine eingehende Untersuchung auf allen Gruben des Bezirks zu veranstalten, um festzustellen, inwieweit die behaupteten Mißstände tatsächlich vorliegen. Die inzwischen angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß die erhobenen Anklagen über angeblich bestehende allgemeine Mißstände unberechtigt sind und der Ausstand grundlos begonnen wurde.

Wir vertrauen, daß die durch maßlose Agitation in den Ausstand getriebenen Belegschaften des von Ihnen begangenen Rechtsbruches sich bewusst werden und alsbald zur Arbeit zurückkehren.

Nach Wiederaufnahme der Arbeit sind unsere Forderungen verwaltungen gern bereit, berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter entgegenzukommen.

Bergbauverein.

E. Krabber, Airdorf. Kleine, Engel.

Daß die Anerkennung der Organisation nach wie vor abgelehnt wird, entspricht ja durchaus dem ganzen Verhalten der Unternehmer. Wer im Arbeiter nur den Knecht sieht, der sich bedingungslos den Befehlen des allmächtigen Herrn zu fügen hat, der kann natürlich auch nicht anerkennen, daß dieser Knecht eine Macht sei, mit der man durch gewählte Vertreter verhandelt. Es ist daher an den Arbeitern, den hochmütigen Herren zu zeigen, daß sie doch eine Macht sind. Freiwillig gibt man den Arbeitern ihr Recht nicht, wohlhin! so müssen sie es sich erzwingen!

Von einer geradezu grandiosen Unverschämtheit zeugt die immer wiederholte Behauptung der Unternehmer, es existierten keine allgemeinen Mißstände, und die Berufung auf die Ergebnisse der Untersuchung. Wir haben bereits gezeigt, daß die Mitteilungen angeblicher Untersuchungsprotokolle in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die offensichtlich von den Unternehmern stammen, dreiste Fälschungen sind und Sachse hat ja in der Bochumer Versammlung weitere Beweise dafür geliefert.

Das Telegramm an den Reichskanzler.

Die reduzierten Forderungen.

An den Reichskanzler hat die Siebenerkommission folgendes Telegramm gerichtet:

Die von den streikenden Bergleuten des Ruhrreviers gewählte Siebenerkommission wird sich erlauben, Eurer Excellenz umgehend eine Eingabe einzureichen bezüglich der Stellung der Bergleute zu der im preussischen Landtag angekündigten Novelle betreffend das preussische Vergesetz und den im Reichstag angekündigten Gesetzentwurf betreffend Rechtsfähigkeit der Arbeitervereine. Sw. Excellenz teilen wir dem ebenfalls mit, daß die genannte Siebenerkommission bei dem Verein für die bergbaulichen Interessen telegraphisch um eine Unterredung nachgefragt hat zur Wespredung folgender ermäßigten Forderungen:

1. Eine 15prozentige Lohnerhöhung (an Stelle des zuerst geforderten Minimallohns);
2. Kommt ein Bedinge nicht zustande, so soll der Durchschnittslohn gleichartiger Arbeiter gezahlt werden und nicht, wie bisher, der ortsübliche Tagelohn;
3. nach Aufnahme der Arbeit soll keine Maßregelung der Streikenden vorgenommen werden;
4. gute Deputatlohlen auch für bedürftige Invaliden und Bergmannsweibwen;
5. humane Behandlung.

Auf Grund der beschlossenen Verhandlungen soll die Arbeit eventuell sofort aufgenommen werden.

Die Siebenerkommission, Johann Effert.

Die Antwort des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat am 6. Februar der Siebenerkommission folgende höhnende Absage erteilt:

Ihr Telegramm habe ich erhalten und danke Ihnen für Ihre Mitteilung. Im allgemeinen Interesse halte ich es für dringend geboten, daß die Arbeit jetzt, wie Sie am Schluß in Aussicht stellen, sogleich wieder aufgenommen wird. Für diesen Fall bin ich auch gern bereit, Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer zur weiteren Verhandlung zu empfangen.

Reichskanzler Graf Bülow.

Also: beugt Euch, unterwerft Euch! Garantien gibt es nicht, unterhandeln werde ich nicht mit Euch! Der Reichskanzler sagt zwar, nach Wiederaufnahme der Arbeit werde er Vertreter der Arbeiter empfangen, um mit ihnen zu verhandeln. Der Reichskanzler ist sich aber natürlich keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß dann, wenn sich die Arbeiter bedingungslos unterwerfen haben, die Verhandlungen nur eine Possie wären, den Sklaven zur Aufseherung vorgespielt, um sie glaubensfroh und arbeitslustig zu erhalten. Was will er denn mit besiegten Arbeitern verhandeln? Verhandlungen könnten doch nur den Zweck haben, die Autorität der Regierung zu einer Vereinbarung zwischen den streikenden Parteien, zur Erzielung eines ehrenhaften Friedens einzuführen.

Daran glaubt doch der Reichskanzler nicht, daß die Unternehmer, die ja beharrlich das Bestehen allgemeiner Mißstände leugnen, dann zu irgend welchen Konzessionen bereit sein werden, wenn die Arbeiter ihre jetzige günstige Kampfstellung aufgegeben und sich unterworfen haben!

Der Inhalt der Vergesetz-Novelle.

In einer vom christlichen Gewerkschaftsrat veranstalteten Versammlung in Essen machte der Arbeitersekretär Giesberts „nach seinen aus parlamentarischen Kreisen stammenden Informationen“ Mitteilungen über den Inhalt der preussischen Vergesetz-Novelle. Danach nehme der Entwurf in Aussicht, daß

1. die Arbeitszeit in Gruben von etwa 22 bis 23 Grad Celsius Wärme zunächst auf neun Stunden einschließlich Seilfahrt festgesetzt wird, die sechsstündige Arbeitszeit bei Gruben mit 20 Grad Mindesttemperatur bleibt bestehen. In 2—3 Jahren solle die neunstündige auf achteinhalbstündige herabgemindert werden. 90 Proz. der Bergleute würden wohl von diesen Bestimmungen betroffen. Eine Verschlechterung gegenüber den bestehenden Zuständen solle verhindert werden;
2. das Wagnenollen werde beseitigt; die Strafen sollen im Monat 4—6 M. nicht übersteigen;
3. auch für die Uebersichtlichen Einlegung soll ein Höchstmaß festgesetzt werden;
4. die Arbeiterausschüsse sollen eine obligatorische Einrichtung werden.

Da diese Meldung vom „Wolffischen Bureau“ verbreitet wird, kann man annehmen, daß die Angaben über den Inhalt der bisher so treu geheim gehaltenen Novelle ungefähr stimmen. Ganz sicher ist, daß sie nicht mehr bieten wird, als Giesberts angegeben hat. Das wäre dann hinsichtlich der Arbeitszeit ein lecher Versuch, die Arbeiter zu betrügen. Wenn es richtig wäre, daß vor dieser Festlegung der Arbeitszeit 90 Proz. der Arbeiter betroffen werden, welchen Zweck hätte es denn wohl, die anderen 10 Proz. davon auszuschließen? Wenn an 90 Proz. der Arbeitsplätze eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich ist, aus welchem Grunde sollte sie wohl an den übrigen 10 Proz. nicht möglich sein? Das läuft also offenbar auf einen Betrugsversuch hinaus.

Aber schließlich wird ja überhaupt gar keine Verkürzung der Arbeitszeit angekündigt. Die neunstündige Arbeitszeit, die die Novelle vorschreiben soll, besteht auf einem großen Teile der Gruben. Auf den übrigen aber besteht die Schicht von 8 1/2 Stunden. Nach einiger Jahren soll also die neunstündige Schicht auf den Gruben, auf denen sie besteht, um eine halbe Stunde verkürzt werden, das heißt, es soll dann auch für diese Gruben der Zustand wieder hergestellt werden, der schon bestanden hat, der nur durch Unternehmerwillkür seit einigen Jahren zugunsten der Arbeiter geändert worden ist. Von einer Achtstundenschicht ist überhaupt keine Rede, obwohl erst diese einen zwar kleinen aber wirklichen Fortschritt für die Arbeiter bedeuten würde. Ein solches Gesetz kann selbst der preussische Landtag annehmen.

Danach versteht man erst, warum die Regierung so hartnäckig darauf besteht, mit ihrer „Reform“ in Preußen zu bleiben; sie will ja gar nicht reformieren, deshalb will sie kein Vergesetz.

Es ist demgegenüber komisch, wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ über die Regierungssaktion sagt:

Als politische Nebenfolgen verzeichnen wir nur noch eine, nämlich daß sich in weitesten Kreisen der Industriellen ein Mißtrauen gegen eine Regierung festsetzt, die offenbar ebenfalls von der Stimmung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ergriffen worden ist und die arbeitswilligen Arbeiter, sowie die Arbeitgeber vernachlässigt zugunsten der Streikenden; unter den bestehenden Klassen gewinnt die Ansehung Raum, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht sie entredtet hat. Das scheint allerdings augenblicklich dem Handelsminister gleichgültig zu sein, allein es werden vielleicht noch Wahlen kommen, bei denen die Regierung es empfindet, sich auf beiden Seiten Mißtrauen zugezogen zu haben; denn die offenbare Rechnung, die sich Herr Müller gemacht hat, daß er ein etwaiges Mißtrauen der Arbeitgeber balanciert durch das neu erworbene Vertrauen der Arbeiter, diese Hoffnung ist, wie oben ausgeführt, zusammengebrochen.

Die Unternehmer stellen sich so, als ob die Regierung ihnen etwas täte. Sie könnten nichts anderes sagen, wenn sie gemeinsam mit der Regierung ein verabredetes Schaustück mit verteilten Rollen spielten, um die Arbeiter glauben zu machen, daß „etwas geschähe“, während man sich heimlich ins Kästchen lacht über die Dummen, die auf den Theaterpektakel hineinfallen — sollen. Man verrechnet sich aber: Darauf fallen die Arbeiter nicht hinein!

Wenn heute die Meldung verbreitet und von verschiedenen Blättern aufgenommen wird, daß die Regierung unter allen Umständen auf ihrer „Reform“ bestehe und an den Reichstag gehen würde, wenn der Landtag verjagt, so gehört auch das notwendig zu dem für politische Kinder erhebenden Schauspiel. Genau wie die ganze bisherige Sozialpolitik ein geschäftiger Spektakel, wobei einer den andern vor Eifer über den Haufen rennt und bei dem sich am Ende der ruhige Beobachter fragt: Wozu der Lärm?

Die Einigkeit der Bergarbeiter.

Die Siebener-Kommission verfaßt folgende Erklärung:
In den verschiedenen Tageszeitungen werden Telegramme und Artikel veröffentlicht, durch die augenscheinlich der Eindruck erweckt werden soll, es bestehe im Lager der Streikenden Zwiespalt. Unsere am Donnerstag, den 2. Februar, vereinbarte Resolution wird so ausgelegt, als ob sie sich gegen eine bestimmte politische Partei richte. In auswärtigen Zeitungen wird sogar gemeldet, der christliche Gewerksverein beabsichtige, sich unter gewissen Bedingungen von dem Streik zurückzuziehen.

Demgegenüber erklärt die unterzeichnete Kommission: es besteht innerhalb der Kommission und im Lager der Streikenden überhaupt vollkommene Einigkeit. Alle Nachrichten über Zerwürfnisse zwischen den Verbänden sind aus der Luft gegriffen. Die Meldung, unsere Resolution richte sich gegen eine bestimmte politische Partei, ist durchaus unzutreffend, die Resolution soll nur innerhalb der Streikenden völlige Einheit der Aktion festlegen. Auch ist es nicht richtig, daß Kamerad Bressolt aus der Siebener-Kommission „ausgeschlossen“ wurde, sondern er ist von der Leitung des polnischen Gewerksvereins aus rein persönlichen Gründen zurückgetreten; damit scheidet er auch aus der Siebener-Kommission aus.

Wir konstatieren deshalb ausdrücklich, daß die grobhartige, kameradschaftliche Einigkeit der Organisationen durch nichts erschüttert ist. Alle gegenteiligen Meldungen sind unrichtig. Wir bitten die arbeiterfreundliche Presse um Verbreitung dieser Erklärung.

Die Siebener-Kommission.

Effert, Kühme, Sasse, Hausmann, Regalski, Korpus, V. Hammacher.

Internationale Solidarität.

Am 4. Februar fand in Dover eine Konferenz des Internationalen Bergarbeiter-Komitees statt, die vornehmlich dem Niesensstreik im Ruhrgebiet galt. Sie war von dem Engländer einberufen, die am 13. Februar eine große Delegiertenkonferenz des Bergarbeiter-Verbandes abhalten, an der auch die dem Verband nicht angehörenden Organisationen von Durham und Northumberland vertreten sein werden. Für diese Konferenz, die die schon von der Exekutive des großen Verbandes beschlossene Unterstützung der deutschen Bergarbeiter gut zu heißen oder eventuell abzuändern hat, wünschte der Vorstand des Verbandes möglichst genau über den Stand der Dinge unterrichtet zu sein.

An der Konferenz nahmen teil: Enock Edwards, Präsident, und T. Ashton, Generalsekretär des Britischen Bergarbeiter-Verbandes, J. Caeluwaert und A. Cabrot für die belgischen Bergarbeiter, A. Lamendin und A. Bexant für die französischen Bergarbeiter. Die österreichischen Bergarbeiter ließen telegraphisch mitteilen, daß sie in der Kürze der Zeit eine Vertretung nicht senden könnten. Der deutsche Bergarbeiter-Verband war durch sein Vorstandsmitglied L. Schröder sowie Eduard Bernstein vertreten.

Nachdem deutscherseits eine Darstellung der Lage des Streiks gegeben worden war, wobei u. a. die entschlossene Haltung der Ausständigen betont und darauf hingewiesen wurde, daß diese die Arbeit nicht eher aufnehmen würden, bis ihnen nicht mindestens Bürgerrechte für Durchführung der vom preussischen Staat angekindigten Reformen im Berggesetz gegeben und die Unternehmer den Organisationen mit ernsthaften Zugeständnissen entgegengekommen sein würden, richtete der Präsident die Frage an die Deutschen, ob ein Generalstreik der Engländer von ihnen gewünscht würde. Dies wurde mit der Bemerkung verneint, daß Verhinderung der Mehrproduktion und jeder Mehrausfuhr nach Deutschland sowie mögliche finanzielle Hilfe den Interessen der kämpfenden mehr entsprechen würde. Der Präsident Edwards erklärte hierauf, er werde auf der englischen Delegiertenkonferenz eine wesentliche Erhöhung des wöchentlichen Unterstützungsbeitrages beantragen, und außerdem dafür eintreten, daß die Bezirksorganisationen größere Mittel hergeben. Diese hätten, fügte er hinzu, meist sehr ansehnliche Fonds liegen, die sich bis auf 5 Pfd. Sterl. (100 Mark) pro Mitglied belaufen. „Welche Beträge da eventuell ausgetrieben werden können, wo wir Hunderttausende von Mitgliedern haben, brauche ich nicht erst zu sagen.“ Er teilte noch ferner mit, daß die Bergarbeiter von Durham beschlossen hätten, sogleich 1000 Pfd. Sterl. und von da ab wöchentlich denselben Betrag wie die Northumberland-Arbeiter für Deutschland zu zahlen.

Nachdem noch die Belgier und Franzosen die den Lesern des „Vorwärts“ schon bekannten Verhältnissen ihrer Länder dargelegt und die früheren Zusicherungen wiederholt hatten — bezüglich der Konferenz in Charleroi siehe an anderer Stelle — wurde die Konferenz mit Annahme einer von Cabrot (Belgien) beantragten Sympathie-Erklärung an die Kämpfer im Ruhrgebiet geschlossen.

Der Vorstand der schweizerischen Arbeiterunion hat beschlossen, sofort im ganzen Lande Sammlungen für die Streikenden vorzunehmen.

Der Rechtsanwaltsverein in Mex hat aus Vereinsmitteln 200 M. für die Streikenden gespendet.

Wie der Bergbauverein die Zahl der Streikenden vermindert. Er läßt unterm 6. Februar durch das „Wolffsche Bureau“ folgende Meldung verbreiten:

In den 18 Revieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund und auf der Zeche „Rheinpreußen“ sind heute 63 838 Arbeiter bei einer Gesamtbelegschaft von 260 126 angefahren. Mitteln fehlten 196 288 Arbeiter gegen 197 079 am Sonnabend.

Am Sonnabend (siehe „Vorwärts“ vom Sonnabend) sah die Meldung so aus:

In den 18 Revieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund und auf Zeche „Rheinpreußen“ sind heute von insgesamt 261 016 Mann 63 987 Mann angefahren, gegen 62 361 Mann von 259 446 am gestrigen Tage. Auf „Rheinpreußen“ fuhren heute 4001 von 5574 Mann an (gestern 2992 von 4506).

Am Sonnabend fuhren 63 987 an, am Montag 63 838, also 99 weniger, das heißt um soviel hat sich die Zahl der Streikenden seit Sonnabend vermehrt. Am Sonnabend fehlten 197 027, am Montag 196 288, also fehlten am Montag 739 weniger, so daß sich die Zahl der Streikenden um so viel vermindert haben mußte.

Der bergbauliche Verein läßt auf diese Weise einfach 880 Mann verschwinden. Allerdings gibt er für Montag auch nur eine Gesamtbelegschaft von 260 126, während er sie für Sonnabend auf 261 016 angab, also auf 890 höher. Aber wo sind denn diese 890 geblieben? Im Freitag hatte er aber gar nur eine Gesamtbelegschaft von

259 446, also 1570 weniger als am Sonnabend. Hat er am Sonnabend so viel ungelernete Streifbrecher angelegt, sind die am Montag wieder davon gelaufen, oder wie geht das sonst zu?

Der „Reichs-Anzeiger“ gibt übrigens für Sonnabend die Zahl der Angefahrenen auf den Ruhrzechen nur auf 53 944 an und für Rheinpreußen auf 2608. Allerdings redet der „Reichs-Anzeiger“ nur von der Frühsschicht; indessen sind bekanntlich während des Streiks auf allen Zechen die Schichten zusammengelegt zu einer von 8 bis 4 Uhr arbeitenden Schicht. Durch diese Angaben wird also die Situation nicht klarer.

Die Feinde der Arbeiter verraten sich!

Daß die Konservativen nur existieren können, weil die Arbeiter sich selber immer wieder zerfleischen und für ihre eigenen Feinde die Lasten aus dem Feuer holen, haben wir stets ausgesprochen. Selten haben sich die Herrschaften aber so demaskiert wie in nachstehender Notiz der „Konservativen Korrespondenz“, die hoffentlich recht vielen Blinden die Augen öffnet. Diese parteiöffentliche Korrespondenz schreibt heute:

„Die Einigkeit der Bergarbeiter preist in allen Tönen der „Vorwärts“. Der Sozialdemokratie kann man es auch nicht verdenken, daß sie in dieser Einigkeit einen großen Erfolg ihrer Politik sieht; denn sie war nur dadurch zu ermöglichen, daß die nichtsozialdemokratischen Organisationen sich an die Gewerkschaften fest angeschlossen, so daß sie jetzt kaum noch voneinander zu unterscheiden sind. Die Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß ein so inniges Verhältnis auch für spätere Zeiten nachwirkt, daß der sozialdemokratische Klassenkampfgedanke schließlich auf alle abfärbt, die eine Zeit lang in seinem Banne gestanden haben. Wenn die Sozialdemokratie nicht von den übrigen Arbeiterführern unterstützt würde, so würde die Sympathie der Bürgerschaft mit den Streikenden sehr bald ein Ende haben. Das wissen die „Genossen“, und darum bemühen sie sich, die Partei-Interessen möglichst wenig in den Vordergrund zu stellen. Wer aber der Meinung sein sollte, die Sozialdemokraten würden jemals die Gleichberechtigung der nationalen Arbeiterorganisationen anerkennen, würde sich sehr täuschen. Die jetzt vom „Vorwärts“ bejubelte Einigkeit der Bergarbeiter soll im Gegenteil dazu führen, die nichtsozialdemokratischen Gewerksvereine mattzusetzen. Und dieses Vorhaben wird um so sicherer gelingen, je länger der Streik und die gepriesene „Einigkeit“ dauert.“

Die Arbeitswilligen.

E. In einer Essener Versammlung zeigte ein Christlicher einen Totschläger vor, den man einem Arbeitswilligen abgenommen hatte, gerade als er damit einen Passanten, der ruhig vorbeiging, zu Boden schlug. In Dortmund hat eine Rote Arbeitswilliger einen ruhig vorbeigehenden Bureaugehülften zu Boden geworfen, dort herumgerollt und ihm die Kleider vollständig vom Leibe gerissen. Die Beamten, die an dieser Stelle passierten, kontrollieren fast alle vorübergehenden Passanten. Es wäre höchst notwendig, daß endlich gegen diese Art Arbeitswilligenschutz das Publikum und die Ausständigen geschickt würden.

Aufgelöste Frauenversammlung.

In Lindenhorst wurde am Samstag nachmittag eine Frauenversammlung aufgelöst. Die Versammlung hatte zwei Referate ruhig angehört. Darauf ergriff einer das Wort und wandte sich gegen den Bergarbeiterverband, den er in ganz unzulässiger Weise angriff. Es entstand infolgedessen ein Tumult, der die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte.

Auch die Kohlenarbeiter von Rhein in Baden haben die Arbeit niedergelegt, weil sie keine Kohlen ins Ruhrgebiet verladen wollen.

Die Bewegung in Oberschlesien.

Breslau, 6. Februar. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Ragnitz: Gestern hat in Stawiska-Niedobichitz eine Bergarbeiter-Versammlung stattgefunden, wozu etwa 250 Personen erschienen waren. Den Hauptinhalt der Verhandlungen, die zwei Stunden in Anspruch nahmen und ruhig verliefen, bildete ein Aufruf des Ausständigenkomitees betreffend den Ausstand in Westfalen, Neurode und Oberschlesien, mit dem schon im Ruhrgebiet aufgestellten und hierorts noch verstärkten Forderungen. Es wurde ausdrücklich betont, daß ein Ausstand zurzeit nicht vorteilhaft sei; es müßten vielmehr alle Bergarbeiter zu einer festen Organisation zusammenzutreten und erst dann, wenn alles im Ruhrgebiet, dem Waldenburger und dem ober-schlesischen Kohlenrevier fest organisiert sei, diese und müsse in Ausstand getreten werden, um dann zu erzwängen, wenn keine Kohlen mehr geliefert werden könnten, daß die Forderungen der Bergarbeiter in weitestem Maße angenommen werden.

Heute, 6. Februar. Die „Oberschlesische Zeitung“ meldet aus Morgenrot: Auf der Panusgrube sind heute früh von 440 Mann unter Lage 164 Mann ausständig, die Ruhe ist nicht gestört, auf der Hohenzollergrube bei Weuthen sind von 800 Schläppern 89 ausständig.

Breslau, 6. Februar. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, sind auf den Schächten der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg heute vormittag von 1358 Mann 809 nicht eingefahren.

Heute, 6. Februar. Laut Mitteilung von der „Königin Luise-grube“ ist bei der heutigen Frühsschicht die ganze Belegschaft wieder angefahren.

Streik in Böhmen.

Lepliz, 6. Februar. Die Direktion der Brüxer Kohlenwerke hat die Forderungen der Arbeiter abgelehnt, so daß der Ausbruch eines Streiks bevorsteht.

Allgemeiner Streik in Belgien.

Am Sonntag tagte der Kongreß der belgischen Bergarbeiter in Charleroi. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, Montag den allgemeinen Streik zu beginnen.

Infolge dieses Beschlusses haben, wie „Wolffs Telegraphen-Bureau“ meldet, sämtliche Arbeiter der Kohlengruben von Souffre, Centre de jumei, Bierreau-le-grand, Conth, Courcelles-Nord, St. Augustin und Gilly die Arbeit niedergelegt. Teilweise in Ausstand getreten sind die Arbeiter von 13 Kohlenwerken; 12 Werke sind vom Ausstand nicht berührt.

Mons, 6. Februar. (W. T. B.) Die Zahl der Ausständigen hat zugenommen und beträgt mindestens 16 000 Mann.

Die Forderungen der belgischen Grubenarbeiter sind in zehn Punkten wie folgt festgelegt: 1. Lohnerhöhung. 2. Bildung von Schiedsrichtern zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Direktionen und den Arbeitern. 3. Festsetzung einer Lohnskala, ähnlich derjenigen, wie sie in den englischen Gruben angewandt wird. 4. Verabreichung von Pflanzstoffen an die Arbeiter. 5. Abschaffung der Einzelarbeit. 6. Verminderung der Arbeitszeit. 7. Genügende Pension für alte Grubenarbeiter. 8. Abschaffung der Maßregeln, welche von den Grubendirektoren gegen Arbeiter, die 50 Jahre alt sind, verfügt worden sind. 9. Festsetzung des Minimallohnes und 10. Abschaffung der verfügbaren Maßregeln seitens der Grubendirektoren des Bedens von Mons. Diese Tagesordnung wurde vom Kongreß gestern einstimmig angenommen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Februar.

Ein Vorspiel zu den Volkskämpfen.

Die Agrarier sind mit der Brotverteuerung durch den Zolltarif und die neuen Handelsverträge noch nicht zufrieden-gestellt; sie wollen durch die Tarifpolitik der Eisenbahn, über die sie durch das preussische Dreiklassen-Parlament unumschränkt gebieten, und jetzt durch die Einführung von Schiffahrtsabgaben die Einfuhr ausländischen Getreides mög-

lichst ganz verhindern. Das sprach der katholische Agrarier D j e l heute unumwunden aus. Geht es nach ihm und seinen ostelbischen Freunden, so werden die Schiffahrtsabgaben der-artig hochgeschraubt werden, daß jede Getreide-Einfuhr auf dem Wasserwege unmöglich gemacht wird.

Vorläufig sieht diesen Wünschen freilich der Artikel 54 der deutschen Reichsverfassung entgegen, der ausdrücklich die Erhebung von Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen verbietet, es sei denn, daß besondere Anstalten zur Erleichterung der Schiff-fahrt errichtet worden seien. Indessen hat heute der Landtag, ohne sich um die Verfassung weiter zu kümmern, die Ein-führung von Abgaben auf sämtlichen deutschen Strömen be-schlossen, und die Regierung hat als getreuer Knecht auf der Landtag genannten Domäne des Junkertums versprochen, die nötigen rechtlichen Grundlagen mit Hilfe juristischer Interpretationskünste zu liefern. Dabei hat sie sich selbst durch feierliche Erklärung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Graf Posadowsky darauf festgelegt, daß nur durch eine Ver-fassungsänderung im Reiche nach Zustimmung des Reichstages und Bundesrats die Einführung dieser Schiffahrts-Abgaben erfolgen dürfte.

Als der freimüthige Interpellant, der Abgeordnete K ä m p f, sie heute an diese Erklärungen erinnerte und fragte, wie sie sich nun zum Beschluß des preussischen Abgeordnetenhauses stelle, da nahm Graf Posadowsky einen großen Altbogen vor das Gesicht und sprach etwas in ihn hinein, was bedeuten sollte, daß die Reichsregierung auf die Wahrung der ver-fassungsmäßigen Bestimmungen achten würde.

Genosse Dr. David zeigte sofort, wie wenig Vertrauen eine solche höchstverbindliche Meinungsäußerung beanspruchen dürfe. Er erinnerte daran, daß in jüngster Zeit noch der Reichskanzler die Frage der Schiffahrtsabgaben für eine rein theoretische Streitfrage erklärt habe, daß Graf Posadowsky sich gerühmt habe, daß er als Mitglied des preussischen Ministeriums doch auch darum wissen würde, wenn die Einführung von Schiffahrtsabgaben von irgend einem seiner Mitglieder in Aussicht genommen sei. Heute stellte sich der Staatssekretär so, als ob er von den Vor-gängen in Preußen gar nichts wüßte und an das Reich noch keinerlei Anregung auf Aufhebung des Artikels 54 ergangen sei. Genosse David legte aber auch den sachlichen Kern der Streitfrage klar. Nicht nur die Getreideeinfuhr soll durch die Schiffahrtsabgaben unmöglich gemacht werden, sondern auch der Transport der Kohle, der Kolonialwaren, der Baumwolle usw. verteuert und damit der Preis für alle Bedarfsgegenstände der breiten Massen im Interesse der 25 000 ostelbischen Großgrundbesitzer verteuert werden. Er verlangte mit aller Entschiedenheit, daß die verfassungsmäßigen Wege, die für eine derartige Maßregel vorgeschrieben wären, strikte innegehalten würden.

Die Konservativen legten begreiflicherweise darauf wenig Wert. Graf Limburg-Sturum erklärte rund heraus, daß man über Verfassungsfragen am besten einfach ab-stimme. Der Abg. D j e l fügte den lebenswürdigen Rat an die Industrie hinzu, wenn es ihr nicht passe, nach Afrika oder Asien auszuwandern. Das sind die Grundsätze nationaler Wirtschaftspolitik!

Die Redner der Linken, die Abg. Gothein (fr. Bg.), Gauhmann (südd. Bg.) und Genosse Dreesbach wiesen die agrarischen Keuperungen gebührend zurück und stellten die Tatsache fest, daß die preussische Gesetzespraxis ein fort-währender Verstoß gegen das Reichsrecht sei, das überhaupt nur noch für die deutschen Kleinstaaten Geltung habe. Sie probozierten mit den schärfsten Mitteln die Regierung, eine klare Auskunft darüber zu geben, ob sie das Recht des Reiches auf Entscheidung über die Schiffahrts-Abgaben wahren oder das tollste Stück agrarischer Logik mitmachen will, die den Rhein und die Elbe als künstliche Wasserstraßen ansieht. Aber die Regierung schwieg sich aus. Wenn auch bei der schmach-vollen Haltung der Nationalliberalen im Reichstage eine Mehr-heit für Schiffahrts-Abgaben ist, so darf man doch gespannt darauf sein, ob Preußen es wagen wird, diese Frage vor den Bundesrat zu bringen. Wenn es auch die Kleinstaaten maßlos terrorisiert, so könnten sich doch bei den drei süddeutschen Staaten und Hessen leicht die vierzehn Stimmen finden, die genügen, um die Verfassungsänderung zu verhindern.

Morgen steht die Interpellation Trimborn auf gesetzliche Festlegung des Fehntages zur Beratung.

Die Durchprüfung der Handelsverträge.

Die Verabredung des Seniorenkongresses, mit der ersten Beratung der Handelsverträge am Donnerstag, den 9. d. M., zu beginnen, hat die Regierung in Harnisch gebracht. Seit zwei Tagen bohrt Graf v. Posadowsky an den Zentrumsgehaltigen, um, wie schon im Leitartikel der Sonntagsnummer erwähnt, einen Verzicht auf Kommissionsberatung und möglichst schleunigen Ab-schluß der Beratung zu erreichen. Zum Teil scheint der Versuch von Erfolg begleitet gewesen zu sein, denn auf Anregung des Grafen v. Hompesch, Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, hat der Prä-sident den Seniorenkongress noch einmal zusammenberufen, um die Angelegenheit endgültig zu regeln.

Graf Hompesch schlug namens seiner Fraktion vor, unter Ver-zicht auf die Beratung der Zentrums-Interpellation (Maximal-Arbeitszeit von 10 Stunden) und den nächsten Schwerinstag die erste Beratung der Handelsverträge schon am Dienstag, den 7. d. M., zu beginnen, dagegen das Verlangen nach Kommissionsberatung aufrecht zu erhalten.

Das Verlangen der Regierung war vorher durch den Präsi-denten damit begründet worden, daß die Ratifikation des Vertrages mit Rußland spätestens am 12. d. M. erfolgen müsse, und daß der bestehende Vertrag mit Oesterreich-Ungarn am 15. d. M. zu kündigen sei, wenn der neue Vertrag am 15. Februar 1906 in Kraft treten sollte.

Der Präsident erklärte, daß er sich zu einem Vorschlag, den Beschluß des Seniorenkongresses abzuändern, nicht veranlaßt sähe, sondern daß er es dem Hause überlassen müsse, ob es die Ver-abredung des Seniorenkongresses beschließen wolle.

Abg. Singer beantragte, es bei dem Beschluß, am Donnerstag mit der Beratung zu beginnen, zu belassen, da keine Rede davon sein könne, die Vorlage so durazuweisen, daß der von der Regierung ins Auge gefaßte Termin innegehalten wird. Man müsse der Regierung zum Bewußtsein bringen, daß der Reichstag auch noch existiere und sich nicht gefallen lasse, daß die Regierung selbst-herlich über ihn disponiere.

Die Regierung hätte die Ratifikationsfrist in Rücksicht auf die erforderliche Zustimmung des Reichstages hinausschieben sollen und müsse, da dies verjährt sei, jetzt solche Vereinbarungen her-beiführen. Dem Wunsch des Zentrums auf Kommissionsberatung würde die sozialdemokratische Fraktion nicht widersprechen.

Die Abgg. Schrader, Müller-Sagan, Liebermann von Sonnenberg und Gauhmann (Württemberg) schlossen sich den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners an, während die Abgg. Dr. Sattler, v. Normann und Liedemann

war für Kommissionsberatung eintraten, aber mit der ersten Beratung, dem Wunsch der Regierung entsprechend, schon am Dienstag, den 7. d. M., beginnen wollten.

Trotz längerer Erörterungen ließ sich zunächst keine Ueber einstimmung erzielen; wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß es auf die zwei Tage früherer Beratung nicht ankomme, weil bei Festhaltung an der Kommissionsberatung unter keinen Umständen der Abschluß der Beratung bis zum 12. d. M. erfolgen könne, selbst wenn man — wozu jedoch nicht die geringste Lust vorhanden sei — auf alle geschäftsordnungsmäßigen Fristen etc. zu verzichten geneigt sei. Die Rücksicht auf die von den Fraktionen bestimmten Redner verlange außerdem die Festhaltung an dem gefaßten Beschluß. Es stellte sich immer mehr heraus, daß sich für einen abändernden Beschluß keine Majorität finden werde, und aus diesem Grunde zog Graf v. Hompesch den Antrag, am Dienstag mit der Beratung zu beginnen, zurück, womit die Angelegenheit erledigt war.

Die Attache auf die von äußeren Einflüssen unabhängige sachgemäße und ausgiebige Beratung der Handelsverträge ist für dieses Mal abgeschlagen.

Warten wir ab, wie lange Zeit die heutzutageige Brot- und Fleischwuchermajorität dem Reichstage geben wird, ihr volks- und arbeiterfeindliches Treiben zu brandmarken.

Die Annahme der Schiffsabgaben.

Die ersten Abstimmungen in der Kanalfrage sind am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgt; die beiden von der Kommission beantragten agrarischen „Denaturierungen“ des Kanals sind mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linken und der Polen angenommen worden, das Schlepptomopol in der Kommissionsfassung und die Erhebung von Schiffsabgaben in der Fassung des Antrages v. Pappenheim (kons.), wonach die Abgaben so zu bemessen sind, daß ihr Ertrag eine angemessene Verzinsung und Tilgung derjenigen Aufwendungen ermöglicht, die der Staat zur Verbesserung oder Vertiefung jedes der im Interesse der Schifffahrt regulierten Flüsse über das natürliche Maß hinaus gemacht hat. Die Erhebung dieser Abgaben soll spätestens mit Inbetriebsetzung des Rhein-Wefer-Kanals oder eines Teiles desselben beginnen. Dieser Antrag bedeutet eine weitere Verschlechterung der Kommissionsbeschlüsse. Auf das endgültige Schicksal der Kanalvorlage läßt sich aus der Abstimmung ein bestimmter Schluß noch nicht ziehen; die Konservativen, die für die genannten Anträge gestimmt haben, werden bei der definitiven Abstimmung zum größten Teil gegen die Vorlage stimmen, während andererseits es fraglich ist, wieviel der Gegner der „Denaturierung“ soviel politische Einsicht haben werden, um dem durch die Schiffsabgaben agrarisch verstimmlen Kanal die Zustimmung zu verjagen und ihn damit zu Falle zu bringen!

Interessant war aus der vorausgegangenen Debatte — die Scherze des Dr. Dahn waren nur läppisch — nur die Mitteilung des Finanzministers Herrn v. Rheinbaben, daß die am Sonnabend veröffentlichte Erklärung des Ministers Budde über die Schiffsabgaben vom Staatsministerium festgestellt ist. An der Spitze des preussischen Staatsministeriums steht Graf Bülow, derselbe Mann, der in seiner Eigenschaft als Reichskanzler vor einem Jahre im Reichstage ausdrücklich die Erhebung von Schiffsabgaben als zur Kompetenz des Reiches gehörig erklärt hat. Vermutlich, um nicht zu einer Antwort darüber gezwungen zu werden, wie sich dieser Widerspruch löst, blieb Bülow den Verhandlungen des Landtages fern. Vorsicht ist ja von jeher der bessere Teil der Tapferkeit gewesen.

Die Beratung der Einzelheiten der Kanalvorlage wird am Dienstag fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Das Automobilkorps.

Vor einiger Zeit trübten bürgerliche Blätter zu melden, daß sich ein freiwilliges Automobilkorps gebildet habe und daß der Kaiser dieses privaten Sportsvereinigung das Recht eingeräumt habe, daß Reserve-Offiziere in ihm ihre Übungen absolvieren. Wir haben damals auf die Unmöglichkeit dieser Reporternachricht hingewiesen, weil der Kaiser selbstverständlich nicht das Recht hat, auf eigene Faust eine mit militärischen Vollmachten ausgerüstete Armeeabteilung zu begründen.

Merkwürdigerweise regte sich in der offiziellen Presse kein Lüftchen und niemand dachte daran, diese „Kaiserinsel-Phantasie“ zu dementieren. Nun lesen wir, daß in Berlin aus Anlaß der Eröffnung einer Automobilausstellung bereits das Automobilkorps in Erscheinung getreten ist. Die Herren tragen eine graue Uniform mit Karminrotauffschlägen, ähnlich unserer Schutztruppe. Welche militärische Qualifikation diese uniformierten Sportsleute haben, ist bisher nicht klar. Immerhin treten diese Töfz-Töfz-Afrikaner so offiziell auf, daß man sich nun wirklich danach erkundigen muß, was sie eigentlich bedeuten. Wir halten es nach wie vor für ausgeschlossen, daß sie in irgend einer Beziehung zur Armee stehen, andernfalls wäre der Gedanke zu erwägen, ob man nicht überhaupt die für das Reich höchst kostspielige Armee beseitigen und nach dem Muster des freiwilligen Automobilkorps den ganzen Militarismus in eine Privat-institution umwandelt.

Es ist ebenso wenig möglich, daß ohne Genehmigung des Bundesrates und des Reichstages Truppenteile geschaffen werden wie es etwa denkbar wäre, daß militärische Leute ihre zwei Jahre in irgend einem Kanaklub abdiene.

Uebrigens hielt bei der Eröffnung der Automobil-Ausstellung der Bruder des Kaisers wieder eine seiner Evangeliumsreden. Prinz Heinrich hat, wie man weiß, kein Glück in rednerischen Ansprüchen und so hat er auch bei dieser Gelegenheit Sätze geredet, nach denen man fast auf die Vermutung kommen könnte, als ob er dem Kaiser auch die Erfindung des Automobils zuschreiben wollte. „Dieses wunderbare Erzeugnis menschlichen Genies“, rief er, „steht jetzt ganz anders da als früher. Aber wenn haben wir das zu danken? Des Prinzen Heinrich Antwort lautete: „unserem Kaiser“. Ohne ihn hätte das Gordon-Bennet-Rennen, diese einzigartige klassische Konkurrenz nicht das glänzende Relief erhalten, wäre das freiwillige Automobilkorps, wäre die Automobilausstellung nicht in dem Maßstabe entstanden.“

Auch der Prinz Heinrich erwähnt das freiwillige Automobilkorps als eine Schöpfung seines Bruders. Man muß also vermuten, daß er ihm eine größere Bedeutung beimißt, als irgend einem sonstigen Dacht- oder Sportverein.

Zu der Veranstaltung waren auch eine Anzahl preussischer Minister erschienen, denen offenbar die in Aussicht gestellte schlaumie Erleuchtung der Berggesetz-Novelle Zeit genug läßt, derartige Veranstaltungen persönlich und rhetorisch zu verzieren. Wenn ernsthaft Kongresse, wie etwa der Kongreß der Heimarbeiter, stattfinden, pflegen die Herren keine Zeit zu haben.

Der Moor hat seine Schuldbügel getan! In demselben Augenblick, da es dem Grafen Rasadowitz gelungen ist, seinen agrarischen Freunden die Handelsverträge zu überreichen, beginnen die Agrarier abermals eine Hebe gegen den eigentlichen Urheber der neuen Handelsverträge, und sie werden in diesem Beginne unterstützt durch die industriellen Scharfmacher. Graf Rasadowitz hat das menschenmögliche getan, um auf Kosten der Gesamtheit den Agrariern alles

zu verschaffen, was irgendwie nach der internationalen Struktur der heutigen Wirtschaft erreichbar ist. Zum Dank erhält er jetzt den Ecksfußtritt.

Sozialistische Blätter hatten darauf hingewiesen, daß Graf Rasadowitz sich in seiner Stellungnahme zu dem Kohlenarbeiterstreik fern gehalten habe von den elenden Provokationen seines Vorgesetzten. Daß die Sozialdemokratie keinen Anlaß hat, den Grafen Rasadowitz wegen seiner positiven Haltung zu rühmen, ist schon deshalb selbstverständlich, weil der Herr Staatssekretär nicht einmal so viel Mut besessen hat, um dem preussischen Partikulärismus entgegenzutreten und die gesetzliche Regelung des Vergrechtes dem Reiche zu sichern.

Aber die eine Tatsache, daß Graf Rasadowitz nicht im Geiste des Reichskanzlers, der „Post“ und der „Hamburger Nachrichten“ geredet hat, genügt schon für die Gesellschaft, um uneingedenk der agrarischen Verdienste den Mann zu beseitigen, ihn zu bedeuten, daß er jetzt überflüssig sei. Die „Hamburger Nachrichten“ leisten sich bereits den bloßen III, den Grafen Rasadowitz zum — Sozialisten zu stempeln. Sie rechnen damit, „das hehre Ziel, sozialdemokratische Minister zu besitzen, demnächst erreicht“ zu haben. Aber auch die „Deutsche Tageszeitung“ belehrt den um die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen doch so verdienten Minister mit strenger Miene, daß er die volle Unparteilichkeit zugunsten des Kohlenindustrials verleiht habe. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt: „Sein Auftreten in der Debatte über die Streikresolutionen war in der Tat ein einziger und starker Sympathiebeweis für die Streikenden, die bekanntlich kontraktbrüchig gehandelt, die die von der preussischen Staatsregierung in das Kohlenrevier entsandten Kommissare verhöhnt haben, und die jetzt der Anklage einer Vergeschwehne gegenüber sich aufs hohe Pferd setzen und Garantien verlangen. Der Staatssekretär des Innern nahm auf dieses doch mindestens nicht lobenswerte Verhalten der Vergarbeiter keine Rücksicht. Seine Auslassungen trugen vielmehr den Charakter einer Entschuldigung, einer Art Abbitte.“

Graf Rasadowitz hätte allerdings allen Anlaß zur Entschuldigung gehabt, daß er dem Zwange des preussischen Partikulärismus folgend, sich dazu verstanden hat, offenbar gegen seine innere Ueberzeugung die notwendigen Reformen des Vergrechtes an das preussische Abgeordnetenhaus zu überlassen. Wir haben aber von solcher Entschuldigung nichts gemerkt, sondern sein Verbrechen im Sinne der Scharfmacher bestand lediglich darin, daß er nicht eben wie ein begabter Agent des Kohlenindustrials geredet hat, sondern sich erlaubte, einiges menschliches Empfinden für die Vergarbeiter durchzulassen. Wenn dieser Trebel für die konservativen und industriellen Scharfmacher schon ausreichend ist, um das Verlangen nach dem Sturz des Grafen Rasadowitz zu begründen, so kann man sich ungefähr denken, wie die Vergrechtsnovelle aussehen wird, die vor den Augen derselben Herren, die im preussischen Abgeordnetenhaus die Mehrheit bilden, Gnade finden könnte. Der Haß der Agrarier gegen das Proletariat ist eben noch unendlich größer, als ihre Abneigung gegen das Kohlenyndikat, die sie so oft feierlich bekundet haben.

Südwestafrika.

Nach Meldung Generals v. Trotha vom 5. Februar wurde am 27. Januar bei Urukubis, 15 Kilometer nördlich Gochas, ein unter Bedeckung einiger Reiter von Quarzfontein kommender Verpflegungswagen von 20 Sententotten überfallen. Am gleichen Tage griffen etwa 100 Gotten-totten, darunter 25 Weibliche, die im Marsch von Windhut nach Kallfontein mit einem Viehtransport Befindliche zweite Kompanie des Feld-Regiments Nr. 2 und die halbe 7. Batterie etwa 60 Kilometer nördlich Gochanas an. Der Feind wurde unter Verlust von 13 Toten zurückgeworfen und zerstreut. Eine Anzahl Gewehre wurden erbeutet. Major v. Lengerke ist im Begriff, alle verfügbaren Kräfte zu vereinigen, um Namub anzugreifen, das nach einer Patrouillenmeldung am 31. Januar noch stark vom Feinde besetzt war.

Der Umkreis von Warwab ist vom Feinde gesäubert, Morenga soll sich mit Morris in den Karrasbergen vereinigt haben.

Ausland.

Eine mildere Lesart.

Der Zibillord der Admiralität Lee erklärt in einer Zuschrift an den „Standard“, seine am 2. Februar in East-Deigh gehaltenen Rede sei von den Zeitungen unrichtig wiedergegeben worden. Er habe tatsächlich folgendes gesagt: Die englische Flotte ist jetzt strategisch für jeden denkbaren Fall vorbereitet; denn wir müssen annehmen, daß alle fremden Seemächte „mögliche“ Feinde sind. Infolge des Wachstums der neuen Seemächte haben wir leider mehr „mögliche“ Feinde als früher und müssen unsere Augen sorgsam nicht nur auf das Mitteländische Meer und den Atlantischen Ozean, sondern ebensowohl auf die Nordsee gerichtet halten.

Der „Standard“ bemerkt hierzu, es sei ganz klar, daß Lee an keine bestimmte Macht gedacht habe; die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Rußland würden sämtlich mit Deutschland unter den „möglichen“ Feinden einbegriffen.

Oesterreich-Ungarn.

Zur ungarischen Ministerrie.

Graf Andrássy legt die Verhandlungen mit verschiedenen Parteiführern und anderen hervorragenden Persönlichkeiten wie Weterle und Vassfy fort. Andrássy dürfte Mittwoch dem Kaiser in Wien Bericht erstatten. Die koalitierte Opposition hat in der heutigen Sitzung beschlossen, die Koalition weiter aufrecht zu erhalten, da, wie Kossuth erklärte, die Zwecke, behufs deren Erreichung die Koalition sämtlicher oppositioneller Fraktionen geschlossen wurde, noch immer Angriffen ausgesetzt seien.

Frankreich.

Aus dem Militärbudget, das den Abgeordneten in den nächsten Tagen vorgelegt werden wird, zitiert die „Humanité“ ein paar höchst interessante Zahlen über die Kosten, die durch das Eingreifen der Truppen in Streiks verursacht sind!

Im Jahre 1900 wurden zu dem eben genannten löblichen Zwecke 528 038 Fr. verausgabt, 1901 bereits 860 972 Fr., 1902 gar 1 542 635 Fr. Im Jahre 1903 endlich eine kleine Abnahme: 948 788 Fr., die allerdings 1904 wieder auf 1 235 319 Fr. ansteigen!

Man sieht: die französische Bourgeoisie knaupert nicht, wenn es sich darum handelt, armen streikenden Arbeitern blaue Bohnen und sonstigen Zubehör zu liefern.

Italien.

Der Minister des Aeußern soll nach einer Mitteilung aus Rom seine Fonds derart erschöpft haben, daß es seinem Ressort nicht möglich ist, gewissen pelumärkten Verpflichtungen nachzukommen! So heißt es z. B., daß das italienische Konsulat zu New York seit mehr als dreizehn Jahren unbefehlt sei, weil es an dem zur Bezahlung nötigen Geldern mangle.

Es sind also sozusagen euklische Zustände; denn daß die Türkei ihre Gesandtschafts- und Konsulatsbeamten oft viele Monate auf Gehalt und Rückzahlung des Auslagen warten läßt, ist eine nur zu bekannte Tatsache. Nun scheint Italien auch bald ins türkische Jahzwasser zu segeln. Aber von einer Verminderung der Millionen-Jubiliste des Königs mochten die ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien Italiens kürzlich nichts wissen.

Rußland.

Die Obstruktion des finnischen Landtags wird fortgesetzt. Der Verfassungsausschuß, der Gesetzes- und Wirtschaftsausschuß sowie

der Staatsausschuß des Landtags haben in der vorigen Woche beschlossen, wohl Vorbereitungen zur Beratung ihrer Vorlagen zu treffen, die Beratung jedoch nicht zu Ende zu führen und den Ständen keine Vorlagen zu überweisen, bevor nicht auf die Petition des Landtags Antwort eingegangen ist. Dieser Beschluß wurde vom Adel- und vom Bürgerstand gutgeheißen. Im Priester- und im Bauernstand twieerten sich die Vorstehenden, darüber abstimmen zu lassen.

Der Landtag hat ferner in der vorigen Woche eine Petition zur Aufhebung des Dekretes von 1903 angenommen, durch das die Gendarmerie in Finnland mit russischen Machtbefugnissen ausgestattet wurde. In der Begründung dieser Forderung heißt es, daß jenes Dekret gesetzwidrig sei und sehr schlimme Folgen gehabt habe.

Die Cholera. In Nachitschewan kamen in der Zeit vom 24. bis 30. Januar mehrere Cholerafälle vor. In Wlaska wurden vom 25. bis 31. Januar abermals 11 Fälle von sibirischer Pest beobachtet.

Ein Morderlaß des Ministers des Innern an die Gouwerneur weist darauf hin, daß die Cholera-Epidemie, wie die Erfahrung lehre, bestimmt im Frühjahr und Sommer wieder auftreten werde und daß bei dem frunghastigen Charakter derselben nicht vorausgesehen sei, wo sie auftreten werde. Der Minister schreibt die rechtzeitige Ergreifung von Vorbeugungsmaßnahmen vor, welche das Zirkular dann im einzelnen aufzählt.

Die Revolution in Rußland.

In Rußisch-Polen ist die Gärung keineswegs erloschen. Auch sonst ist die Ausstandsbewegung nicht beendet. Mit welcher Wut die Schutgardie des Zarismus haust, wird durch die eine Tatsache schauerlich bekundet, daß in Lodz ein Schutzmann einen Knaben totgeschlagen hat, weil er ein Plakat abgerissen.

Während in dieser Weise Wüterchen seine wirklichen Pläne für seine lieben Kinder verrät, hat er sich andererseits ganz westeuropäischen Sitten angepaßt, indem er die „Sozialreform“ als Schlafmittel für das erwachende Proletariat anwendet. Es soll jetzt in Rußland eine staatliche Arbeiterversicherung ausgearbeitet werden. Wenn daraus etwas wird, so kann sich die russische Bureaucratie freuen; sie erhält neue Kassen, die sie bestehlen kann; denn auf nichts anderes läuft es hinaus, wenn unter dem Schutz des Absolutismus derartige Pläne in Angriff genommen werden.

In Finnland lehnt sich das national unterdrückte Volk gegen die russischen Schergen nach wie vor mit der Waffe auf. Der Senatsprokurator Johansson in Helsingfors wurde durch ein erfolgreiches Attentat beseitigt.

Inzwischen läßt man in Deutschland nach wie vor das Leben für den Zaren. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Regierungsorgan, beneidet die Kosaken um das Glück, daß es nicht auch ihr vergönnt sei, Rebellen niederzuschlagen. Das weiter verbreitete Regierungsorgan, der „Lokal-Anzeiger“, hat ja — worauf ein Montagsblatt aufmerksam macht — keine höhere Ehrung Wilhelm II. gewünscht, als daß er zu seinem Geburtstag in russischer Uniform präsentiert.

Die Unruhen in Rußisch-Polen.

Die Warschauer Grenzleuten.

Warschau, 1. Februar. (Fig. Ver.) Der Verkehr der Fußgänger in der Stadt nimmt zu. Man bekommt jetzt immer mehr Berichte von Augenzeugen über einzelne Grenzleuten zu hören, die sich in den Straßen in den letzten Tagen abspielten. Erst diese Einzelheiten geben einen Begriff, wie die Schergen hier hausten. Nach allem zu urteilen war den Soldaten ein Generalbefehl erteilt worden, alles und jedes niederzufallen bei dem geringsten Anzeichen einer „Zusammenrottung“ oder einer „Widerspenstigkeit“. Ein solches Recht wurde einzelnen Soldaten anheimgestellt und seine Ausführung dem Gutdünken jedes dieser betrunkenen Bestien überlassen. Von einem Kommando irgend welcher Vorgesetzten war nicht mehr die Rede! Und da erlebten wir z. B. den folgenden Vorfall: Sonntag, den 29., am Bahnhof der Bromberger Eisenbahnlinie war um 11 Uhr vormittags nur eine Handvoll Passagiere angekommen. Einer von ihnen wollte einen Wagen haben und rief laut: Drochitel! Ein in der Nähe stehender Soldat nahm den Rufenden ohne weiteres aufs Korn und der Unglückliche brach auf der Stelle tot zusammen! Der Soldat hatte offenbar Befehl, auf alle jene zu schießen, die „laute Rufe“ (im Sinne revolutionärer Rufe) ausstießen... Es lag augenscheinlich auch darin System, die Getöteten nicht von den Angehörigen oder Freunden oder sonst vom Publikum wegschaffen zu lassen; die Leichen sollten wohl „als abschreckendes Exempel“ im Straßenlot liegen bleiben. So lagen in der Dzikostraße während 24 Stunden 3 Leichen, und die Soldaten saßen auf jeden, der sich den Leichen nähern wollte. Die Bestialität der Soldateska hat sich in dieser unumschränkten Herrschaft bis zur Bewußtlosigkeit ausgewachsen. In der Zelaznastraße hat man folgende Szene mit ansehen müssen: Ein Soldat hielt einen Passanten an und forderte Bündelholz für seine Zigarette. Als er sie erhalten und der betreffende Herr sich einige Schritte entfernt hatte, nahm ihn der Soldat von hinten aufs Korn und schoß ihn tot!

Die plündernden Ordnungsträger.

Es unterliegt jetzt für niemand einem Zweifel, daß die Plünderungen der letzten Tage von Dieben und allerlei Gefindel, und zwar unter ausdrücklicher Duldung, wo nicht direkt auf Geheiß der Polizei, ins Werk gesetzt wurden. Die feigen Spieher und Krämer haben ihre Methode aus den früheren Jubelhegen wieder versucht, indem sie in den Zimmerfenstern und Schaufenstern Heiligenbilder und abends sogar brennende Kerzen ausstellten, um so den „christlichen“ Mob von sich abzuwenden und auf die jüdische „Konkurrenz“ zu lenken. Es half aber nichts, denn das Gefindel taubte und plünderte bei Jud und Christ ganz unparteiisch und stellte sogar nach vollzogenem Raub, wie das in vielen Straßen, z. B. in der Zelaznastraße, beobachtet wurde, die Heiligenbilder wieder hübsch an ihre Stelle im Fenster; auch befanden sich in den plündernden Händen selbst ebensogut Juden wie Christen. Die Polizisten und Soldatenposten standen bei den Plünderungen und schauten ruhig zu. In der Marschallowskajastraße haben Augenzeugen festgestellt, daß die Führer der Bande verkleidete Schutzleute waren. Ja, in manchen Fällen nahmen Polizisten und Soldaten sogar offen an den Plünderungen teil. So in der Nowy Swiatstraße, als das Schuhwarenlager der „Petersburger Gesellschaft“ ausgeraubt wurde, ver-lauften die Soldaten nachher offen in der Straße das Schuhwerk — 12 und 15 Kopfen das Paar. Uebrigens benutzten diese braven „Vaterlandskrieger“ auch die Leibbesitzungen, die abends auf den Straßen vorgekommen wurden, wobei nach Flugblättern und Waffen gesucht wurde, um sich gegen das Angeblieh von ihnen beschätzte Privateigentum zu verzeihen: in der Geglanastraße hat der Soldatenposten einem Herrn bei der Durchsuhung das Portemonnaie und das Portecigare gestohlen.

Die Arbeiter und die Plünderungen.

Die streikenden Arbeiter wehrten die Plünderer nach Kräften ab. So war es z. B. bei dem russischen Magazin von Krulow und Boronin, wo die Arbeiter bei dem Ueberfall der Bande vor dem Laden Wache hielten, bis der Inhaber die Waren in Sicherheit gebracht hatte. Dasselbe wiederholte sich in der Krolenskostraße, Ecke Granicznia, und Krolenskostraße vor dem Seisenladen usw. Die Arbeiter selbst haben sich nur zweier Waffenläden bemächtigt, um sich einigermassen zu den Zwecken der Abwehr zu bewaffnen. Doch waren alle größeren Waffenmagazine von Soldaten stark bewacht.

Die Opfer.

Eine annähernd wahrheitsgetreue Angabe über die Zahl der Toten und Verwundeten ist jetzt unmöglich, sie müßte aber jedenfalls

nach Hunderten gezählt werden. Leichen liegen massenhaft auf allen Polizeiwachen, im Rathaus, im Untersuchungsdepartement. Unter den Getöteten sind nach übereinstimmenden Angaben

die Mehrzahl Frauen,

auch viele Kinder. In dem Christkindlein-Spital liegen 18 Tote und 88 Verwundete. Doch wurden in die Krankenhäuser im allgemeinen nur Verwundete, nicht aber Tote, gebracht.

Verhaftungen.

Es sind in den letzten Tagen massenhaft Verhaftungen vorgenommen worden. Alle Polizeireviere und Gefängnisse sind überfüllt. Heute abend ist schon eine Partie Verhafteter aus dem Pawlowsk-Gefängnis, wo sie keine Aufnahme mehr fanden, in das städtische Zeughaus, andere in das Stappengefängnis in der Vorstadt Praga deportiert worden. Die Festgenommenen werden in haarsträubender Weise mishandelt. In dem Pawlowsk belamen sie 3 Tage lang keinen Bissen Nahrung, erst eben jetzt wurde eine Disposition telephonisch abgegeben, um Nahrung zu beschaffen. In einem der Polizeireviere spielte sich die folgende Szene ab. Die Mutter eines der Verhafteten kam, um ihren Sohn zu suchen; als sie eintrat, erblickte sie auf dem Boden einen von Blut überströmten Menschen, den zwei Kosaken fleißig mit Füßen traten. Als die Dame eine Frage wagte, wurde sie von den Schergen mit unflätigsten Beschimpfungen und mit dem Wunsch empfangen, nicht bloß ihr Sohn, sondern die ganze Brut möchte getötet werden. Schließlich wurde sie mit dem Revolver bedroht und hinausgeschickt.

Der Generalstreik.

Die Arbeiter streiken nach wie vor. Größere Väterchen machen schon Konzessionen; so wollen sie z. B. eine achtstündige Schicht gewähren. Die wenigen Straßenbahnen fahren unter militärischer Bedeckung und drin sitzen auch nur Militärs.

Warschau, 5. Februar. (W. Z. V.) Der Ausstand erstreckt sich gegenwärtig auf die Gouvernements Warschau, Petrikau, Kalisch, Madom, Lublin und Suwalki; im letzteren Gouvernment geht er seinem Ende entgegen.

Kalisch, Madom und Siedlce wurden in den Zustand des verstärkten Schutzes erklärt.

Lodz, 4. Februar. (W. Z. V.) Gestern sind hier neun und heute sechs bei den jüngsten Unruhen ungelokommene Personen beerdigt worden. Auf dem Kirchhofe kam es abermals zu einem Zusammenstoß der Menge mit dem Militär, wobei zwei Personen getötet und 15 verwundet wurden. Ein Judenknabe, der eine Bekanntmachung auf der Straße abgab, wurde von einem Arbeiter von einem Schutzmännchen erschlagen. Die Straßenbahn und die Güterabfertigung der Eisenbahn arbeiten nicht. Sämtliche Fabrikanten haben beschloffen, den Feiertagstag oder statt dessen mit Zustimmung der Regierung einen Arbeitstag mit 1/2-stündiger Mittagspause einzuführen. Am Bahnhofe wird das Gepäck ankommender und abfahrender Reisender einer Durchsicht unterzogen.

Sosnowice, 5. Februar. (W. Z. V.) In Dombrowa veranstalteten heute über 15 000 Ausständige eine Kundgebung. Sie zogen unter Vorausströmung von Fahnen nach Sosnowice und verletzten hier nach dem Warschauer Bahnhof zu marschieren, wurden aber von Kosaken daran gehindert und zogen nach Dombrowa zurück. Die Kosaken hatten von ihren Waffen keinen Gebrauch gemacht.

Sosnowice, 6. Februar. (W. Z. V.) Seit Sonnabend ist der Betrieb der Weichselbahn auf der Linie Sosnowice—Olschach infolge des Ausstandes der Eisenbahnarbeiter auf der Station Strzembenskiy und Beschädigung des Weges eingestellt. Auf eine Forderung der Ausständigen hin wurde in der Realschule seit Mittwoch und in der Handelsschule seit Freitag der Unterricht eingestellt.

Das die Warschauer Plünderungen Polizeimache waren, wird jetzt nach dem „Lokal-Anzeiger“ bestätigt. Es wird ihm mitgeteilt, daß sie unmittelbar von der Polizei angezettelt worden sind, und daß die Polizei den strikten Befehl hatte, sich am Sonnabend vor acht Tagen, dem Hauptplünderungstage, zwischen 8 Uhr abends und 2 Uhr nachts nicht auf der Straße sehen zu lassen.

Die geschlossene deutsche Grenze.

Der „Lokal-Anzeiger“ läßt sich über eine Unterredung berichten, zwischen dem preussischen Gendarmenoberst von Puttlamer und Offizieren der russischen Grenztruppe. Darin wird ausdrücklich das gute Einverständnis zwischen den russischen und preussischen Grenzbehörden betont und gesagt: „Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die längs der Landesgrenze stehende, sehr starke Grenztruppe das unbefugte Ueberschreiten der Grenze nach Deutschland mit aller Energie verhindern wird.“

Das heißt, die russischen Unterthanen, die der Anute und den Augen der russischen Schergen entweichen wollen, werden im Einverständnis mit den Befehlshabern Kultur-Preussens daran verhindert. Sie müssen unter allen Umständen den russischen Augen standhalten!

Die Gesamtzahl der Ausständigen in ganz Russisch-Polen wird auf 400 000 geschätzt.

Ein Attentat in Finnland.

Stockholm, 6. Februar. Dem Aftonbladet wird aus Helsingfors telegraphiert: Ein Mann in Offiziersuniform verübte heute auf den Senatsprokurator Johnson in dessen Wohnung ein Revolverattentat. Johnson war augenblicklich tot, auch sein Sohn ist verwundet. Der Attentäter gibt Alexander Gadd als seinen Namen an.

Helsingfors (Meldung der Petersburger Tel.-Agentur). Auf den Prokurator des finnländischen Senats Johnson wurde in seiner Wohnung ein Revolveranschlag verübt. Heute vormittag ist der Prokurator gestorben; der Attentäter wurde verwundet.

Die papierne Sozialreform.

Das Ministerkollegium hat dem Finanzministerium die Ausarbeitung einer staatlichen Invalidenversicherung für industrielle Arbeiter überantwortet.

In diesem Ministerium wird eine Kommission zur Ausarbeitung der Gesetzesvorlage betreffend die staatliche Versicherung errichtet.

Zur Teilnahme an dieser Kommission werden berufen Vertreter von mehreren Anstalten, ferner Vertreter für Bergwerksangelegenheiten, Vertreter aus vielen Handelsmanufaktur- und Wollkomitees, Konferenzräte, Vertreter des Bergbaues, Metallfabrikanten, Juckerfabrikanten, Müller, Vertreter der kaiserlich technischen Gesellschaft und von Gesellschaften zur gegenseitigen Versicherung von Arbeitern gegen Unglücksfälle und andere.

Die Ausstandsbewegung.

Moskau. Der Ausstand der Kanalarbeiter ist beendet. Der Magistrat hat sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Odessa. Die Universität ist geschlossen worden.

Kasan. Der stellvertretende Gouverneur erließ eine Bekanntmachung, welche besagt, daß die Arbeiter in Kasan und Umgegend „unter dem Einfluß von Agitatoren und deren Drohungen die Arbeit eingestellt haben“. Zum Schutz der Arbeiter gegen Gewalttätigkeiten von Ruhestörern seien energische Maßnahmen getroffen.

Batum. Der Ausstand breitet sich mit neuer Kraft aus. Die Fabriken feiern mit Ausnahme einer einzigen; viele Magazine und Läden sind geschlossen, die Verluste sind groß, die Lebensmittelpreise gestiegen. Infolge der Beschädigung der Eisenbahn auf eine Strecke von mehreren Kilometern durch Uebelgesinnte sind Patrouillen ausgesandt. Auf der Station Samtredi ist der Passagier- und Frachtverkehr eingestellt.

Berliner Magistratsadressen in Moskau.

Die Mehrheit der Moskauer Adelsversammlung hat, wie schon gemeldet, zugunsten des Absolutismus eine Adresse an den Zaren gerichtet, die im Stile der Kaiseradressen des Berliner Magistrats gehalten ist.

Dagegen haben 80 Mitglieder der Adelsgenossenschaft unter Bezugnahme auf diese Mehrheitsadresse an den Kaiser eine Minoritätsadresse eingereicht, in welcher das Votum der Mehrheit bedauert und betont wird, daß das einzige Mittel, aus den gegenwärtigen Wirren zu kommen, darin bestehe, daß eine Kundgebung erfolge, aus welcher man ersehe, daß Thron und Volk innig verbunden seien. Dies könne aber nur durch Anhörung freigewählter Vertreter des Volkes geschehen. Um den äußeren Krieg glücklich zu Ende zu führen, müsse man vor allem die Ruhe im Innern wieder herstellen.

Das Leben für den Zaren!

Aus Göttingen wird berichtet: Die hiesigen Blätter sind gebeten worden, folgende Mitteilung zu veröffentlichen:

„Da es im Interesse der akademischen Sitte und Ordnung gelegen ist, daß die Herren Studierenden sich der Teilnahme an der praktischen Politik enthalten und besonders jede agitatorische Tätigkeit unterlassen, werden auf Wunsch des Herrn Prorektors die Listen mit den Unterschriften hiesiger Studierenden nicht an die für Gorki tätige Zentralstelle abgesandt werden.“

Wiesleitz versucht man es einmal mit einer Adresse für den Zaren und Trepow!

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“, Sälows Organ, schreibt über die Münchener Protestversammlung:

„Bei aller Sympathie für die Volksbewegung in Russland und ihre Opfer, mit welchem Recht will man sich in öffentlichen Versammlungen von ihnen hier aus in russische Verhältnisse einmischen! Und dann vor allem, welche Kurzsichtigkeit, zum mindesten gesagt, gehört dazu, dabei mit sozialdemokratischen Jesuiten zusammenzuarbeiten, von denen von vornherein zu erwarten war, daß sie an dem russischen Feuer nur ihre deutsche Partei drüben fieden wollen, wie sie auch die Ruhrlohlendifferenzen entsprechend hier ausgenützt haben.“

Österreich opfert gleichfalls dem Zaren. Aus Wien wird telegraphiert:

In Verantwortung einer Interpellation des Abg. Daszynski und Genossen betreffend die Unterjagung mehrerer zur Besprechung der Vorgänge in Russland einberufenen Versammlungen in Galizien führte der Minister des Innern aus, daß bei dem Verbot verschiedener derartiger Versammlungen lediglich nach dem Gesetz vorgegangen wurde, und daß mit Rücksicht auf die gewaltige Erregung, welche die jüngsten Ereignisse in Russland auch in Oesterreich hervorgerufen hätten, eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten war. Der Minister trat der Behauptung entgegen, daß es sich bei dem Vorgehen der Behörden etwa um fremde Einflüsse gehandelt hätte und russische Polizei und Gendarmen in den Hauptplätzen Galiziens eine polizeiliche Tätigkeit entwickelten.

In Verantwortung einer Interpellation Schumacher erklärte ferner der Minister, daß die jüngst im Wiener Gemeindebezirk abgehaltene Arbeiterversammlung, nachdem die Verhältnisse in Russland bereits erörtert waren, erst aufgelöst wurde, als die Versammlung in färmische, die Revolution verherrlichende und sonstige aufreizende Rufe ausbrach und die Ruhe vom Vorsitzenden nicht mehr hergestellt werden konnte. Der Minister versicherte schließlich, daß die Regierung keinerlei Einschränkung der bürgerlichen Rechte beabsichtige, daß aber die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung berufenen Behörden nicht zulassen könnten, daß sich vor ihren Augen Vorgänge abspielen, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen.

Intern Ministerium Nowier! Die Internationale des Zaren arbeitet überall auf gleiche Weise. Aus Bordeaux wird telegraphiert:

Die revolutionären Gruppen der hiesigen sozialistischen Partei hatten ein Protestmeeting gegen die blutigen Ereignisse in Russland organisiert. In letzter Stunde wurde jedoch das Meeting unterlag und der Saal, in welchem die Versammlung stattfinden sollte, von einem bedeutenden Polizei-Aufgebot besetzt. Es kam zu verschiedenen Kravallen, wobei sowohl auf Seiten der Revolutionäre sowie auch auf Seiten der Polizisten mehrere Personen verletzt wurden.

England und der Zarismus.

Aus London wird uns geschrieben:

Mit seltener Einmütigkeit stellt sich die ganze öffentliche Meinung Englands auf Seite der russischen konstitutionellen Bewegung. Sogar der Kriegsminister Mr. Arnold-Forster drückte in einer öffentlichen Versammlung seine Sympathie mit den Opfern der russischen Revolution aus. Am 1. Februar abends fand ein Protestmeeting in Queens Hall, London, statt, das von der Sozialdemokratischen Föderation, der Fabier-Gesellschaft, der Unabhängigen Arbeiterpartei und dem Londoner Gewerkschaftsverband einberufen war. Es sprachen u. a. Hyndman, Edward Shaw, Cunningham Graham und W. H. Ford. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Diese Versammlung Londoner Bürger drückt ihren tiefsten Abßehen aus vor den Missethaten in Petersburg und anderen Städten Russlands, und ihre Verachtung vor dem Zarismus und der Bureaucratie, die auf die Wünsche des Volkes keine andere Antwort hatten als Hinte und Peitsche. Diese Versammlung, ebengedient des Freiheitskampfes unserer Vorfahren, begrüßt die revolutionäre Bewegung Russlands, die die Aufgabe hat, durch die Hinwegräumung des Zarismus die Bahn des Fortschritts zu sichern.“

Auch im Ostende von London fanden zwei stark besuchte Protestmeetings statt.

Tolstoi und die russische Revolution.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Der russische Korrespondent des „Standard“ hatte eine Unterredung mit Tolstoi über die revolutionären Vorgänge in den verschiedenen russischen Städten. Tolstoi antwortete, er habe zahlreiche Aufforderungen erhalten, sich über diese Ereignisse zu äußern, und er werde in wenigen Tagen öffentlich antworten. Der „Standard“ vom 3. Februar veröffentlicht den Inhalt der Tolstoischen Antwort:

1. Ihr Arbeiter braucht freien Grund und Boden.
2. Ihr Arbeiter könnt dieses Ziel nicht erreichen durch Aufruhr, nicht durch Streiks und Demonstrationen, nicht durch sozialistische Aktion im Parlament, sondern durch die Nicht-Teilnahme an dem, was Ihr als ein Uebel betrachtet. Untersteht nicht das Verbrechen des Privateigentums an Grund und Boden, sei es durch Entfaltung von Laten, die die Truppen zu Gewalttaten provoziert, sei es durch Verweigerung der Arbeit oder der Pachtung.

3. Ihr müßt das Land als Gemeineigentum betrachten.

4. Das wichtigste ist: in Eurem Bemühen, zum Ziel zu gelangen, kämpft nicht gegen die herrschenden Massen durch das Mittel des Aufzuzus, der Revolution und der sozialistischen Aktion, sondern lebt ein besseres Leben. Es ist höchst schädlich zu glauben, daß die Ursachen des Elends in den äußeren Umständen und nicht in uns selbst liegen. Wenn Euer Bemühen nur darauf gerichtet ist, die Ruhewelt zu verbessern, so wird das Uebel noch größer werden. „Suchet vor allem das Reich Gottes und alles andere wird Euch gegeben werden.“ Dies ist das Grundgesetz des menschlichen Lebens.

Mit diesem religiösen Fatalismus und Mystizismus stellt sich Tolstoi, wie übrigens nach seinen bisherigen Anschauungen zu erwarten, außerhalb der revolutionären Bewegung. Beiläufig wolle ein grotesker Widerspruch! Tolstoi rät, statt zu aktiver Auslieferung gegen das Verbrechen, dem Uebel nicht zu widerstreben und das Verbrechen des dreieinigen Absolutismus, Militarismus und Kapitalismus durch passive Enthaltung der Teilnahme unmöglich zu machen; im gleichen Atemzug bekämpft er den Streik, also gerade den Versuch, durch passive Enthaltung dem Verbrechen der menschlichen Ausbeutung zu steuern.

Die Adresse der Petersburger Adelsversammlung.

Petersburg, 6. Februar. In der Adresse der hiesigen Adelsversammlung heißt es:

„Aller unser Hoffnung beruht auf Eurer Majestät, die wir alle Zeugen der Sorgen Eurer Majestät für die Entwicklung des Wohlstandes Russlands sind. Der 25. Dezember hat die Hoffnungen derjenigen Ihrer Untertanen erneuert, welche infolge des günstigen Eintrucks jenes Erlasses das wahre Heil des Vaterlandes in der Ruhe des Landes und der ununterbrochenen Befriedigung der dringenden Bedürfnisse des Volkes erblickten. Die Zahl der so denkenden Russen ist gewaltig, sie sind stark durch die Grundjähre, aber sie sind nicht geeint, um gegen die geheime Organisation zu kämpfen, die sich bemüht, die Grundfesten der Regierung und der Gesellschaft zu erschüttern. Sire! Es ist nicht das erste Mal, daß dunkle Wolken über Russland hängen, welches Feinde im Kreml und auch innere Unruhen gesehen hat, welche den Boden der Regierung erschütterten. Aber unser Vaterland wurde immer stärker und machte stolz und gewaltig Fortschritte in seiner Entwicklung. Aus der Verbindung der monarchischen Autokratie mit der ergebenen russischen Nation schöpft Russland stets die Kräfte, denen weder ein auswärtiger Feind noch innere Unruhen Widerstand zu leisten vermochten. Der Adel von Petersburg ist überzeugt, daß diese Verbindung unerschütterlich ist und den Sieg davontragen muß. Mit Gottes Hilfe werden unsere wackeren Truppen, ihr Leben für Kaiser und Vaterland einsehend, die russischen Waffen mit neuem Ruhm krönen. Mit Gottes Hilfe werden auch die inneren Unruhen ein Ende nehmen. Sire! Ihre Absichten sind klar. Das ganze Volk erwartet sehnsüchtig die Erfüllung des kaiserlichen Willens, aber die Beamten und Staatsmänner — welches auch immer ihre Eigenschaften und ihr Eifer sein mögen — werden nicht alle Fragen des nationalen Lebens lösen können. Sire! Ihre Vorfahren hörten auf die Stimme der von der Nation erwählten Russen. Diese Gewohnheit schwächte nicht die Autokratie, sondern stärkte sie im Gegenteil und trug dazu bei, die gegenwärtige Größe zu erreichen. Sire, beschließen Sie jetzt, daß erwählte Vertreter des Volkes frei ihre Stimmen zur Höhe des Thrones erheben und nach den Angaben des Souverän in der Gesetzgebung und Beratung der Regierungsmassnahmen teilnehmen. Sire, der Adel Petersburgs glaubt aufrichtig, daß, falls der Kaiser das Vertrauen hat und es kundgibt, daß Thron und Nation innig verbunden sind, die Unruhen im Innern aufhören werden und daß das gesamte Russland sich erheben werde, um in getreuer und ruhmbegierender Weise seinem Souverän zu dienen zum Wohl und Ruhm des Landes wie zum Schrecken seiner Feinde.“

Die Adresse wurde mit 188 gegen 20 Stimmen genehmigt.

Das Attentat auf den Senatsprokurator.

Helsingfors, 6. Februar. (W. Z. V.) Ueber den Revolveranschlag auf den Senatsprokurator wird ausführlich gemeldet: Heute erschien in der Wohnung des Prokurators Johnson eine militärisch gekleidete Person, welche eine französische Wiffenkarte, lautend Leutnant Alexandre Gadd vorzeigte und um einen geschäftlichen Empfang bat. Als Gadd in das Kabinett des Prokurators eingetreten war, gab er mehrere Revolvergeschüsse auf Johnson ab. Drei Kugeln trafen die Brust, den Magen und die Schulter des Angegriffenen, sofort stürzte ein Geheimpolizist herbei und schoß mehrmals auf Gadd und durchschloß ihm den rechten Fußknöchel. Gadd versuchte zu flüchten, stolperte und fiel im Vorzimmer, sodann wurde er ins Hospital gebracht, wo festgestellt wurde, daß er außer am Fuß noch an der rechten Hand verwundet war. Am Abend lag er in besinnungslosem Zustand. Sechs herbeigeeilte Aerzte stellten den Tod des Prokurators fest. Sein Sohn, der beim ersten Schuß hergelaufen war und auf den Angreifer schoß, trug eine leichte Wunde am linken Fuß davon.

Kasan, 6. Februar. (W. Z. V.) In der Stadt herrscht Ruhe. Die Gasfabrik und die elektrischen Anlagen werden durch Militär bewacht. Die Universität ist bis auf weiteres geschlossen worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Antwort der Siebener-Kommission auf das Telegramm des Reichskanzlers.

Bosum, 6. Februar. (W. Z. V.) Die Siebener-Kommission hielt heute abend nach Einlauf des Telegramms des Reichskanzlers eine Sitzung ab. Nach eingehender Besprechung der Lage des Streiks wurde beschlossen, den Vergleichen die Arbeitsaufnahme nicht zu empfehlen und die definitive Stellungnahme zu dem Telegramm der auf Donnerstag vormittag in Essen anberaumten Reichsversammlung der Delegierten aller Bergarbeiterverbände zu überlassen. An den bergbaulichen Verein wurden die reduzierten Forderungen der Siebener-Kommission schriftlich abgegeben. In dem Telegramm an das Ober-Vergamt in Dortmund wurde über die Führung der Untersuchung auf den einzelnen Leiden Bescheid erhoben und das Ober-Vergamt ersucht, zu den Verhandlungen der Untersuchungskommissionen bereidigte Stenographen hinzuziehen. Ferner verlangt das Telegramm, daß den Delegierten, entsprechend der früheren Forderung, gestattet sein soll, in den Sitzungen weiteres Material beibringen zu dürfen.

Der Ausstand in Oberschlesien.

Breslau, 6. Februar. (W. Z. V.) Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, sind bei den schlesischen Kohlen- und Holzwerken in Gottesberg bei der heutigen Nachtschicht auf der Vilstgrube von 552 Mann nur 21 angefahren, auf der Gustabgrube von 293 nur 3 Mann.

Die zweijährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 6. Februar. (W. Z. V.) Der Senat nahm mehrere Artikel des Militärgesetzes an. General Billot verlangte die Trennung der Artikel, in welchen die Dauer der Dienstzeit festgesetzt wird und behauptete, die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit sei unausführbar in einer Zeit, wo der Krieg in der Randschüre den Befrieden schwer bedrohe. Der Verichterhater bekämpfte die Trennung, welche sodann mit 214 gegen 50 Stimmen verworfen wurde. Der Artikel, in welchem die Dauer der aktiven Militärdienstzeit auf zwei Jahre festgesetzt wird, wurde schließlich mit 220 gegen 25 Stimmen angenommen.

Arbeiter! Gedenkt der Sammlungen für die streifenden Bergarbeiter!

Arbeiter! Demonstriert am Donnerstag machtvoll gegen die Frevel des russischen Absolutismus!

Reichstag.

134. Sitzung vom Montag, den 6. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des zweiten Nachtrags-Etats für den Reichshaushalt und des zweiten Nachtrags-Etats für die Schutzgebiete.

Beide Nachtrags-Etats werden in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung debattelos angenommen.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation Dr. Ablas (fr. Sp.) und Genossen, den Reichskanzler zu fragen, welche Stellung er zu der im preussischen Abgeordnetenhaus beantragten und von dem Vertreter der königlich preussischen Staatsregierung gebilligten Einführung von Gebühren auf den natürlichen Binnenwasserstraßen nehme.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zu ihrer Begründung erhält das Wort

Abg. Rämpf (fr. Sp.): In weiten Kreisen der Bevölkerung hat das demütigende Gefühl Platz gegriffen, es könnten entgegen der Reichsverfassung Schiffsabgaben auf natürliche Wasserstraßen eingeführt werden. Als anlässlich einer Schrift des Eisenbahndirektions-Präsidenten Ulrich vor Jahr und Tag die gleiche Befürchtung in Deutschland aufkam, gab der Reichskanzler am 10. Dezember 1903 die Erklärung ab, daß gemäß des § 55 zweifellos die Einzelstaaten kein Recht hätten, Schiffsabgaben zu erheben. Jede Schiffsabgabe müsse durch ein besonderes Reichsgesetz und zwar nach den Vorschriften einer Reichsverfassungsänderung beschlossen werden. Dieser Standpunkt ist auch vom Bundesrat im Jahre 1888 bei der Vertiefung der Unterweser eingenommen worden. Infolgedessen liegt dem Bundesrat kein dahingehender Antrag vor. Schließlich kämen hier auch die Verträge mit den auswärtigen Mächten in Betracht. Im preussischen Abgeordnetenhaus kam die Einführung von Schiffsabgaben am 28. Februar 1904 zur Sprache. Damals stellte sich die Staatsregierung auf den Standpunkt, daß zwar eine Abweisung vom § 54 nicht beachtet sei, daß aber für die Bemessung einer erst kürzlich geschaffenen Vertiefung auch auf natürlichen Wasserstraßen Kostenabgaben erhoben werden dürften im Verhältnis der aufgewendeten Kosten. Das sei schon 1886 bei der Erhebung von Abgaben für die Vertiefung der Unterweser von allen Rednern als ein gesundes, volkswirtschaftliches Prinzip anerkannt worden.

Es ist zweifellos, daß Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen ungesetzlich sind. Aber nicht über jeden Zweifel erhaben ist, welche Wasserstraßen noch als natürliche anzusehen sind. Im preussischen Staatsministerium hege niemand den leisesten Gedanken an Schiffsabgaben auf der Elbe und dem Rhein. Aber am 9. November und 1. Dezember erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten im preussischen Abgeordnetenhaus, der beste Freund der Schifffahrt sei der, der für Schiffsabgaben eintrete. Dieser Leberzeugungs werde man sobald als möglich Ausdruck geben. Welch ein weiter Weg im Wandel der Ansichten ist da seit dem 10. Dezember 1903, also in so unglücklich kurzer Zeit, eingetreten! (Sehr richtig! links.) Nach Gründung des Deutschen Reiches wurde der Grundsatze aufgestellt, daß nur für besondere Anlagen Abgaben erhoben werden könnten, und daß diese Abgaben die eigenen Kosten nicht überschreiten dürften. Jetzt aber ist es soweit gekommen, daß sogar der Rhein als eine künstliche Wasserstraße erklärt wurde. Und doch sind die Flüsse ein löstliches Gut der Natur. Die Sachverständigen haben erklärt, ein kanalisierter Fluß sei keine „künstliche“ Wasserstraße. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Selbst der Professor Schumacher, der im übrigen für Einführung der Schiffsabgaben ist, hat erklärt, ein Uebergang einer „natürlichen“ Wasserstraße in eine „künstliche“ sei unmöglich. (Hört! hört! links.) Somit steht der preussische Gesetzentwurf in Widerspruch mit der Reichsverfassung; kein Bundesstaat kann einseitig dagegen vorgehen. Auch eine einseitige Interpretation kann nicht genügen. (Sehr richtig! links.) Auch die internationalen Verträge bestätigen diese Auffassung. Der Vertrag von 1844 bestimmt Freiheit der Elbschifffahrt, trotzdem die Elbe schon damals reguliert war. Dann kamen die Rheinschiffsabgabe von 1868. Diese Verträge können ohne Zustimmung Hollands und Desterreichs und ohne Aenderung der Reichsverfassung nicht modifiziert werden.

Welches sind nun die wahren Gründe für die Einführung von Schiffsabgaben? Etwas fiskalische Interessen? Ich glaube nicht, daß wegen ein paar Millionen Einnahmen so große Interessen auf Spiel gesetzt werden können, wie es hier der Fall sein würde. In Wahrheit soll durch die Aufhebung der Abgabefreiheit verhindert werden, daß zu Wasser billiger transportiert wird, als auf der Eisenbahn, damit der Einfuhr von Getreide noch über die Zölle hinaus ein Hindernis in den Weg gelegt wird. Uns scheint diese Frage wie genügend, um den Herrn Reichskanzler anzufragen, wie denn nun eigentlich die verbündeten Regierungen zur Erhebung von Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen stehen. (Bravo! links.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe im Namen der Reichsregierung unter Bezugnahme auf die Erklärung, welche der Reichskanzler in der Sitzung vom 10. Dezember 1903 abgegeben hat, und meine denselben Gegenstand betreffende Erklärung vom 12. April 1904 zu erklären: Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß kein Bundesstaat über die im Art. 54, Abs. 4 N.-B. gezogenen Grenzen hinaus Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen erheben darf. Dazu bedürfte es der besonderen Genehmigung durch Reichsgesetz gemäß Art. 78 der Reichsverfassung. Desgleichen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, soweit internationale Verträge der Abgabenerhebung entgegenstehen, die Zustimmung der vertragsschließenden Teile Voraussetzung für die Einführung von Abgaben ist. Wenn die königlich preussische Staatsregierung die Ungleichheit in der Abgabenerhebung zwischen den Kanälen und kanalisierten Flüssen einerseits und natürlichen Wasserstraßen andererseits herbeizuführen beabsichtigt, so liegt kein Grund vor der Annahme vor, daß sie es unterlassen wird, zur Erhebung von Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen die reichsgesetzliche Genehmigung einzu-

holen, soweit sie erforderlich ist. Erst wenn die königlich preussische Regierung an die Reichsregierung herantreten wird mit der Anregung, den bestehenden Rechtszustand zu ändern — was bisher nicht geschehen ist — wird für die Organe des Reiches die Verantwortung gegeben sein, zu dieser Anregung und zu dieser Frage selbst sachlich Stellung zu nehmen.

Nachdem der Staatssekretär diese Erklärung verlesen hat, verläßt er den Sitzungssaal.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Reichsregierung darf sich nicht wundern, wenn wir ihren Erklärungen nicht mehr das gleiche Vertrauen entgegenbringen, wie wir es der Erklärung des Reichskanzlers vom 10. Dezember 1903 entgegenzubringen geneigt waren. Die Othren für Regierungserklärungen sind uns seitdem geschätzt worden. Da wird von „soweit“ und „von den durch Art. 54 gezogenen“ Grenzen“ gesprochen. Das ist ja gerade der strittige Punkt, was in Artikel 54 stipuliert ist. Darüber finden sich in verschiedenen Erklärungen der preussischen Regierung im Abgeordnetenhaus Vorstellungen, die sich keineswegs mit den bisher herrschenden Anschauungen, keineswegs mit der historischen Entstehung des Art. 54, keineswegs mit der bisherigen Praxis und keineswegs mit der Erklärung des Reichskanzlers vom 10. Dezember 1903. (Sehr gut! links.) Als zuerst die Äußerung getan wurde, die Schiffsabgaben lägen im Interesse der Schifffahrt selbst, da glaubte ich, dieser Versuch, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, würde doch wenigstens nicht von Männern wiederholt werden, die eine verantwortliche Stellung einnehmen. Dieser Glaube ist getäuscht worden. Die ganze Äußerung aber ist der Gipfel der Rauberei. Wo hat die Idee der Schiffsabgaben denn ihren Anfang genommen? Bei den preussischen, feudalen Großagrariern! Schon im Dezember 1903 erschien der erste alarmierende Artikel, der keinen Zweifel ließ, worauf die Sache eigentlich hinauslief. Es hieß da, freie Schifffahrt bedeutet tatsächlich eine Herabsetzung der Einfuhrzölle und damit ein Durchkreuzen des nationalen Schutzzolles. Und der Bericht der preussischen Kanal-Kommission läßt keinen Zweifel, daß der eigentliche Zweck der ganzen Aktion ist, die Einfuhr von Getreide zu erschweren. Daher werden auch Elbe und Rhein besonders ins Auge gefaßt, weil sich auf diesen der Import in erster Linie vollzieht. Es handelt sich also um ein Glied der Perlenkette der Protektionierung! 1903 erklärte der Reichskanzler die Angelegenheit als eine „theoretische Streitfrage“. Aber bei den Agrariern gilt die Theorie nicht viel; die haben stets sehr praktische Absichten. Bei dem Maß von realpolitischer Einsicht, welches der Herr Reichskanzler für sich in Anspruch nimmt, muß er einsehen, daß seine damalige Stellung falsch war. Der Vorstoß der Agrarier geht in erster Linie gegen den Rhein. Das geht ja auch aus dem Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus, der den Namen v. Heubrand führt, hervor, der ja fordert, daß die Schiffsabgaben auf dem Rhein eingeführt werden müssen, bevor überhaupt der Kanal nach Dortmund gebaut werden könnte. Es wird da von der Gefährlichkeit des Rheins gesprochen. Auch das Zentrum teilt die Ansicht. Der Abgeordnete Herold hat bereits am Anfang des vorigen Jahres erklärt, daß der Rhein wesentlich vertieft sei, so daß er unter dem Begriff der künstlichen Wasserstraßen fällt. Die Höhe der für ihn einzurichtenden Abgaben sei aber streng beschränkt durch die Bestimmung der Reichsverfassung, daß auch für künstliche Wasserstraßen die Abgabe nicht höher sein dürfe als Zins und Amortisation der für sie ausgegebenen Summen es erfordern. Die Abgaben könnten also keine Duelle fiskalischer Einnahmen bilden, so daß es sich nur um Kleinigkeiten handle. Aber auch dieser Einwand ist von den Herren selbst durchkreuzt worden. Man sagt jetzt: Die Tarife sollten nicht nach dem Gewinn der Ware festgelegt werden, sondern nach den Gesichtspunkten einer nationalen Wirtschaftspolitik, aber, heißt es im Munde dieser Leute, eine Politik zugunsten der Minderheit von Großgrundbesitzern zum Schaden der Nation. Man solle also die Schiffsabgaben für Früchte von landwirtschaftlichen Produkten erhöhen, um die für andere Produkte herabsetzen zu können. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch der Abg. v. Pappenheim hat dieselbe Meinung geäußert. Man sagt ferner, die Höhe der Tarife sei ein Kronrecht, also unabhängig von den Volksvertretungen. Ist also überhaupt einmal die Schiffsabgabe im Parlament bewilligt, so liegt die Höhe der Tarife ganz in den Händen der preussischen Regierung. Die „preussische Regierung“ sind aber nicht die preussischen Minister, sondern es ist die agrarisch-feudale Mehrheit im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Die Minister sind nur ihre Mandatäre. — Dieser Ausdruck hat ja jetzt parlamentarische Geltung erlangt. — Es handelt sich um Tarifabsolutismus des preussischen Junkertums. Daß dabei noch die eisenbahnfiskalischen Interessen mitwirken, kommt erst an zweiter Stelle. An erster steht die verkehrshemmende Absicht der preussischen Junkerpartei. Dem Reichstag wird eine ungläubliche Rauberei zugemutet oder vielmehr, er wird direkt verhöhnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Vorstoß geht dahin, den verfassungsmäßigen Schutz des Artikels 54 zu beseitigen. Dieser Artikel ist identisch mit den Bestimmungen der Rheinischen Schiffsabgabe von 1868. Ein Widerspruch kann zwischen beiden nicht bestehen, sonst würden nach Zustandekommen der Verfassung die Schiffsabgabe selbstverständlich abgeändert sein. Nun hat der Herr Minister v. Budde im Dezember 1904 in der Kanal-Kommission erklärt, das gesamte Staatsministerium erkenne an, daß die Abgabefreiheit der großen Ströme eine Ungerechtheit sei und daß man alle Schritte tun wolle, um die etwa der Erhebung von Abgaben entgegenstehenden Bestimmungen der Reichsverfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu beseitigen. Es ist also hier die Auffassung vertreten, daß möglicherweise die Reichsverfassung der Erhebung von Abgaben gar nicht entgegensteht und Herr v. Budde habe auch bei anderen Gelegenheiten die Auffassung vertreten, daß ein Fluß, dessen Fahrerinne durch Vaggerung, Deiche usw. vertieft sei, nicht mehr unter den Schutz des § 54 der Reichsverfassung falle. Diese Auffassung der preussischen Regierung steht im unverdächtigsten Widerspruch einmal mit dem Wortlaut dieses Artikels, dann mit seiner ganzen Entstehung, mit der ganzen seitherigen Praxis und endlich der Erklärung des Herrn Reichskanzlers selbst. Ich bin fest überzeugt, daß der Herr Reichskanzler heute jene Erklärung nicht mehr abgeben wird, er hätte es auch damals nicht getan, wenn er die Situation richtig erkannt hätte. In dieser Erklärung des Herrn Reichskanzlers heißt es: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch die Bestimmung der Verfassung das Recht der Einzelstaaten

beseitigt werden soll, auf deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben irgend welche Abgaben zu erheben. Nun könnte man ja daran immer noch heruntüfteln, und der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky hat ja auch den Versuch gemacht, diese Erklärung in Uebereinstimmung zu bringen mit den Äußerungen des preussischen Staatsministeriums; aber die Erklärung des Herrn Reichskanzlers enthält noch etwas anderes, das jede Möglichkeit ausschaltet, seine Rede irgendwie zu interpretieren; nämlich seine Erklärung bezieht sich auf den Präzedenzfall des Unterwesergesetzes, und diese Beziehung ist so klar, daß jede Interpretation zu schanden werden muß. Nun hat zwar auch Herr v. Pappenheim im Abgeordnetenhaus sich auf das Unterwesergesetz bezogen, aber er scheint das ganze Gesetz und sein Zustandekommen nicht zu kennen, sonst wäre es mir unbegreiflich, wie er es als Präzedenzfall für seine Auffassung heranziehen will.

Damals wurde aus einem natürlichen Flußlauf geradezu eine einzige künstliche Riede gemacht, so tiefgreifend waren die Veränderungen, und trotzdem wurde damals daran festgehalten, daß die Einführung von Abgaben auf diesem so veränderten Flußlauf gegen Art. 54 der Verfassung verstöße und nur beschlossen werden könne unter Wahrung der Vorschriften des Art. 78 der Reichsverfassung, wonach eine Verfassungsänderung nicht akzeptiert werden kann, wenn vierzehn Bundesratsmitglieder dagegen stimmen. Es ist unbegreiflich, wie angesichts dieser Tatsache Herr v. Budde erklären kann, sein Standpunkt sei bereits vom Bundesrat beim Unterwesergesetz eingenommen worden, man habe damals nur formelle Bedenken hinsichtlich des § 54 der Verfassung gehabt. Die Kommission erklärte damals unter einmütiger Zustimmung des Hauses, sie erkläre in der Annahme des Gesetzes ein Abweichen von den Bestimmungen des Art. 54 der Verfassung. In diesem Sinne äußerte sich damals auch der Vertreter des Zentrums Herr Windthorst. (Hört! hört! links.) Herr v. Büttcher erklärte dann, im Bundesrat habe eine Majorität, wie sie für Verfassungsänderungen notwendig sei, die Vorlage angenommen, also formelle Bedenken lägen nicht mehr vor. Das waren die „formellen Bedenken“ des Herrn v. Pappenheim. So war damals der Standpunkt der Regierung. Heute ist das „etwa“ der preussischen Regierung auch von der Reichsregierung bereits übernommen. Die Reaktion rettet schnell. Der Herr Reichskanzler ist in der Tat kein Konsequenzmacher. Er legt keinen großen Wert darauf, daß seine Worte, die er heute ausspricht, binnen Jahresfrist auch noch Gültigkeit haben. Da darf er sich nicht wundern, wenn man seine Worte ganz besonders unter die Lupe nimmt und wenn man ihm das Vertrauen verweigert, wie es mit seiner Stellung unbedingt verbunden sein mußte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die heutige Erklärung des Grafen Posadowsky befreit sich ganz im Einklang mit dieser Stellung der preussischen Regierung. Diese Regierung denkt nicht daran, Abgaben auf dem Rhein zu erheben, die gegen die Verfassung verstößen, weil eben nach ihrer Meinung die Abgaben, die sie erheben will, nicht gegen die Verfassung verstößen.

Das Unterwesergesetz besteht nur aus einem einzigen Paragraphen. Der Staat Bremen soll danach das Recht haben, falls er die Unterweser von Bremen bis Bremerhaven so forrigit, daß Schiffe bis fünf Meter Tiefgang bis Bremen hinaufkommen können, für Ladungen dieser Schiffe eine Abgabe nach Maßgabe der für künstliche Wasserstraßen getroffenen Bestimmungen zu erheben. Das heißt, daß die Fahrzeuge, die schon vor der Vertiefung die Strecke befahren konnten, abgabefrei bleiben, daß sie in Bremerhaven leichtern und dann abgabefrei nach Bremen hinauffahren dürfen und vor allem, daß sie abgabefrei bleiben, wenn sie nicht in Bremen oder Begefaß auslanden, sondern nach einem preussischen oder oldenburgischen Hafen hinauffahren. Bei dem Gesetz handelte es sich also ausschließlich um ein Spezialinteresse der Stadt Bremen, jetzt aber sind die Interessen aller Anliegerstaaten oder Oberliegerstaaten in Miteidenschaft gezogen. Die preussische Regierung sucht gewisse Handelsfreiheiten vom Rheine für die Schiffsabgaben mit der Aussicht zu fördern, daß die Seeschiffe nach der beabsichtigten Rheinregulierung bei Köln sollten hinauffahren können. Der Gedanke wäre sehr gut, wenn bei seiner Ausführung ebenso verfahren würde, wie bei dem Gesetze von 1886, d. h. wenn alle Schiffe, die schon jetzt bis Köln fahren konnten und alle Schiffe, die über Köln hinauffahren d. h. der ganze jetzige Durchgangsverkehr von Rotterdam bis Mannheim abgabefrei bliebe. So hatte Preußen 1886 sein Interesse als Oberlieger gewahrt. Aber unter diesen Bedingungen wollen diese Herren (nach rechts) die Regulierung des Rheines gar nicht. Sollte nämlich die Abgabe wirklich nur so hoch gestellt werden, daß sie die Aufwendungen verzinst, so würde ja durch die Rheinregulierung ein neues „Einkaufsloz“ für die landwirtschaftlichen Produkte des Auslandes geschaffen. Nein, wenn die preussischen Junker Geschenke machen wollen, so ist eine Tüde dabei.

Vor allem muß bei der Einführung dieser Abgaben der Artikel 78 gewahrt werden. Er ist nicht, wie Herr v. Budde meinte, ein Hindernis für natürliche Flußregulierung. Im Bundesrat und im Reichstag wird sich immer eine Mehrheit für die Erhebung von Schiffsabgaben finden, wenn die Flußregulierung wirklich im Interesse der Gesamtheit liegt, genau wie es bei der Unterweser der Fall war. Aber das ganze Treiben der preussischen Regierung geht darauf hinaus, ohne diese Garantie Schiffsabgaben einzuführen. Das ist gegen das Interesse aller an der Schifffahrt interessierten Industrieunternehmen, die auf billige Wasserwege angewiesen sind und gegen das Interesse der ganzen Konsumtensschaft, insbesondere der breiten Volksmassen. (Sehr richtig! links.) Man will über die Zölle hinaus durch hohe Tarife das ausländische Getreide so teuer machen, daß das Getreide aus dem Osten Deutschlands im Wesen konkurrenzfähig werde, d. h. eine weitere Erhöhung der Preise des wichtigsten Lebensmittels erzwingen. Dabei haben 90 Proz. der Landwirtschaft Leidenden am Rhein an hohen Getreidepreisen kein Interesse.

Wir halten fest an der bisherigen Auffassung des Artikels 54 und lehnen die Schiffsabgaben ab, die das ganze wirtschaftliche Leben zu schädigen drohen. Wenn die preussische Regierung trotzdem auf dem Wege fortgeht, so berechtigt sie die kleinen Bundesstaaten und begehrt einen flagranten Verfassungsverstoß. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) In der Düsseldorfer Handelskammer wurde gesagt, man werde sich zusammenschließen müssen zum Kampf gegen den inneren Feind, der die Interessen der Rheinschifffahrt bedrohe. Der innere Feind war nicht die Sozialdemokratie (Rechts), sondern das preussische

Junkerium. Die Einführung der Schiffsabgaben wird ganz erheblich dazu beitragen, daß die am Fortschritt interessierte Bevölkerung erkennt, wo der innere Feind sitzt. Nach dieser Seite erwarten wir eine gute Wirkung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie (nach rechts) säen Wind und werden einen Sturm der Entrüstung ernten, den sie vielleicht nicht erwarten. Wir werden alles tun, um die Gefahr, die der gefamten wirtschaftlichen Entwicklung jetzt von Ihnen droht, ins Bewußtsein des ganzen Volkes zu rufen und können es von diesem Gesichtspunkt aus nicht einmal bedauern, daß Sie mit so offenen Karten gespielt haben. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Oefel (Z.): Nicht nur der § 54, sondern auch § 48 der Reichsverfassung kommt in Betracht. — Sie kämpfen eigentlich gegen Windmühlen. Es sollen ja gar keine Abgaben für Verschiffung erhoben werden. Als die Rhein-Schiffahrtsakte abgeschlossen wurden, fuhr man auf dem Rhein nur mit Rähnen von 300 Tonnen, jetzt aber mit solchen von 2000. Die Verbesserung der Fahrstraße muß also eine so grobhartige gewesen sein, daß man sich auf die alten Abmachungen nicht mehr berufen sollte. Wenn die Franzosen die freie Kanalfahrt haben, so liegt das daran, daß drüben die Staatskanäle den Zweck haben, der Profitmaderie von Seiten der privaten Eisenbahnen ein Gegengewicht zu halten. Von der freien Rhein-Schiffahrt haben nicht deutsche, sondern niederländische Schiffe den allergrößten Vorteil. Der deutsche Export mag ja durch die Rhein-Schiffahrtsabgaben geschädigt werden, aber wenn die Rhein-Schiffahrts-Gesellschaften sich selbst zur Erhöhung der Tarife zusammenschließen, so klagen Sie nicht darüber, daß das eine Verkehrsbehinderung sei. Die Rhein-Flachten sind ja allerdings ungeheuer gering. Ich erkläre also: Die große Menge meiner politischen Freunde sind für die Schiffsabgaben auf solchen Flüssen, die durch einschneidende Verbesserungen die Natur von Kanälen angenommen haben. Der Herr Vorredner hat gesagt, die Schiffsabgaben würden nur zum Besten der preussischen Agrarier eingerichtet. Ja, halten Sie und Bayern für so dumm, daß wir für die schönen Augen der preussischen Junker unsere Politik so einrichten? Ich persönlich gehe noch weiter und wünsche, daß der § 54 der Reichsverfassung überhaupt möglichst bald beseitigt wird. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir sollten dazu kommen, daß solche Abgaben eingerichtet werden, wie Sie von der Linken jetzt gefordert werden.

Abg. Gothein (Freiz. Vgg.): Ich habe beim Herrn Vorredner den Eindruck bekommen, daß er fürchtet, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen nicht zu Worte zu kommen. (Große Heiterkeit.) Wie inkonsequent ist das Zentrum! Als es sich um die Kanalisation der Weser handelte, war das ganze Zentrum einstimmig mit seinem Führer Windthorst der Meinung, daß Schiffsabgaben auf der Weser ein Eingriff in die Reichsverfassung wären. Jetzt schlägt das Zentrum seinem früheren Standpunkt selbst ins Gesicht.

Herr Oefel meint, der Hauptvorteil der Abgabefreiheit auf dem Rhein käme den holländischen Schiffen zugute. Er hat dabei übersehen, daß die holländischen Schiffe viel kleiner sind als die deutschen, sodaß ihre Zahl allein nicht ausschlaggebend ist und daß ein sehr großer Teil der holländischen Schiffe im deutschen Weichsel ist. (Sehr richtig! links.) — Die Erklärung des Grafen Polakowsky heute war sehr wenig eindeutig. Herr v. Thielens erklärte seinerzeit ausdrücklich, man kann es bedauern, aber die Reichsverfassung gestattet die Erhebung solcher Abgaben nicht, und Herr Professor Schumacher ist unter Benutzung des amtlichen Materials zu derselben Auffassung gekommen. — Freilich Preußen, das den Reichskanzler stellt und vor allem berufen sein sollte, die Reichsverfassung zu wahren, umgeht diese in konstanter Praxis. Auch die heutigen Regulierungsmethoden waren schon vor Erlaß der Reichsverfassung bekannt. Auch das Schlepptomopol verstößt gegen Artikel 54 der Reichsverfassung, wenn dieser betrachtet sämtliche Staatswasserstraßen als öffentliche Straßen, auf denen lediglich Abgaben für besondere Anstalten erhoben werden, aber der private Schlepptrieb nicht unterlag werden kann. Sieht man dann das Schleppten als Gewerbe an, so würde in staatliches Monopol auch dem § 1 der Reichsgewerbeordnung widersprechen.

Preußen will dem Reiche vorschreiben, wie dieses seine Verfassung ändern solle. Beim Erlaß der Reichsverfassung ging man von dem Grundsatz aus, daß die Erhebung des Verkehrs wichtiger für den Nationalwohlstand ist, als die Schaffung einer fiskalischen Einnahme. Ich bin in diesem Falle überzeugt, daß wenigstens der Bundesrat, daß wenigstens die notwendigen 14 Stimmen in ihm den Artikel 54 der Reichsverfassung schützen werden. Baden, Hessen, Württemberg sind sicher dagegen, ebenso wie Anhalt und die Hansestädte, hoffentlich auch Bayern gegen die Abschaffung sein werden. Preußen darf nicht außerhalb des Reichsrechts stehen. Der Herr Reichskanzler hat die Pflicht, die Verfassung zu schützen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Wallbrecht (natl.): Es wäre sehr schön, wenn wir schon ein ausgebautes Kanalnetz hätten, dann könnte der Verkehr auf ihm frei sein wie in Frankreich. Aber wir müssen erst die großen Ausgaben machen; die müssen wieder eingebracht werden. Abgaben auf den Kanälen müssen also sein. Es ist dann aber eine Ungerechtigkeit, wenn auf den auch mit großen Kosten ausgebauten Flüssen keine Abgaben sein würden. Schiffsabgaben dienen also dem, den Ausbau des Verkehrsnetzes zu ermöglichen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Ein notwendiger Zusammenhang mit dem Kanalbau besteht nicht. Wir haben die Schiffsabgaben vielmehr schon früher im Auge gehabt. Auf die Verfassungsfrage will ich nicht eingehen. (Lachen und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man wird sich darüber nicht einigen, sondern wird einfach darüber abstimmen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rattmann (Ant.): Wir halten die Einführung einer Schiffsabgabe, die auf die Verhältnisse der kleinen Schiffer Rücksicht nimmt, für sozial gerecht und national gesund. Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung muß auch für die Wasserstraßen Geltung erhalten.

Abg. Kaufmann (südd. Vp.): Der Herr Vorredner hat sich bemüht, die Aufhebung der Abgabefreiheit als nationale und soziale Tat zu begründen. Bei Schaffung der Reichsverfassung und des Art. 54 wurde gerade die Abgabefreiheit als nationale Tat angesehen. Der ganze Versuch ist eine Verbindung agrarischer und fiskalischer Interessen, Herr v. Miquel würde seine segnende Hand darüber halten. Zu seiner Durchführung wäre eine künstliche Interpretation der Reichsverfassung nötig, die richtig interpretiert ist durch die bisherige Abgabefreiheit. Die Einführung von Schiffsabgaben würde die Uebertragung der alten Pflaster- und Chausseegelder, die einer vergangenen Wirtschaftspolitik angehören, auf die Wasserstraßen bedeuten. — Vor allem fordern wir Klarheit über die Absichten der Regierung, wir vermissen die Selbstständigkeit des Reichskanzlers gegenüber Preußen, die wir brauchen, wo es sich um den Schutz bestehender Rechte und Freiheiten handelt. (Bravo! links.)

Ein Verlagsantrag, dem Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) widerspricht, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Konfessionen abgelehnt.

Abg. Dreesebach (Soz.): Wenn die Schiffsabgaben so gering wären, wie der Abg. Graf Limburg-Stirum ausgeführt hat, so würden Sie ja kein Interesse daran haben. Aber Sie wollen eine Verschärfung des Schutzes. Was für die Vieh-Einfuhr die Veterinärmaßregeln sind, sollen für die Getreide-Einfuhr die Schiffsabgaben werden. (Lachen rechts.) Daß die kleinen Bauern einen Vorteil davon haben, glauben Sie ja selbst nicht. Herr Oefel kann nicht im Namen des Zentrums gesprochen haben, denn im badischen Landtage haben alle Parteien, auch das Zentrum, sich gegen die Schiffsabgaben ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wurden 15 Millionen veranschlagt für eine Regulierung des Oberrheins; Baden ist dabei mit 14 Proz. beteiligt. Ich war gegen die Beteiligung in dieser Höhe. Die eigentlichen Befürworter dieses Projektes waren die kleinen Bauern am Oberrhein, die billiger Frachten haben wollten. (Hört! hört! links.)

Da sehen Sie, wie es mit der Behauptung steht, die kleinen Bauern wären für Belastung der Rhein-Schiffahrt. Leistung soll gegen Gegenleistung stehen. Aber große Strecken der Landwirtschaft sind doch auch durch die Strombauten begünstigt. Dann müßten auch sie Abgaben zahlen. (Sehr richtig! links.) Der Staat hat große Einnahmen durch die Stromregulierungen, z. B. aus den mit ihnen zusammenhängenden Hafenbauten. Man sagt, wir ständen im Zeitalter des Verkehrs. Aber man bemüht sich, der großen Masse des Volkes alle die Vorteile wieder zu nehmen, die ihr durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung zuzufallen würden. Die heutige Erklärung des Vertreters der Reichsregierung lautete ja nicht so klar und durchsichtig wie früher. Wir müssen den Herrn Reichskanzler bitten, den preussischen Ministerpräsidenten zur Rede zu stellen wegen seiner Verletzung der Reichsverfassung. (Heiterkeit links.) Der Rhein kann durch die Strombauten keine künstliche Wasserstraße geworden sein. Wir könnten das fünffache oder zehnfache für ihn aufwenden, so bleibt er eine natürliche Straße. So lange der § 54 steht, kann keine Dialektik der preussischen Regierung es fertig bringen, daß Abgaben auf dem Rheine reichsrechtlich zulässig seien. Es gilt, Widerstand zu leisten gegen die Klique, die heute darauf ausgeht, das Volk auszubeuten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Demmer (natl.): Ich gehöre zu denjenigen, die der Meinung sind, Artikel 54 verbiete die Schiffsabgaben in der geplanten Höhe. Zum mindesten kann man für Ausgaben, die in der Vergangenheit gemacht sind, jetzt nicht Abgaben erheben. Auch müßte man sonst die Landwirtschaft für die großen Vorteile, die aus der Kanalisation der Flüsse entstanden sind, kostenpflichtig machen. Abg. Oefel ist ja leider über die technischen Verhältnisse nicht orientiert. Der Wert des Grund und Bodens an den Flüssen ist jetzt im Schutze der Strombauten ungeheuer gestiegen. Ohne Korrekturen würden die Rheinfahrer Jahr für Jahr durch den Eisgang vertrieben. Die Opfer des preussischen Staates für den Rhein sind ohne Vorbehalt gemacht worden. Die Mehrheit meiner Freunde hält die Erhebung von Schiffsabgaben ohne Abänderung der Reichsverfassung für ausgeschlossen, auf jeden Fall könnten nicht für in der Vergangenheit liegende Meliorationen Abgaben erhoben werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Oefel (Z.): Die Prophezeiungen des Herrn Gothein haben für mich wenig Wert. Sie haben auch prophezeit, daß wir keine Handelsverträge mit dem Zolltarif bekommen würden, und wir haben sie doch gekriegt. (Lebhafte Zurufe links: Aber was für welche! Nun, schön sind sie gerade nicht. (Wahl und große Heiterkeit links.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Ich konstatiere, daß ich ausdrücklich zugegeben habe, daß man selbst mit diesem Zolltarif zu Handelsverträgen kommen könnte. Herr Sattler hat diese meine Äußerung seinerzeit noch besonders unterstrichen.

Damit ist die Beipredung der Interpellation erledigt. Präsident Graf Ballestrem: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung... (Lebhafte Rufe: Vertragen!)

Es liegt mir kein Antrag vor! (Große Heiterkeit, Abg. Sattler (natl.): Ich beantrage die Vertagung.)

Der Verlagsantrag wird hierauf einstimmig angenommen. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Trimborn (Z.) betreffend den 10stündigen Maximalarbeitstag. Schluß 6 Uhr.)

Abgeordnetenhaus.

183. Sitzung vom Montag, den 6. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Bude.

In der zweiten Beratung des Beschlusses über die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen wird die allgemeine Beipredung fortgesetzt.

Abg. Gysling (fr. Vp.): Die Vorlage hat durch die Kommissionsbeschlüsse einen schützenerischen, agrarischen Geist erhalten. Das liegt aber an der ganzen Kanalsituation. (Sehr richtig! links.) Ueber die Veroppelung der Frage des Kanalbaus mit der der Handelsverträge ist doch kein Zweifel mehr. Der Antrag v. Pappenheim, welcher die Erhebung von Abgaben auf regulierten Flüssen spätestens bei der Inbetriebnahme des Kanals verlangt, steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung. Die Ausführungen des Herrn v. Bude über die Rechtsfrage widersprechen der früheren Erklärung des Reichskanzlers. Windthorst erklärte 1888 anlässlich der Weserregulierung, er sei nicht einen Augenblick im Zweifel, daß die Einführung der Schiffsabgaben auf der Außenweiser eine Verfassungsänderung sei. (Hört! hört! links.)

Den von mir gestellten Antrag auf baldigsten Bau des masurischen Kanals machen wir nicht zur Bedingung für die Zustimmung zum Kanal. (Sehr gut! links.) Leider aber hat der Minister seine Schweigsamkeit gegenüber dem masurischen Kanal fortgesetzt.

Minister v. Bude:

Der masurische Kanal ist nicht in diese Vorlage aufgenommen worden, einmal aus dem allgemeinen Grunde, daß wir dem Kanalschiff nicht Lasten aufbürden wollten, die nicht zu tragen wären für die Staatsfinanzen, dann aus dem besonderen Grunde, daß sich gerade aus landwirtschaftlichen Kreisen Bedenken gegen unser Projekt erhoben haben und der Landwirtschaftsminister es daher vom Meliorationsstandpunkte noch einmal überarbeiten läßt. Gleichwohl stehen wir dem masurischen Kanal genau so durchaus wohlwollend gegenüber, wie wir allen anderen Wünschen Ostpreußens bisher gegenüber gestanden haben.

Abg. Dr. Nöbling (natl.): Wir sind der Meinung, daß die Aufnahme der Mosel-, Saar- und Lahnkanalisierung in die Vorlage wohl möglich gewesen wäre, wenn die Regierung eine kräftigere Initiative ergriffen hätte. Ich halte aber doch die Ansicht des Abg. Noeren für falsch, daß man wegen des Fehlens dieser Flußkanalierungen sich der Vorlage gegenüber ablehnend verhalten sollte. Der Resolution auf den Bau des masurischen Kanals stimmen wir zu. (Beifall.)

Abg. v. Bodelberg (kons.) spricht sich gegen die Vorlage aus.

Abg. Dr. Hahn (V. d. L.): Man wirft unserer Agitation vor, daß sie die Bevölkerung erregt. Tatsächlich war aber die Agitation des Bundes der Landwirte bemüht, die große Erbitterung der landwirtschaftlichen Bevölkerung über den ungenügenden Schutz zu heben. Sie hat viel auf die erregten Nerven gegossen. (Heiterkeit links.) Wir haben immer gesagt: Habt Vertrauen zur Regierung. (Lachen links.) Wir sind im Bund der Landwirte niemals Gegner von Kanälen gewesen. (Heiterkeit.) Wir vertreten keine einseitigen Interessen. (Heiterkeit.) Wir wollen Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig berücksichtigen. Wenn die Vorlage abgelehnt würde, so würde ich es nicht bedauern, denn dann würde die Regierung bei einer neuen Vorlage den Meliorationen einen größeren Platz einräumen müssen. Das Kohlenyndikat beherrscht nicht nur die Kohlenproduktion, sondern auch den Verkehr auf dem Rhein, es erträgt sich aber einer Milde der Beurteilung seitens der Regierung und einer Anerkennung seiner maßvollen Haltung, daß ich froh sein würde, wenn der Bund der Landwirte sich nur halb so günstig stände. (Heiterkeit.) Die Industrie wird bevorzugt. Der überwiegende Teil der Provinz Hannover vertritt sich vom Kanal seinen Vorteil. (Widerspruch links.) Ja, gewiss, einige Herren sind dafür, weil die Kohle billiger wird. (Zuruf links: Ah! Unfair! Hr. Heiterkeit.) Wenn der Kanal gebaut wird, so werden diejenigen Herren für ihre Konkurrenzfähigkeit einen Vorteil erhalten, die am Kanal oder in der Nähe des Kanals liegen, und die Folge wird die Stilllegung von vielen Wehen sein, die keinen Anschlag an den Kanal haben. Die Regierung vertritt einen großkapitalistischen Standpunkt. Als nächster Niedersache bitte ich, die Vorlage in allen Teilen abzulehnen. (Beifall rechts. Rufen links.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinsbaben: Nach den Heiterkeitsausbrüchen des Hauses kann ich sagen, daß dem Drama das Satyrspiel gefolgt ist. Wenn Herr Hahn gemeint hat, die agrarische Agitation und Presse habe die in die Waagen gegossen, so wollte er wohl sagen, sie habe viel ins Feuer gegossen. (Sehr richtig! links.) Aber in der Presse, die dem Abg. Hahn nahe steht, ist der

Kampf gegen den Kanal als ein solcher gegen Mammontismus und Materialismus bezeichnet und verglichen mit dem Freiheitskampf gegen den Korsten Napoleon. In einem Organe wurde den Landwirten empfohlen, für die Agitation gegen den Kanal sich die Agitation der Sozialdemokratie zum Muster zu nehmen. Diese Agitation hat der Landwirtschaft nur geschadet. (Sehr richtig!) Die Großindustrie war stets willens, der Landwirtschaft zu geben, was ihr not tat. (Sehr richtig!) bei den Nationalliberalen. (Widerspruch rechts.) Wenn Abg. Hahn sagt, der Kanal werde die Macht des Kohlenyndikats steigern, gleichzeitig aber die Kohlen in Hannover verbilligen, so liegt darin ein Widerspruch.

Wir müssen auf den Weltmarkt Rücksicht nehmen, auf dem nur die Nationen den Wettbewerb bestehen werden, die ein starkes Werkzeug haben, und dazu dient auch der Kanal. (Beifall.) Die Erklärung des Ministers v. Bude über die Erhebung von Abgaben auf Flüssen, die durch künstliche Maßnahmen erst leistungsfähig geworden sind, ist auf Beschluß des Staatsministeriums erfolgt. Wenn wir die kleinen Schiffe abgabefrei lassen, so wird damit der Kleinschiffahrt ein Vorteil gegenüber der Großschiffahrt gewährt. Den Antrag v. Hendebrand, welcher verlangt, daß mit dem Kanalbau erst begonnen werden soll, nachdem die Schiffsabgaben auf regulierten Flüssen eingeführt sind, muß die Regierung ablehnen. Gegenüber den Ausführungen des Abg. v. Bodelberg aber bitte ich Sie, den Kanal bis Hannover zu bewilligen und die Kanal-Straitage zu begraben, damit wir zum wirtschaftlichen Frieden kommen. Wenn der Kanal nicht bis Hannover bewilligt würde, so müßte die Regierung binnen kurzem eine weitere Vorlage bringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Proschma (fr.) spricht sich für die Vorlage aus. Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Abg. Wallbrecht (natl.): Wenn die Vertreter des Bundes der Landwirte immer ihre Königstreue betonen, so müße darauf hingewiesen werden, daß der Bund der Landwirte schon für die Wahl von Welfen und Sozialdemokraten eingetreten sei, um die Nationalliberalen zu bekämpfen. Redner empfiehlt sodann kurz die Annahme der Vorlage.

Rummehr wird die Debatte geschlossen.

Zur Geschäftsordnung spricht

Abg. Dr. Hahn (Bund der Landwirte, persönlich): Wenn der Minister aus einem Verammlungsbericht etwas vorliest, so kann er daraus keinen Vorwurf gegen meine Freunde herleiten. Meine Freunde —

Präsident v. Kröcher: Sie dürfen im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht die Meinung Ihrer Freunde zum Ausdruck bringen.

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Mein Freund und ich (Lachen links) —

Präsident v. Kröcher: Ihre Freunde sind nicht Sie und Sie nicht Ihre Freunde. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Ich muß dem Abg. Wallbrecht gegenüber bemerken, daß meine Freunde und ich niemals für die Wahl eines Welfen eingetreten sind. —

Präsident v. Kröcher (unwillig): Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter Dr. Hahn, mir mit Ihren Freunden endlich vom Leibe zu bleiben. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Ich wiederhole, daß ich niemals einen Welfen oder Sozialdemokraten bei der Wahl unterstützt habe. (Zurufe bei den Nationalliberalen: Empfohlen! Auch nicht einen Polen. (Heiterkeit. Zurufe: Empfohlen!) Auch nicht empfohlen. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß die sozialdemokratische Gefahr größer sei, als die welfische, und ich habe weiter gesagt, daß ich einem Welfen gegenüber denjenigen Nationalliberalen, die sich mit der Sozialdemokratie verbündeten, für das kleinere Übel halte. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen. Zurufe: Unwahr!)

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Sie haben die Stadt Hannover den Sozialdemokraten verschafft! Ich habe mich also nur gegen diejenigen Nationalliberalen gewendet, die sich mit der Sozialdemokratie gegen den Bund der Landwirte verbündet haben, und da habe ich die Welfen als das kleinere Übel bezeichnet. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen. Rufe: Lüge!)

Abg. Wallbrecht (natl.): Der Abg. Hahn hat durch seine Ausführungen bestätigt, daß er für die Wahl eines Welfen und gegen die Wahl eines Nationalliberalen gewirkt hat.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden, unter Ablehnung aller anderen Anträge, Schlepptomopol- und Schiffsabgaben mit dem Amendement v. Pappenheim, wonach gleichzeitig mit der Inbetriebnahme des Kanals auch die Einführung von Schiffsabgaben erfolgen muß, mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die gemeinschaftliche Beipredung über § 1 Nummer 1 (Rhein-Hannover-Kanal) und § 2 (Weitfrage der Interessenten).

Nach unerheblicher Debatte wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 Uhr.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 6. Februar. Amtlich wird gemeldet: In der Umgegend von Changtun ist es ruhig, angenommen, daß die Russen sich eifrig verschanzten. Die Russen griffen Chitaihu am 4. Februar an und zogen sich am nächsten Tage in nordöstlicher Richtung zurück. Am 4. und 5. Februar beschossen die Russen Kachuantshan mit Artillerie; keine Abteilungen russischer Infanterie griffen hier die Japaner an, wurden aber zurückgeworfen.

Petersburg, 6. Februar. General Kuropatkin meldet vom 5. d. Mts.: Eines unserer Detachements ist gegen Santaisse, zwölf Werst südöstlich von Schontan, vorgegangen und hat die japanische Infanterie aus Santaisse und Laodameng herausgeworfen. Unsere Verluste waren unbedeutend. Ferner meldet Kuropatkin unter dem gleichen Datum: Die Japaner gingen zum Angriff von Lanquantsse und Latay vor und brachten mehrere Batterien in Front; unsere Artillerie eröffnete das Feuer und trieb die Japaner zurück.

London, 6. Februar. Daily Telegraph meldet aus Tokio von gestern: In der Schlacht von Heikontai sind 24 japanische Offiziere gefallen, 10 schwer verwundet, darunter Generalmajor Tanobe, und 17 leicht verwundet. — Admiral Togo hatte am Sonnabend eine Audienz beim Kaiser; er begibt sich nunmehr zur Flotte zurück. — General Matsumara, der die Japaner bei dem Kampf um den 200-Meter-Hügel bei Port Arthur befehligte, ist an Gehirnlängestion gestorben.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Von der Halleischen Justiz. Ueber den Prozeß gegen das „Vollblatt“ in Halle, der mit einer Verurteilung des Genossen Fette zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten endete, wird uns geschrieben: Zur Anlage stand ein im „Vollblatt“ erschienener Artikel, in dem berichtet wird, daß gelegentlich eines am 4. September vorigen Jahres stattgehabten Kriegervereinsfestes in Könnern der über 60 Jahre alte Kriegervereinsleiter Straube sich an eine schwachsinrige Frauensperson namens Rolke herangemacht, dieser Ruderzeug gekauft und dann das Mädchen in einer finsternen Gartenlaube vergewaltigt habe. Auch die Polizei habe von der Sache Kenntnis bekommen, aber der Polizist Hoffmann habe der Mutter des Mädchens empfohlen, sie möge sich „mit Straube einigen“. Bürgermeister Schmidt habe nach der Anzeige durch die Mutter des Mädchens erklärt: „Das kann ich nicht annehmen. Das Mädchen ist 21 Jahre alt und hat nicht einmal geschrien.“ Die Mutter des Mädchens habe dann gefragt: „Wenn nun ein wohlhabendes Mädchen vergewaltigt worden wäre?“ Der Bürgermeister habe darauf geantwortet, dann sei das auch etwas anderes. Als Frau Rolke dann angekündigt habe, sie wolle sich nach Halle wenden, habe der Bürgermeister entgegnet, so behauptete Frau Rolke, in Halle werde die Klage nicht angenommen. Dadurch sei Frau Rolke schwantend geworden und sie habe nicht gewagt, was sie tun sollte.

Nach der Veröffentlichung dieses Artikels wurde gegen Straube ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, aber bald wieder eingestellt. Nach Meinung des Staatsanwalts konnte gegen Straube nicht auf Grund des § 176 des Strafgesetzbuches vorgegangen werden, da in objektiver Beziehung nicht festgestellt worden ist, daß Straube Gewalt angewendet hat. Auch auf Grund des § 176 Abs. 2 konnte nicht vorgegangen werden, da nicht erwiesen sei, daß Straube gewußt habe, daß er es mit einer geisteskranken Person zu tun hatte.

Nun wurde gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vollblattes“ die Auflage wegen Verleumdung des Bürgermeisters Schmidt erhoben. In der Verhandlung bestätigten eine Reihe von Zeugen, daß die Mutter der geisteskranken Rolle ihnen die Unterredung mit dem Bürgermeister so dargestellt habe, wie sie in dem Bericht des „Vollblattes“ geschildert worden ist. Als Zeuge betandete Bürgermeister Schmidt, zunächst habe ihm die Minna Rolle erzählt, Straube habe sie gelegentlich des Kriegerfestes hingeworfen und gebraucht. Das Mädchen habe auch gesagt, Straube habe es „hauen“ wollen, wenn es davon etwas erzähle. Nach den angestellten Ermittlungen hat der Bürgermeister aber angenommen, Straube habe mit dem Einverständnis des Mädchens gehandelt. Der Frau Rolle habe Zeuge nur gesagt, wenn das Mädchen 21 Jahre alt sei und nicht geküsst habe, also im Einverständnis mit Straube handelte, dann lasse sich nicht einschreiten. Alles Uebrige, was im Artikel gesagt worden ist, sei unrichtig. Er könne sich auch nicht erinnern, daß Frau Rolle gesagt habe, sie wolle sich nach Halle wenden.

Das Gericht erkannte wegen Verleumdung des Bürgermeisters Schmidt auf die angegebene Gefängnisstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Angeklagte sich bewußt gewesen ist, daß er dem Bürgermeister den Vorwurf der Parteilichkeit machte, und daß er die Verleumdung des Bürgermeisters gewollt hat. Der Schutz des § 193 sei dem Angeklagten verjagt worden. — Der Frevel von Römern ist gerächt!

Aus Industrie und Handel.

Eine Lektion für Aufsichtsräte.

Dresden, 4. Februar.

Vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts ging heute in später Abendstunde ein interessanter Prozeß zu Ende, in dem eine bemerkenswerte Entscheidung über die Pflichten des Aktiengesellschafts-Aufsichtsrats gefällt wurde. Vier ehemalige Aufsichtsratsmitglieder waren angeklagt, absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft, bei der sie den Aufsichtsratsposten besetzten, gehandelt zu haben, indem sie den der Untreue überführten Direktor der Gesellschaft weiter im Amt belassen, und zweitens eine Bilanzverschleierung begangen zu haben, indem sie der Generalversammlung der Gesellschaft von der Schädigung, die das Unternehmen durch den ungetreuen Direktor erlitten hatte, keine Mitteilung machten. Die beschuldigte Strafkammer hatte die Erhebung der Anklage abgelehnt, weil die vier „nicht aus unlauteren Gründen, sondern um den Konkurs der Aktiengesellschaft zu vermeiden, gehandelt hatten und ihnen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht nachzuweisen war.“ Erst auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat dann das Oberlandesgericht die Erhebung der Anklage verfügt.

Der Direktor der Fabrik photographischer Apparate auf Aktien vormals R. Hüttig u. Sohn in Dresden, Karl Richard Hüttig, hat das ihm anvertraute Unternehmen um rund eine Viertel Million vermehrt der verschiedenartigsten Manipulationen geschädigt und hatte sich deshalb in diesem Prozeß wegen Untreue, Unterschlagung und so weiter zu verantworten. Der ehemalige Profurst und Kassierer der Gesellschaft Knauthe war der Weisheit angeklagt. Beide waren geständig, und so verlief die freilich sehr umfangreiche Beweisaufnahme in dieser Beziehung verhältnismäßig glatt. Um die Preisprüfung kämpften nur die vier angeklagten ehemaligen Aufsichtsratsmitglieder der Hüttig-Gesellschaft, die Rentner Pektum und Salomon, beide ehemalige Bankiers und jetzt Träger von 10 bzw. 8 Aufsichtsratsposten, der ehemalige Radeltischlermeister Richter und der fast 80jährige Rich. Hüttig sen., der Vater des Hauptangeklagten. Die beiden letzten Angeklagten haben im Aufsichtsrat nicht viel mehr als dekorative Rollen gehabt. Beide behaupteten, von der Buchführung nichts zu verstehen, und man konnte ihnen glauben. Sie haben nach den Diktaten der beiden Kassisten im Aufsichtsrat gehandelt. Der Umstand zeigt, mit welcher Sorgfalt Aufsichtsräte zusammengeführt werden.

Hüttig jun. ist eines jener Geschäftsgenie, wie sie unser kapitalistisches Zeitalter in reicher Fülle schafft. Ein Mann voll Tatkraft und Fähigkeit, der auf große Erfolge zurückblicken kann, der den Kleinbetrieb seines Vaters bis zur großen Aktiengesellschaft mit Millionennummern hinausbrachte, der die Arbeitskraft von 500 Arbeitern ausbeutete, der seinem Unternehmen den Ruf der ersten Camera-Fabrik Deutschlands verschaffte. Aber mit dem Erfolg kam der heisse, unbefriedigte Hunger nach mehr. Die 10000 Mk. Jahresgehalt und einige laufend Mark Zantieme, die der Direktor der Hüttig-Gesellschaft erhielt, genügten dem rasch Emporgekommenen nicht mehr, der um eine geringe Lohnaufbesserung die Arbeiter der Fabrik in den Streik trieb und nach seinem Siege die Adelsführer unbarbarisch aufs Pflaster warf. Hüttig jun. begann zu spekulieren, hatte seine Hand bald in allerlei zweifelhaften Unternehmungen, die er dann schließlich, um sein Geld nicht zu verlieren, mit Darlehen und Wechseldiskontierungen alimentierte. Und als seine Mittel sich als unzureichend erwiesen, da griff er die Gelder der Hüttig-Gesellschaft an und ließ das Konto durch den Kassierer Knauthe vermittels falscher Buchungen verdecken. Mit den verschiedensten Geschäftsfreunden der Hüttig-Gesellschaft entrierte er große Wechselreiterien und setzte auf diese „Gefälligkeitswechsel“ das Giro der Hüttig-Gesellschaft.

Die Unternehmungen, die er über Wasser zu halten suchte, waren die Firma Engelmann und Schneider, Fabrik photographischer Möbel und die Firma Heinitz, die schließlich dadurch aus dem chronischen Mangel an Betriebskapital gerettet werden sollte, daß man sie in die Aktiengesellschaft für Monopollassen-Fabrikation umwandelte. Aber das Randover mißlang und die Unterlagungsindustrie, die der Hauptaktionär Hüttig jun. zugunsten der Monopollassen-Gesellschaft bei der Hüttig-Gesellschaft etabliert hatte, erwies sich für die Dauer nicht lukrativ genug, um das Unternehmen lebensfähig zu machen. Es geriet, wie die Firma Engelmann und Schneider, in Konkurs, und Heinitz, der Erfinder der Monopollassen, auf die er Patente erhielt, wie auch auf Rechen- und Additionsmaschinen, muß heute froh sein, Angestellter der Firma Schubert u. Salzer in Chemnitz zu sein, die die Konkursmasse für ein Butterbrot gekauft hat und nun aus seinen Erfindungen goldenen Gewinn zieht, weil sie das nötige Betriebskapital hat, ohne das in der Gesellschaft des Privateigentums und der Produktionsmittel die Intelligenz verhungern kann.

Nach ehe der Konkurs dieser beiden Unternehmungen ausgedrückt war, war der Aufsichtsrat der Hüttig-Gesellschaft endlich hinter die verschwiegenen Finanzkustoden des Direktors gekommen. Jahrelang hatte er nichts gesehen, obgleich nach der Behauptung der Herren Pektum und Salomon bei seiner Aktiengesellschaft sowie revidiert worden ist, wie bei der Hüttig-Gesellschaft. Die Beweisnahme ergab, daß zwei- bis dreimal jährlich revidiert wurde — in den ersten Jahren aber gar nicht, wie Hüttig jun. behauptete. Wie revidiert wurde, darüber ist keine volle Klarheit geschaffen; viel mehr als die Prüfung, ob Kasse und Wechselportefeuille mit Kassabuch und Wechselbuch übereinstimmen, scheint man nicht vorzunehmen zu haben. Herr Pektum suchte denn auch dem Gerichtshof „frig begreiflich zu machen, daß ein Aufsichtsrat bei Revisionen nur Stichproben machen könne, daß das Verhältnis zwischen Aufsichtsrat und Vorstand eben ein Vertrauensverhältnis und daß man gegen einen Mißbrauch des Vertrauens total machtlos sei. Der Zeuge Wuchstaler Schüdel aber teilte mit, daß die Revisionen einige Tage vorher angeündigt wurden, und Hüttig jun. meinte, daß bei genauer Prüfung seines Kontos seine Schwandeleien viel früher hätten entlarvt werden müssen.

Ob indes der Aufsichtsrat in dieser Hinsicht seine Pflicht erfüllt hat, das stand nicht zur Beurteilung des Gerichts. Es handelte sich

vielmehr um die Frage, ob er absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt habe, als er, da er im März des Jahres 1903 die Untreue Hüttigs entdeckte, ihm als „reuen Sünder“ aufs neue vertraute und ihm aus Furcht vor Kreditverschlechterung und weil für die Spezialfabrikation, die die Hüttig-Gesellschaft betreibt, angeblich die technische Befähigung Hüttigs unentbehrlich war, in seiner Stellung beließ. Hüttig gab für die veruntreuten Summen, die der Aufsichtsrat freigegeben hatte — er hatte noch lange nicht alles erübert — Deckung in Form von Grundstücken, die der Aufsichtsrat hoch über den realen Wert angenommen haben soll, Papiere seiner faulen Söhne und Hypotheken, die später ausgefallen sind. Dann hat er seine Gaunerei lustig weiter getrieben und der Aufsichtsrat merkte ein ganzes Jahr wieder nichts, obgleich er so schlau gewesen war, dem Tischlermeister Richter für die tägliche Ueberwachung des geriebenen Gainers eine besondere Gratifikation auszusprechen, bis dann im Februar des Jahres 1904 die Bombe abermals platzte. Nun wurde Hüttig endlich entlassen und der Staatsanwaltschaft angezeigt, und nun, da die Verhältnisse noch ungünstiger als im Jahre 1903 geworden waren, überstand die Hüttig-Gesellschaft, allerdings mit Ach und Krach und unter Opfern — es wurden schließlich zwei Aktien zu einer zusammengelegt — die Katastrophe, und lieferte den Beweis, daß die Vertuschung des Aufsichtsrates unnötig und schädlich gewesen. Der Staatsanwalt forderte denn auch Verurteilung der Aufsichtsratsmitglieder auf Grund des § 312 des Handelsgesetzbuches. Das Gericht sah aber die Absicht, zum Schaden der Gesellschaft zu handeln, als nicht vorhanden an und sprach in diesem Punkte frei. Dagegen wurden Pektum und Salomon zu je 2000 Mk., Richter zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt auf Grund des § 314 des Handelsgesetzbuches, der die unrichtige Darstellung der Vermögensverhältnisse einer Aktiengesellschaft durch Vorstand oder Aufsichtsrat mit Strafe belegt. Die Straftat wurde gefunden in dem Geschäftsbericht für das Jahr 1902, in dem die Unterschlagungen Hüttigs verschwiegen und von einem „erfreulichen Ergebnis“ gesprochen wurde. Die Bilanz wurde insofern verschleiert, als darin die von Hüttig veruntreuten Summen abzüglich des Wertes seiner zweifelhaften Deckungen unter den Debitoren aufgeführt wurden, obgleich Hüttig so ziemlich zahlungsunfähig war, er hatte nur noch seinen Gehalt. Sämtliche vier laufmännische Sachverständige bezeugten das freilich als lausmännlich korrekt, und vom formalen Standpunkte aus haben sie sicher recht. Daß die Bilanz trotzdem eine Täuschung der Aktionäre bewirkte, steht aber ebenso fest.

Mit dieser Verurteilung hat das Gericht den Grundsatz aufgestellt, daß der Aufsichtsrat auch nicht zum vermeintlich guten Zweck, um die Gesellschaft vor Erschütterung zu bewahren, die Aktionäre täuschen darf. Eine Entscheidung, die sicherlich im Interesse der Aktionäre liegt.

Hüttig jun. erhielt vier Jahre Gefängnis, auf die das eine Jahr Untersuchungshaft angerechnet wurde. Anauthe, der ein willensloses Werkzeug in seiner Hand gewesen ist und anscheinend seinen persönlichen Vorteil von den Gaunereien gehabt hat, kam mit 2000 Mk. Geldstrafe davon. Hüttig sen. wurde freigesprochen. Dieser Freispruch ist vom menschlichen Standpunkte aus zu billigen, denn der Alte, der durch seinen Sohn um sein ganzes Vermögen gebracht wurde und jetzt eine Freistelle in einem städtischen Versorgungshaus hat, ist zu bemitleiden.

Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf den rheinischen Eisen- und Stahlmarkt dehnt sich immer weiter aus. Reist ist es allerdings den Werken vorerst noch gelungen, belgische und englische Kohlen anzuschaffen, und damit den Betrieb wenigstens teilweise aufrecht zu erhalten; aber bald wird hier, bald dort ein weiteres Werk stillgelegt, und wenn der Streik noch einige Wochen anhält, werden in den meisten Mecklen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie tatsächlich alle Hämmer stillstehen, zumal infolge des in Belgien ausgebrochenen Streiks die Zufuhren von dort jetzt ganz aufhören werden.

Auf dem Roheisenmarkt sind, wie die Nachzeitung „Industrie“ berichtet, tief einschneidende Verschiebungen bis jetzt weniger fühlbar. Hier und da wurde ein Ofen stillgestellt, die geringere Erzeugung in Roheisen wird indessen durch den geringeren Verbrauch ausgeglichen. Zunahme oder Rückgang aber muß auch hier schwere Folgen nach sich ziehen. Das Geschäft in Halbzeug wird dagegen durch den Ausstand schwer beeinträchtigt. Es kann ja nicht fehlen, daß die Erzeugung in Halbzeug eine große Einbuße erleidet. Ueberall häuft sich die Arbeit an; die Bestellungen können nicht ausgeführt werden und die Lieferungen stöden; später wird sich alles zusammen-drängen. Auf dem Walzisenmarkt wirkt der Streik der Bergarbeiter vollständig lähmend. Die meisten Werke, die nicht völlig stillliegen, haben wenigstens einige Walzenstrahlen außer Betrieb, und so entsteht in der Erzeugung ein großer Ausfall, der später kaum ausgeglichen und gedeckt werden dürfte. Auffallend ruhig ist auch der Handel. Man sollte erwarten, daß jetzt die Lager und Magazine stark in Anspruch genommen würden, und die Händler ein flottendes und gutes Geschäft machten. Das ist aber nicht der Fall.

Zur Entwicklung der deutschen Baumwollspinnerei. Die Bremer Baumwollbörse hat ein Verzeichnis der Baumwollspinnereien, der Spindelzahl und des Baumwollverbrauchs der verschiedenen europäischen Länder, mit welchen der Bremer Baumwollhandel in engerer Geschäftsverbindung steht, herausgegeben. Danach betrug die Zahl der Spindeln in Deutschland 1887 insgesamt 5 064 794, 1892 6 036 498, 1898 7 889 714 und 1905 8 832 016. Die Zahl der Baumwollspindeln hat also in den letzten achtzehn Jahren um rund 75 Proz. zugenommen. Was speziell die Provinzen Rheinland und Westfalen angeht, so hatte die Rheinprovinz 1887 435 802 und 1905 1 051 362 Baumwollspindeln. Ganz kolossal ist die Zunahme der Baumwollspindeln in Westfalen, die seit 1887 von 285 828 auf 1 172 222 stieg. Die beiden Provinzen haben also zusammen 2 223 584 Baumwollspindeln und stehen damit an der Spitze aller Textilbezirke Deutschlands. Das gleiche gilt auch von ihrem Verbrauch an Rohbaumwolle. Von deutschen Textilbezirken folgt zunächst das Königreich Sachsen, dessen Spindelzahl seit 1887 von 1 001 569 auf 1 949 313 stieg, wovon 628 025 Wigogne-Spindeln waren. Weiter folgt Bayern mit jetzt 1 578 084 Spindeln, Elsaß mit 1 511 586 Spindeln, Württemberg mit 706 585 Spindeln, Baden mit 468 784 Spindeln. Dann kommen wieder preussische Provinzen, und zwar Hannover mit 211 740 Spindeln und Schlesien mit 109 820 Spindeln. Alle übrigen deutschen Textilbezirke haben unter 50 000 Spindeln.

Großbritanniens Anfuhr von Textilmaschinen. Wie bedeutend sich auch die Maschinenindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschlands und Frankreichs entwickelt hat, so versorgt doch noch immer Großbritannien fast alle Staaten, in welchen die Textilindustrie größere Bedeutung erlangt hat, mit den so wichtigen Betriebe nötigen Maschinen. Wie bedeutend der Export englischer Textilmaschinen ist, ergibt sich daraus, daß er im letzten Jahr 5 004 572 Pfund Sterling betrug (gegen 4 729 894 Pfund Sterling im Vorjahre), also über 100 Millionen Mark. Der Hauptabnehmer war wieder, wie in den letzten Jahren, Britisch-Indien, nach welchem für 1 012 527 Pfund Sterling Textilmaschinen, besonders Maschinen für Spinnereibetriebe, ausgeführt wurden — ein Beweis dafür, wie sehr sich dort die mechanische Garnspinnerei und teilweise auch die Weberei entwickelt. Dann folgt Deutschland mit einem Export englischer Textilmaschinen im Betrage von 902 722 Pfund Sterling, also fast 20 Millionen Mark, darauf Frankreich mit 540 410 Pfund Sterling, Rußland mit 206 668 und die Vereinigten Staaten von Amerika mit 360 084 Pfund Sterling. In der nordamerikanischen Union hat zwar die Baumwollindustrie im letzten Jahr wiederum bedeutende Fortschritte gemacht, aber ihre Versorgung mit maschinellen Einrichtungen findet, da der Zoll auf die englischen Maschinen ein sehr beträchtlicher ist, in steigendem Maße durch amerikanische Maschinenfabriken statt.

Die russische Eisenindustrie befindet sich schon seit mehreren Jahren in einem Arrienzustand. Der ostasiatische Krieg und der Ausbruch der Revolution in Rußland haben jedoch die Lage noch verschlimmert. Wie der „Revol. Worgenzin“ aus Rußland geschrieben wird, haben die Ereignisse der letzten Zeit sowohl in Petersburg als

auch im russisch-polnischen Industriebezirk die Presse derartig veruntergedrückt, daß dadurch die Unternehmungslust der Werke außerordentlich geschwunden ist. Dazu kommt noch, daß die seitherigen an und für sich schon ungünstigen Kreditverhältnisse sich noch weiter verschlechtert haben. Zahlungseinstellungen und Verlusse aller Art infolge der stetig zurückgehenden Preise gehören zur Tagesordnung und im letzten Augenblick ist noch hinzuzusetzen, daß auf den russisch-polnischen Werken die Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, indem sie in Betrieb befindliche Maschinen einstellten, das Feuer unter Dampfesseln besetzten und so jeden Betrieb verhängerten; Zerstörungen sind indes nicht erfolgt. Die Preise in Rußland-Polen sind schon auf 1,18 Rubel für Wandblech und 1,08 Rubel für Stabeisen Grundpreis ab Werk zurückgegangen, ein Preis, der etwa dem Roheisenpreis entspricht.

Gewerkchaftliches.

Verleumdungen.

Zu den beliebtesten „Kampfmitteln“ des Unternehmertums während größerer Lohnkämpfe gehört die Aussperrung von Gerüchten über die Klassenverhältnisse der Kämpfenden. Bei lange dauernden Streiks oder Aussperrungen ist es ganz allgemein üblich, daß von Zeit zu Zeit die Nachricht verbreitet wird, mit den Geldmitteln der betroffenen Organisation stände es „sehr schlecht“; die nächste Streik-Unterstützung werde „bestimmt“ entweder ganz ausfallen oder nur zu einem geringen Teile ausgezahlt werden. — Man hofft seitens des Unternehmertums, durch Verbreitung solcher Gerüchte wenigstens einen Teil der kämpfenden wankelmütig zu machen.

So un schön diese Manöver sind, gemeiner noch ist es, wenn die im Dunkeln schleichenden Verleumder die Streikleitung oder gar bestimmte Persönlichkeiten beschuldigen, sich an den der Allgemeinheit gehörenden Geldern zum eignen Besten zu bereichern.

Während der großen Bauarbeiter-Aussperrung an den Unterwerfern geschah dies in krasser Form. Der Vorsitzende der Maurerorganisation in Geestemünde, Genosse August Groß, wurde schantweg beschuldigt, er sei mit der Gesamtheit der zur Mietunterstützung aufgebrauchten Mittel im Betrage von 15 000 Mark durchgebrannt. Er war aber nicht durchgebrannt, sondern noch da und eifrig bemüht, den Urheber der gemeinen Beschuldigung ausfindig zu machen. Ob ihm dies gelungen ist, steht dahin. Jedenfalls war es ihm möglich zu ermitteln, daß einer der ersten Verbreiter des Gerüchtes der Schmiedemeister Clemens Mattheis aus Geestemünde war. Groß gab dem Verleumder Gelegenheit, vor Gericht die Wahrheit des von ihm Behaupteten nachzuweisen. Nun kniff der Herr Schmiedemeister schmächtig. Er erklärte, daß er seine un wahre Behauptung unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme, verpflichtete sich, alle Kosten zu tragen und einen Geldbetrag an die Geestemünder Armenkasse zu zahlen.

Hier ist es in einem Falle gelungen, eine Verleumdung öffentlich als solche anzunageln. Für die Zukunft helfen wird es nicht. Das Verleumdergeschindel wird vorsichtiger sein; aber nicht in seinen Behauptungen, sondern nur bei der Verbreitung derselben. Die Arbeiterschaft sieht aber an derartigen Beispielen, was sie von solchen Gerüchten zu halten hat und aus welcher Quelle sie stammen.

Zur Aussperrung in der Metallindustrie.

Die Streikenden und Ausgesperrten hielten gestern wieder eine ihrer regelmäßigen, wie immer stark besuchten Wochenversammlungen ab. Noch immer hat sich die Situation in diesem hartnäckigen Kampfe nicht wesentlich verändert. Cohen wandte sich diesmal in seinem Referat besonders gegen die bürgerliche Presse, die auf Schleichwegen Nachrichten über den Stand des Streiks und die Maßnahmen der Arbeiter zu ergattern suche und dann die Öffentlichkeit falsch unterrichte. So sei es beispielsweise nicht wahr, daß die Streikenden in mehreren Betrieben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen hätten, dies treffe nur für die Firma Schwinger u. Gräff zu, woselbst die Kollegen umgefallen seien. Ebenso un wahr sei die Meldung, daß nur noch die Hälfte der Streikunterstützung resp. des Mietzuschusses gezahlt werde. Hier möge wohl der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein. Wichtig sei nur, daß die für die Unterstützung aufzuwendende Summe sich vermindere, weil mehrere Hundert unverheirateter Streikenden Berlin verlassen hätten, um sich anderweitig Beschäftigung zu suchen. Im übrigen sei der Stand der Dinge für die Arbeiter um nichts ungünstiger wie bisher. Daß den Fabrikanten immer stärker das Feuer auf den Hägeln brenne, beweise unter anderem auch der Umstand, daß sie schon jetzt — und nicht erst, wie sie prahlerisch verkündeten, nach Beendigung des Streiks — organisierte Arbeiter einzustellen suchen, wo sie solche nur immer bekommen können. Die Herren hätten jetzt schon ohne weiteres darauf verzichtet, von den eingestellten Arbeitern die unterschriebene Erklärung, daß sie nicht organisiert seien, noch weiter zu verlangen. Ebenfalls gäben sie sich nach wie vor die erdenklichste Mühe, Arbeitswillige aus allen möglichen Gegenden heranzuziehen. Wie nun aber die Leistungsfähigkeit der Arbeitswilligen von den Unternehmern selbst eingeschätzt werde, das beweise zur Genüge die Tatsache, daß diejenigen Fabrikanten, mit denen jüngst eine Verständigung erfolgt ist, auch sämtliche Streikbrecher wieder entlassen haben, und zwar mit dem Bemerkten, sie dankten ihrem Herrgott, jene Elemente nur erst glücklich wieder los zu sein. Wäre es doch vorgekommen, daß die Fabrikanten von ihren anfangs so außerordentlich gebähten Arbeitswilligen in recht erheblicher Weise bescholten worden seien. Hieraus ergäbe sich auch, daß die Polizei, anstatt ihre ganze Schweißgier gegen Streikposten zu entfalten, jedenfalls besser täte, die Papiere der lieben Arbeitswilligen ein wenig zu revidieren. — Allgemeinem Beifall fanden die Worte eines Diskussionsredners, der da sagte: Wenn sich die Fabrikanten zu keiner Verständigung bereit erklären, so streiken wir schließlich bis in den Sommer hinein. Das ganze Verhalten der Streikenden und Ausgesperrten zeigt trotz der langen Dauer des Kampfes immer noch von einem unermüdeten zübersichtlichen Kampfesmut.

Die Polizei scheint ihr Vorgehen gegen die Ausgesperrten noch gegen bisher — fast ist es unmöglich — verschärfen zu wollen! Neben den öffentlichen Versammlungen derselben, welche der Förderung der Lage, der Beiprägung der Taktik etc. dienen, finden noch sogenannte Vertrauensmänner-Konferenzen statt, in welchen mehr Dinge verhandelt werden als sonst erlaubte werden. Bis her hat die Polizei Zutritt zu diesen Konferenzen noch nicht verlangt, obgleich die Vertrauensleute zu denselben immer in den öffentlichen Versammlungen eingeladen worden waren, das Stattfinden derselben also kein Geheimnis war. Gestern nachmittag jedoch erschien plötzlich im Gewerkschaftshaus die Polizei, um eine dieser Konferenzen zu überwachen. Da öffentliche Angelegenheiten in diesen Sitzungen nicht zur Sprache kommen, die Polizei aber nur zur Ueberwachung von Versammlungen berechtigt ist, die solche erörtern, da die Metallarbeiter andererseits die Polizei nicht gut gewalttätig fernhalten konnten, blieb ihnen zur Wahrung ihrer Rechte nichts übrig, als auf die Beiprägung zu verzichten. Das Vorgehen der Polizei gegen die Arbeiter, denen sie bisher die Nichtmeldung von Versammlungen zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten nicht nachzuweisen vermag, ist um so wunderbarer, als die Unternehmern sich in ihren Versammlungen wiederholt, unbehelligt

von der Polizei, mit der Frage der Aussperrung beschäftigt und die weitgehendsten Beschlüsse von eminentem öffentlichen Interesse faßten.

Die Lohnbewegung der Kleber. Der Streik, der nach dem geringen Entgegenkommen der Arbeitgeber unvermeidlich war, ist nun im vollen Gange. Die Kleber in der dem Montag vormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden mittelste, ist die Beteiligung an der Bewegung eine allgemeine. Etwa 400 Kleber haben am Sonnabend ihre Forderungen eingereicht, die auch von einer Anzahl von Arbeitgebern bewilligt worden sind. 120 Kleber arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen, während etwa 250 die Arbeit niedergelegt haben. Es ist anzunehmen, daß die Arbeitgeber, welche den Tarif nicht unterzeichnet haben, einmütiger zusammenhalten werden, wie es bei früheren Bewegungen der Fall war, denn die Arbeiten sind augenblicklich noch nicht so drängend. Wenn also auch in den nächsten Tagen keine oder nur wenige Bewilligungen erfolgen sollten, so ist das noch kein ungünstiges Zeichen. Wenn die Kaufmännigen ehnmütig im Streik verharren, so wird ihnen der Sieg gewiß sein. — In der Diskussion wurde unter anderem ein Fall besprochen, wo ein Unternehmer von jetzt an nur in Lohn zu dem geforderten Satz von 70 Pf. pro Stunde, aber nicht in Akkord arbeiten läßt. Die Meinung der Versammlung war über dieses Verhalten geteilt, schließlich fand jedoch die Ansicht Anerkennung, daß es nicht als eine Umgehung des Tarifs betrachtet werden könne, wenn ein Unternehmer den ganzen Tarif unterschrieben hat, nunmehr aber nur noch in Lohn zu dem tarifmäßigen Satz arbeiten läßt.

Zur Lohnbewegung der Treppenbau-Arbeiter. Entsprechend den in der letzten Brandensammlung gefaßten Beschlüssen haben die Arbeiter am Sonnabend sämtlichen Arbeitgebern ihre Forderungen vorgelegt. Gleich bewilligt haben 4 Firmen mit ca. 50 Mann. Bei 4 weiteren Firmen, die eine Bewilligung resp. Verhandlung strikte ablehnten, sind am Montag etwa 80 Mann in den Streik eingetreten. Die übrigen Arbeitgeber erklärten zwar, bis auf einzelne Punkte ihre Zustimmung zu den Forderungen auszusprechen zu können. Eine endgültige Antwort haben sie sich indessen bis nach erfolgter Beschlusfassung der zu gestern abend einberufenen Meisterversammlung vorbehalten.

Eine Lohnbewegung der Holz- und Bretterträger ist in Aussicht genommen. Die Mitgliedschaft des Hafenarbeiter-Bandes hat in ihrer letzten Generalversammlung eine Kommission mit der Ausarbeitung eines erhöhten Lohnsatzes beauftragt. Am Sonntag fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in der man feststellen wollte, ob auch die nichtorganisierten Arbeiter bereit sind, sich der Lohnbewegung anzuschließen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Lohnbewegung, welche die Aufbesserung des bisher geltenden Tarifs zum Ziele hat. — Die Beratung des von der Kommission ausgearbeiteten Tarifs soll demnächst in einer Generalversammlung der Mitgliedschaft II des Hafenarbeiter-Bandes stattfinden. Wie mitgeteilt wurde, wird in dem neuen Tarif ein Stundenlohn von 65 Pf. gefordert.

Käntung, Säuhmacher! In der Säuhfabrik von Hingz Nachfolger, Blumenstraße 66, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt, da über die Lohnfrage verschiedener neuer Artikel keine Einigung erzielt wurde. Zugug ist fernzuhalten.

Käntung! Fensterputzer! Im Betriebe der Firma Kreis u. Rehs, Steinstr. 143, sind Differenzen ausgebrochen; sämtliche Arbeiter bis auf einen haben die Arbeit eingestellt. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt. Niemand darf dort in Arbeit treten, bis an dieser Stelle die Angelegenheit als geregelt bekannt gegeben ist.

Die Ortsverwaltung des Transportarbeiter-Bandes.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin hat am Sonntag, den 5. Februar, folgendes beschlossen: Da die Direktion des Elektrizitätswerkes Süd-West, Schöneberg, auf die ihr unterbreiteten Forderungen um Lohnhöhung, Abschaffung der Betriebsmängel sowie Forderung einer menschlichen Behandlung keine Antwort erteilt hat, so haben von Montag, den 6. Februar, ab die Mitglieder des Zentralverbandes den Betrieb als Maschinist, Schmierer und Heizer zu meiden. Die Nichtbefolgung dieses Beschlusses zieht die im § 5 Absatz b des Verbandsstatuts vorgesehenen Folgen nach sich. — Unorganisierte Kollegen, welche sich diesem Beschlusse anschließen, erhalten die statistische Unterstützung, wenn dieselben erklären, dem Verbande beizutreten.

Ausland.

Von angeleglichen Erzeugen der ausgesperrten Wiener Tischler wollte dieser Tage der offiziöse Telegraph zu melden. Um Erzeuge der Polizei handelte es sich in Wirklichkeit. Man muß wissen, daß es in Oesterreich zur Veranlassung von Unruhen nicht der polizeilichen Genehmigung bedarf, wie etwa in Preußen. Die Veranlassung von Straßendemonstrationen — natürlich ohne Verlegung irgend welcher aus anderen Gründen strafbarer Handlungen — ist das gute Recht der Oesterreicher. — Am Freitag besuchten die ausgesperrten Tischler in corpore das österreichische Museum. Es hatten sich mehr als 1600 Personen eingefunden. Während die ausgesperrten die ausgefallenen Gegenstände mit großem Interesse beäugelten, hatte die Sicherheitswache am Ring eine Menge von überflüssigen Anordnungen getroffen, die großes Aufsehen hervorriefen. Die Polizei wurde mit einer losen Postenteile von Sicherheitswachmännern gesichert. Vor dem Hause des statistischen Amtes in der Wälderstraße sammelte sich eine Reservekompanie an und am Ring selbst wurden noch einige berittene Wachleute aufgestellt. Etwa um 1/2 12 Uhr verließen die ausgesperrten das Museum. Inzwischen wurden alle zur Stadt führenden Gassen und Straßenzüge von der Polizei abgesperrt. Die ausgesperrten formierten sich zu einem losen Zuge und marschierten den Ring entlang bis zur Badenbergerstraße, immer gefolgt von der Polizei. Trotz dem starken Verkehr kam es an den Straßenecken zu keinen Störungen. Die Menge folgte den Anordnungen einiger Ordner in der musterhaftesten Weise. Als die ausgesperrten bei der Badenbergerstraße anlangten, trat ihnen der Wachkommandant entgegen und bedeutete ihnen, daß sie nun den Weg über die Mariahilferstraße nehmen müßten. Ein starker Bachorden war über die ganze Breite der Ringstraße gezogen, um event. einen Durchbruch zu verhindern. Die ausgesperrten widersetzten sich jedoch nicht den Anordnungen der Wache, sondern marschierten über die Badenbergerstraße gegen Mariahilf. Der Zug der dahingehenden Arbeiter hatte sich mittlerweile vergrößert. Zahlreiche aus den Fabriken kommende Arbeiter schlossen sich ihm an. Als die Arbeiter in die Kasernengasse einbogen, mochten es etwa zweitausend gewesen sein. Der Menschenstrom ergoß sich in die Hofmühlgasse. Das Wachdetachment, welches ihm entgegen trat, konnte ihn nicht aufhalten. Die Ringwacheingasse war durch einen dreifachen Kordon von Sicherheitswachmännern abgeschlossen, damit ja niemand in die Gasse zur Ludwigischen Fabrik vordringe. Stürmische Pfui-Rufe, gelende Pfiffe erkündten, als die Menge bei der Ringwacheingasse angelangt war. Die Empörung über das Vorgehen Ludwigs brach sich mit elementarer Gewalt Bahn. Schließlich zog die vieltausendköpfige Menge ab, und die Lösung: „Zum Knochen-Müller!“ wurde laut. An der Ecke der Giechhausgasse kam zu den ersten Zusammenstößen mit der Polizei. Die Juströmenden waren, als sie sahen, daß der Zugang zur Fabrik von einem großen Wache-Aufgebot abgesperrt war, außerordentlich erregt und riefen: „Abzug Polizei! Putz Müller!“ und drängten vorwärts. Auf Aufruf eines Revierinspektors wurden hier an der Ecke der Unteren Amtshausgasse die ersten Verhaftungen vorgenommen. Wie dabei die Wachleute vorgingen, trug neuen Lärm in die Reihen. Wahlos wurden einige Personen aus der Menge herausgerissen, fortgezerrt, gewürgt, gepufft. Die empörte Menge schrie: „Auslassen!“ „Nieder mit der Polizei!“ usw. Da fiel es einer Anzahl Zivilwächmänner ein, mit Stöcken auf die ihnen zunächst stehenden Personen einzuhauen. Es kam nun zu einer regelrechten Keilerei, in der einige Zivilwächmänner eine Tracht Prügel abbekamen. Die Menge war inzwischen in die Amtshausgasse abgedrängt, lief jedoch über den Einsteckplatz, um von der Embelgasse zur Müllerischen

Fabrik vorzudringen. An der Ecke der Embelgasse kam es wieder zu stürmischen Szenen. Wieder arretierten die Wachleute und behandelten ihre Opfer mit ausgefuchter Brutalität. Die Polizei zog vom Leder und nun wurden Steine geworfen auf die während um sich Schlagenden. Dabei wurden auch einige Fenster in der Müllerischen Fabrik eingeschlagen. Der Gehilfenobmann Genosse Krumbel versuchte die erregte Menge zu beschwichtigen. Er erklarte eine Ausgangspforte des Parkes, um eine Ausrufung zu halten; er wurde von der Polizei jedoch daran gehindert. Umgekehrt um halb 2 Uhr ließ die Demonstration nach, man hörte noch vereinzelte Rufe, wie: „Wir sind doch in Rußland! Rußische Zustände!“ etc. Doch standen die Massen noch immer dichtgedrängt beisammen. Nach und nach erst trat Ruhe ein. — Siebzehn Personen sollen in Haft behalten worden sein.

Der Streik der Bel. Telephon Compagnie in Antwerpen dauert unverändert fort. Unter den Streikbrechern, die die Firma herangezogen hat, scheinen ziemlich gefährliche Leute zu sein. Zwei sind bereits wegen Tragens verbotener Waffen verhaftet worden. Ein Streikbrecher verwundete einen Seitehenden durch Messerschlag; ein anderer Streikbrecher gebrauchte einen Revolver. Die Streikenden verhalten sich dagegen ruhig.

Ein Streik der Schmiede und Maschinenarbeiter von Dänemark in Kopenhagen ist am Freitag ausgebrochen. Veranlassung gab der Umstand, daß der als ein rücksichtsloser Despot bekannte Direktor Brandt eine Anzahl Arbeiter zu Monatslöhnen fest anstellen, ihnen damit zugleich das Recht, an Lohnbewegungen teilzunehmen, entziehen und so einen Teil in die Organisation der Arbeiter treiben wollte. Die Schmiede und Maschinenarbeiter in den Werkstätten der genannten Gesellschaft haben in diesem Sommer mit Hilfe ihres Verbandes eine geringe Lohnhöhung durchgesetzt, ohne daß dadurch die Löhne höher geworden sind als in verschiedenen anderen derartigen Betrieben in Kopenhagen. Dieser kleine Erfolg der Arbeiter scheint den Direktor Brandt, der bekanntlich vor einigen Jahren den Seelen und Hafenarbeitern seiner Gesellschaft das Koalitionsrecht raubte, zu seinem jetzigen Vorgehen gereizt zu haben. Da große Anstrengungen gemacht werden, Streikbrecher heranzuziehen, scheint es notwendig, daß auch in Deutschland auf die neueste Gewaltmaßregel des im Volksmunde „Russen-Brandt“ genannten Direktors hingewiesen wird.

Die Lohnstreitigkeiten der norwegischen Metallformer. In Bergen haben die Former beschlossen, die Arbeit am Donnerstag voriger Woche niederzulegen, weil die Unternehmer das angekündigte Zwangsakkordsystem bereits einführen wollten. Nach dem Streikbeschlusse erklärten sich die Unternehmer jedoch zu Verhandlungen bereit und es kam dann auch zu einer den Wünschen der Arbeiter entsprechenden Einigung, wodurch der Streik vermieden wurde. Nun ist nachträglich 9 Former gekündigt worden, angeblich wegen Arbeitsmangels. Die Arbeiter setzen darin einen Verstoß gegen die getroffenen Abmachungen und haben von neuem beschlossen, die Arbeit niederzulegen, falls die Kündigungen nicht zurückgezogen werden.

Die Gewerbetreibenden von Kristiania und Umgegend haben um Verhandlung über die Einführung des Akkordsystems bei der Arbeiterorganisation nachgesucht. Auf Montag war bereits eine gemeinsame Sitzung der Vertreter beider Parteien und der Vertreter der Landesorganisation der Gewerkschaften sowie der Arbeitervereine einberufen worden.

Soziales.

Berlin ohne Kaufmannsgericht. Während in den meisten Großstädten Deutschlands die Kaufmannsgerichte bereits in voller Tätigkeit stehen, hat Berlin glücklich erst das Ordstatut dem Oberpräsidenten zur Genehmigung eingereicht. Die Abneigung des Kommunalparlamentes gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt bewährt sich auch gegenüber einer gesetzlichen Zwangsmaßnahme. Schon im Oktober vergangenen Jahres hat die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament die Errichtung des Kaufmannsgerichts zu beschleunigen versucht. Jetzt noch bleibt es zweifelhaft, ob dieses seit Jahrzehnten angestrebte Gericht für die Reichshauptstadt schon am 1. April in Kraft treten wird. Bis zur definitiven Errichtung des Kaufmannsgerichts ist für Berlin ein Schiedsgericht-Präsidium geschaffen worden.

Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte bestimmt in seinem § 19: „Ist ein zuständiges Kaufmannsgericht nicht vorhanden, so kann bei Streitigkeiten der im § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 5 bezeichneten Art jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsitzenden der Gemeinde (Bürgermeister, Schulbeisitz, Ortsvorsteher usw.) nachsuchen.“ Der § 5 führt nun im Absatz 1 Nr. 1 und 5 an: Den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Dienst- oder Rechtsverhältnisses sowie die Aushändigung oder den Inhalt des Zeugnisses, ferner die Berechnung und Anrechnung der von den Handlungsgeschäften oder Handlungslehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder (§§ 53a, 55 des Krankenversicherungs-Gesetzes).

Der Ober-Bürgermeister hat nun mit Genehmigung des Oberpräsidenten den Herrn Stadtrat Raab mit dem Verfahren gemäß § 19 des Gesetzes betraut.

Am 1. Februar war in den Räumen des Berliner Gewerbegerichts zum ersten Male eine derartige Verhandlung. Fräulein A. Nagel gegen ihren bisherigen Chef, Herrn Joseph, auf Fortsetzung des Dienstverhältnisses bis Ende Februar. (Eventuell Entschädigung.) Sie erklärte ihre am 21. beziehungsweise 23. Januar erfolgte Entlassung für unbedeutend, während Herr Joseph geltend machte, er sei zur Entlassung berechtigt gewesen, namentlich auf Grund seiner Geschäftsführung. Danach hätten sich in Krankheitsfällen die Angestellten vom Vertrauensarzt des Geschäfts untersuchen zu lassen, und sie könnten entlassen werden, wenn sie trotz Feststellung ihrer Arbeitsfähigkeit nicht ins Geschäft kämen. Das stellte hier aber zu Klägerin sei am Sonnabend, den 21. Januar, nach mehrwöchiger Abwesenheit, die sie mit Krankheit rechtfertigte, nicht erschienen, obwohl der Vertrauensarzt des Geschäfts, Prof. Sommerfeld, sie bei seiner Untersuchung für völlig gesund erklärt habe.

Die Klägerin hielt dem entgegen, Herr Dr. Fuchs, der Kassenarzt, habe ihr bescheinigt, daß sie wegen Influenza mehrere Tage arbeitsunfähig sei. Er habe ihr allerdings gesagt, Sonnabend könne sie wieder ins Geschäft gehen; sie habe aber noch stark geküsst und sich zu schwach dazu gefühlt. Selbst am folgenden Montag habe Dr. Fuchs sie noch sehr angegriffen gefunden. — Inzwischen war der Kündigungsbefehl angelangt.

Der Verhandlungsführer, Stadtrat Raab, riet zu einem Vergleich, weil die Sache sehr zweifelhaft sei. Wenn Dr. Fuchs attestieren könnte, Klägerin sei Sonnabend, den 21. Januar, arbeitsunfähig gewesen, dann würde das für die Klägerin allerdings eine günstige Entscheidung nach sich ziehen. Aber Klägerin selber erklärte ja, Dr. Fuchs habe ihr gesagt, er könnte ihr für Sonnabend kein Attest geben, weil er sie an dem Tage nicht gesehen habe. Die Parteien verglichen sich schließlich dahin, daß Klägerin auf die Fortsetzung des Dienstverhältnisses verzichtet und Beklagter ihr 50 M. binnen 24 Stunden zahlte.

Das Landstimmrecht bei den Handgewerbetreibenden der Richten-Kordwaren-Industrie. Vor etwa 17 Jahren veröffentlichte der Rationalökonom Say eine Arbeit über die Lage der Kordwaren-Handindustrie im Bezirk Richtenfeld in Oberfranken. Der Verfasser zog zum erstenmal das Elend der Kordmacher und die unerhörte Ausbeutung, die sie von den Händlern zu erleiden haben, an das Licht der Öffentlichkeit. Seine Schilderungen riefen allgemein großes Aufsehen hervor. Einen breiten Raum in diesem Buche nahmen die Ausführungen über das raffinierte ausgebildete Trudsystem ein, wie es die Kordhändler gegen die Arbeiter üben. Diese verdiensthollen Veröffentlichungen haben dazu beigetragen, daß gesetzgeberische Maßnahmen gegen das Trudsystem getroffen wurden. Im geheimen blühte es aber trotzdem noch bis heute fort, wie aus einer Verhandlung hervorging, die vor dem Landgericht in Bamberg

stattfand. Angeklagt waren 18 Kordhändler aus Richtenfeld und Umgebung wegen vorgesehener Vergehens gegen die §§ 115, 119 bis 119b und 146, Abs. 1, der Gewerbe-Ordnung. Sie sind beschuldigt, seit mindestens sechs Jahren den Kordmachern ihrer Gegend, die ihre Kordwaren regelmäßig an sie liefern, den Arbeitslohn nicht in Reichshöhe bezahlt, sondern die zur Herstellung der Kordwaren erforderlichen Rohmaterialien auf Kredit zu Preisen abgegeben zu haben, die stets den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten übertragen und insbesondere über die ursprünglichen Tarife und die von den Kordwaren-Materialienhändlern sonst geforderten Preise hinausgingen; die Beträge wurden dann bei den wöchentlichen Lohnzahlungen in Abzug gebracht. Gegen zehn Beschuldigte richtet sich die Anklage noch dahin, daß sie ihren Kordmachern außer Materialien noch Spezialwaren, ferner Lebensmittel, wie Zucker und Kaffee, zu einem den Betrag der Anschaffungskosten übersteigenden Preise auf Kredit verkauft und den Betrag hierfür ebenfalls bei den wöchentlichen Lohnzahlungen anrechneten. Sieben Angeklagte sind indisch noch besonders beschuldigt, anstatt des vollen Arbeitslohnes teilweise Waren, wie Kaffee und Zucker, verabreicht zu haben. Es war ein gewaltiger Beweiskasten aufgestellt, 52 Kordmacher und 8 Sachverständige, darunter der oberfränkische Fabrikinspektor, wurden benommen. Die Angeklagten bestritten, daß die Kordmacher unter den Begriff der oben angeführten Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung fallen, da sie zu Hause arbeiten, öfters den Arbeitnehmer wechseln, Gesellen beschäftigen usw., somit selbständige Unternehmer seien; auf jeden Fall aber seien sie Akkordarbeiter. Der Fabrikinspektor Hertel erklärte, daß die Heimarbeiter zweifellos als Arbeiter im Sinne der genannten Paragraphen zu gelten hätten. Die als Sachverständige benommenen Kordhändler wollten dies nicht gelten lassen; die Arbeiter seien nicht gebunden, auch sei der abgeforderte Preis für Rohmaterialien kein zu hoher. Aus dem Jugendverhör ergab sich, daß allerdings der einzelne besser situierte Kordmacher nicht nötig hat, sich das Material zu den von Händlern geforderten Preisen anrechnen zu lassen, auch an dem einzelnen Unternehmer nicht gebunden ist; aber anders ist es, wenn, wie in den meisten Fällen, der Kordmacher bei seinem Unternehmer hoch in der Kreditschuld steht; hier ist das Abhängigkeitsverhältnis im vollen Umfange vorhanden. Außerdem wurde festgestellt, daß die Kordhändler die von den Kordmachern zur Verbesserung ihrer Lage gegründeten Einkaufsgenossenschaften durch skrupellose Mittel zu bekämpfen suchen, indem sie an ihren Lizen ein Plakat anbringen des Inhalts, daß kein Kordmacher bei der betreffenden Firma Arbeit erhalte, der Mitglied einer Genossenschaft sei. Zehn von den Angeklagten wurden freigesprochen, von den übrigen wurden drei zu je 200 M. eventuell zehn Tagen, zwei zu je 30 M. eventuell drei Tagen, zwei zu je 20 M. eventuell zwei Tagen, einer zu 10 M. eventuell einem Tage Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil ist wahrlich nicht dazu angetan, den Unternehmern das ebenso profitable wie verwerfliche Trudsystem zu verleiden.

Aus der Frauenbewegung.

Friedenan. Dienstag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, hält der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend bei Grube, Kaiser-Allee, eine Wanderversammlung ab, in welcher Frau Dr. David einen Vortrag halten wird. Gäste willkommen. Pünktlicher und zahlreicher Besuch erbeten.

Rixdorf. Am Mittwoch, den 1. Februar, fand eine Versammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen statt. Genossin G. David hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Organisation der modernen Gesellschaft“. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Es wurde nochmals auf das am 26. Februar im Lokale von Thiel, Bergstraße, stattfindende gemütliche Beisammensein hingewiesen. Die Mitglieder werden ersucht, für regen Besuch desselben zu agitieren und selbst daran teilzunehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

- **G. R. 15.** 1. Den Antrag können Sie sofort nach der Heirat stellen. Bis zur Bewilligung pflegen einige Wochen zu vergehen. 2. Ja. 3. Geburtsurkunde und die Militärpapiere Ihres Verlobten sind erforderlich. Sie müssen ferner den Auseinanderberückungsschein, sowie die Todesurkunde des Mannes anfordern aufweisen. 4. Das ist nur durch behördliche Namenserteilung oder durch Adoption möglich. Kostenpunkt 50 M. 5. Rein. — **C. R. 8. 15.** Der Wirt ist im Recht. — **M. 2. 18.** Eine Auseinanderberückung vor der zweiten Ehe ist nur dann erforderlich, wenn die Kinder minorum sind. Ob Ihre Frau außer den 600 Mark noch etwas zu verlangen hat, ist ohne Einhalt in das Testament nicht zu sagen. — **R. 43.** Innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis vom dem Anfall der Erbfolge müßten Sie dem Nachlassgericht eine gerichtliche oder notariell beglaubigte Erklärung einreichen, durch welche Sie der Erbfolge entsagen. — **S. M. 1. 12.** Köpenick. Rein. — **S. Rose.** Die Bewilligungsfrage (Beispiele finden Sie im „Arbeiterrecht“) müssen Sie beim Amtsgericht erheben. Bohnt der Beleidiger in derselben Gemeinde wie Sie, so muß zunächst ein Säbnerverfug gemacht werden. — **W. M. 1000.** Rein. — **G. R. 6. 25.** Letter ist die Herrschaft im Recht. — **G. R. 6. 2.** 1. Die Entfernung können Sie von einem Sachverständigen abmessen lassen. 2. Ja. 3. Falls der Vertrag nichts Gegenteiliges enthält: nein. — **C. R. 2.** Rein. Sie dürfen sich aber nicht Weiler mit dem Jutah eines Handwerkers nennen. — **M. 3. 11.** Sie sind im Recht. Vor kurzer Zeit mußten wir über die Hinrichtung der Hamburger Kindermörderin berichten. — **Schulz, Herzfelde.** 1. Ja. 2. u. 3. Der Betroffene kann darlegen, daß er nicht hinreichend unterrichtet werde und Abhilfe beantragen. Der Antrag geht an den Landrat. — **Rixdorf Tour 5.** Auch der von Ihnen geschickten Sachlage steht seinem der beiden Söhne ein Anspruch auf den Nachlaß ihrer Mutter noch zu. Dem in die Ehe eingetragenen Kind steht auch an dem Nachlaß seines Elternteilers ein Anspruch nicht zu, dem anderen Kind steht das Väterrechtsrecht an dem Nachlaß seines Vaters zu. — **S. 2. 100.** 1. Leider ja. 2. Machen Sie den Versuch, durch eine Eingabe an den Magistrat etwas zu erreichen. — **Tobatenlust.** Wohnt der Inwalide in Berlin, so ist das Polizeipräsidium, wohnt er in der Provinz, so ist der Landrat die zuständige Behörde. — **C. R. 6. 3a.** — **H. 2. M. 1.** Ein Antrag, das Geld, das Ihnen gebührt, zurückzuweisen, lag nicht vor; durch Annahme der Sendung hätten Sie Ihre weitergehenden Ansprüche keineswegs verliert. 2. Es besteht keine Frist für Erhebung einer Anklage oder Bescheiderteilung. Die Staatsanwaltschaft muß vor ihrer Anklageerhebung Ermittlungen veranlassen, die längere Zeit in Anspruch nehmen können. Sollten Sie über den Stand der Sache informiert sein, so wenden Sie sich direkt an die Staatsanwaltschaft. Die Adresse der Behördebestimmung ist: Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht, Berlin. — **C. G. 10. 1.** — **Kerzstraße 6.** Der betreffende Hausbesitzer hat von der Krankenkasse die Krankengelder, von der Firma sein Gehalt nach Abzug der Krankengelder zu beanspruchen. — **2. B. 100.** 1. Rein: Mittelschulen für Mädchen gibt es nur Privat-schulen. Das Verzeichnis aller Berliner Schulen, auch der Privatschulen, finden Sie im zweiten Teil des Adreßkalenders. 2. Dagegen gibt es leider keinen Weg. — **M. 2. 27.** Die Versicherungsanstalt für die Provinz Brandenburg befindet sich in Berlin, Rathhaustr. 19. — **S. 3. 1.** Die Anmeldung zur Heirat können Sie bei dem Standesbeamten Ihres Bezirks oder dem des Bezirks vornehmen, in dem Ihre Braut wohnt. Die Bekanntmachung des Aufgebots (der sogenannte Aushang) erfolgt in der Gemeinde oder in den Gemeinden, wo die Verlobten ihren Wohnsitz haben oder in den letzten sechs Monaten gehabt haben. Wohnen Sie beide in Berlin, so werden Sie nur einmal (im Rathaus) ausgehängt. — **3.** Rein. — **R. 24. 1880.** Die Räumung einer Wohnung muß in Berlin bei aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am Ersten (im Laufe des Ersten), bei aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehender Wohnungen am Fünften des Monatsmonats um 12 Uhr mittags und bei größeren Wohnungen am 3. Oktober um 12 Uhr beendet sein. Unter Zubehör sind Alkoven, Küchen, Kammern, Bodenräume, Verkleide- und Vorratskeller zu verstehen. Bei Wohnungen, die aus drei Zimmern bestehen, muß jedoch am 1. Oktober ein Zimmer, bei größeren zwei Zimmer bereits vollständig geleast und dem einziehenden Mieter zur Verfügung gestellt werden. Möben rechnen nicht als Bodenräume, ebensowenig Speisekammern. Die rechtzeitige Räumung kann die Polizei (ohne vorhergehenden richterlichen Entschluß) durchsetzen. — **S. 3. 1.** In welcher Höhe Trinkgeld zum Lohn zu rechnen ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Soweit Ihre Darstellung ersehen läßt, liegt bei Ihnen die Lohnhöhe rechtlich fest. Wenden möchten Sie sich gegen die Höhe der Verabreichung. Ein Beispiel und Formular für solche Verurteilung finden Sie S. 577, Nr. 36 des „Arbeiterrechts“. 2. Rein. — **M. 2.** In diesem Falle ausfallslos.

Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr abends, findet im Alten Schützenhause, Minierstr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Charlottenburg. Im Volkshause, Rosenstraße 3, wird heute Dienstag abends, der Reichstags-Abgeordnete Genosse v. Soltmann in einer öffentlichen Volksversammlung über „die Revolution in Rußland“ sprechen.

Steglitz. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die für Mittwoch, den 8. d. M., angelegte Wahlvereins-Versammlung ausfällt. Statt dieser findet an demselben Tage eine öffentliche Versammlung im Lokale „Wirkentwäldchen“ statt.

Groß-Lichterfelde. Mittwoch abend 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins bei Neßen, Chausseest. 104. Dritter Vortrag des Hr. Vorward über das Parteiprogramm.

Spandau. In der heute abend 8 1/2 Uhr bei Kuntze, Schönwalderstraße 80, stattfindenden Volksversammlung spricht Genosse Fr. Zubeil über das Thema: „Militarismus und Soldatenmishandlungen“.

Lichtenberg. Mittwoch findet eine öffentliche Versammlung im Saale der Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 120, statt. Donnerstag wird eine Parteiversammlung bei Gürsch, Frankfurter Chaussee 86, stattfinden.

Treptow-Baumgartenweg. Gegen die russische Barbarei findet heute abend 8 1/2 Uhr in Speers Festhale, Baumgartenstraße 78, eine öffentliche Protest- und Volksversammlung statt.

Wilmerdorf. In der Volksversammlung, die Donnerstag in Salomons Volksgarten, Berlinerstraße 40, stattfindet, erfolgt Dienstag abend 7 Uhr von den bekannten Bezirkslokale aus Handzettelverbreitung.

Die Bergarbeiter-Liste 12 665 (Teltow-Charlottenburg) ist vom Ladentisch unseres Parteigenossen Ludwig Hoffmann, Kiehlholzstraße 412, Treptow, gestohlen worden. Es wird gebeten, nichts darauf zu zeichnen und sie anzuhalten.

Lokales.

Das Rabenaas in Prosa.

Vor einigen Jahren ergöhten wir unsere Leser mit Untersuchungen über die Rabenaas-Strophe, dieser freiwilligen oder unfreiwilligen Persiflage asterdyrischer Hundedemut.

Irgendjemand um den Magistrat herum scheint sich der Rabenaas-Strophe kürzlich erinnert zu haben. Obgleich die Körperschaft, die hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt vorsteht, ohne sich außerhalb ihres Birkels zu bemühen, auch in gebundener Rede hätte etwas leisten können, hat sie doch die Prosa vorgezogen.

Man lese die hier abgedruckte Glückwunsch-Adresse und vergleiche dann:

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser und König! Allergrädigster Kaiser, König und Herr! Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät sprechen wir an dem heutigen Festtage, der unsere Herzen mit Dank, Freude und Hoffnung erfüllt.

In wenigen Wochen vollendet sich ein Vierteljahrhundert mühevoller Arbeit. Der neue zur Ehre Gottes in der Höhe und zum Segen hienieden erbaute Dom, der ein dauerndes Zeugnis der Fürsorge Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät für das religiöse und sittliche Wohl unseres Volkes sein wird, soll seine Weihe empfangen.

Linksstreifige Blätter machen sich die Mühe, den Inhalt dieser Adresse zu zergliedern und den grellen Widerspruch hervorzuschreiben, der hier zwischen Tatsachen und alleruntertänigst aufgestellten Behauptungen liegt.

Streich geleistet und den seligen Vertram mit vielem Glück überbrant hat; dem Verfasser muß aber auch, wie gesagt, der Gedankentanz der Rabenaas-Strophe vorgeschmeckt haben.

... nimm mich Hund beim Ohr, Wief mir den Gnadenknochen vor, Und wirf mich Sündenlammel In deinen Gnadenhimmel!

Schön ist solcher Schallstreich ja nicht, aber daß er gelungen ist, muß auch der Reiz anerkennen. Nur eines ist selbst von diesem Gesichtspunkte aus, geschmacklos an der Glückwunsch-Adresse.

Gibt es noch eine Schulnot in Berlin?

Gegenüber der oft und immer von neuem vorgebrachten Klage, daß die Berliner Gemeindeschulen viel zu hohe Klassenfrequenzen haben, ist von freimüthiger Seite vielfach darauf hingewiesen worden, wie sehr der Durchschnitt der Frequenz in neuerer Zeit gesunken sei.

Noch eine andere Erscheinung gibt zu denken. Die berüchtigten fliegenden Klassen haben sich bekanntlich in den letzten Jahren stark vermindert; die neueste Frequenzübersicht führt nur noch 13 auf.

Die Brotpreise waren in Berlin im Jahre 1904 im ganzen etwa ebenso hoch wie in 1903. Das Roggenbrot war etwas billiger, aber dafür war das Weizenbrot (Schrippen) etwas teurer.

Die höheren Lehranstalten der Stadtgemeinde haben, nachdem sie längere Zeit hindurch an Schülern verloren hatten, in den letzten Jahren — nach 1901/02 — wieder eine Erhöhung der Gesamtzahl ihrer Schüler gehabt.

Ein neues Krankenhaus für geschlechtsranke Prostituierte und Fürsorgezöglinge soll in Kummelsburg von der Stadt Berlin errichtet werden. Mit dem Bauprogramm dieses Krankenhauses beschäftigte sich am Montag das Kuratorium des Obdachs und Arbeitshauses, welchem jetzt diese Abteilung unterstellt ist.

Hälfte mehr verlangt, das richtigere, da man ein Krankenhaus beim Neubau nicht so einrichten soll, daß es womöglich noch vor seiner Fertigstellung sich schon als zu klein erweist.

Grobe Ausschreitungen von Schulkeuten.

Augenzeugen, die einen durchaus glaubwürdigen Eindruck machen, teilen uns einen Vorgang mit, der fast vermuten läßt, daß das Beispiel der nagaitaschwingenden Kofaken am Newastrande ansteckend und anfeuernd gewirkt hat auf einige Schulkeute, die am Ufer der Panke ihres Amtes zu wachen haben.

Man berichtet uns: Am 1. Februar abends, wenige Minuten nach 12 Uhr betrat der Polizei-Bezirkskommissar Rasenau das Lokal des Gastwirthes Koperski, Müllerstraße 173a. Der Beamte erinnerte den Wirt daran, daß er nur bis 12 Uhr Konzession habe.

Begreiflicherweise protestierte der Wirt gegen das unbedingte Verfahren der Polizeibeamten. Aber da kam er schon an. Der Bezirkskommissar stieß ihn vor die Brust, daß der 69 Jahre alte Mann gegen das Klavier fiel.

Etwa 2 1/2 bis 3 Stunden nach diesem Vorgang, als Herr Koperski, auf äußerste erschöpft, mit verbundenem Kopf im Bette lag, klopfte es an das Fenster seines Schlafzimmers.

Am folgenden Vormittag kam ein an den geschädigten Vorgängen nicht beteiligter Polizeibeamter zu Herrn Koperski und erzählte unter anderem, einer der an den Ausschreitungen beteiligten Schulkeute sei geisteskrank und bereits nach einer Heilanstalt befördert worden.

Angenommen, es läge hier eine plötzliche, vorher nicht bemerkbare geistige Erkrankung vor, so würde das doch nur die Handlungsweise des einen Beamten erklären, und dieser Beamte war nicht in hervorragendem Maße an den geschädigten Vorgängen beteiligt.

Professor Dr. Carl Müllers, der Direktor des zoologischen Museums, vollendet heute, am 7. Februar, seinen 80. Geburtstag. Im April 1887 wurde ihm die Leitung der zoologischen Abteilung des Museums für Naturlunde in Berlin übertragen, und am 31. März 1888 erfolgte seine Ernennung zum Direktor, am nächsten Tage auch die zum Ordinarius an der Berliner Universität.

Der Kranke im südlichen Brotwagen ist der Leiche in diesem Wagen gefolgt. In der letzten Kuratoriumssitzung des städtischen Obdachs und Arbeitshauses kam ein Bericht unserer Genossen Hoffmann und Augustin zur Sprache, der sich mit einer Revision befahte, die beide in dem südlichen Fiktal-Hospital in Reinickendorf abgehalten haben.

Der Kunstgeschmack Wilhelms II. Der Bürgermeister von Münden, Herr Vorsch, und der Vorsitzende des dortigen Gemeindekollegiums, Herr Sebbeth, sind kürzlich vom Kaiser empfangen worden, als sie für den Kreuzer „München“ als „Patengeschenke“ einen silbernen Tafelaufsatz überreichten.

Das Geschehen gab dem Kaiser Veranlassung, sich ungemein häufig über den Stand der Münchener Kunst und des Münchener Kunstgewerbes anzulassen. Er bemerkte, es habe ihn sehr angenehm berührt, daß das Kunstwerk in seiner Auffassung und Ausführung von der neueren Kunstfruchtigung unbeeinflusst sei.

Der Vertheilmische Bau den „modernen“ Bauten noch aber sei.

Soweit wir unterrichtet sind, steht Wilhelm II. mit der Vertheilung des neuen Vertheilmischen Baues einzig da. Hochleute wie Laien waren einzig in der Bewunderung der Messelischen Leistung.

Adolf Menzel ist, wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, seit acht Tagen bedenklich erkrankt. Montag nachmittags voriger Woche hat ihn eine große Schwäche befallen, die Schlämmen befürchteten. Ihm können die Ärzte nichts Besonderes finden, aber eine bedingende Schlafsucht macht sich bedenklich bemerkbar. Ihn aus dem Bette zu bekommen, das einzige Mittel, das unausgesetzte Schlammern zu unterbrechen, und ihm auch nur ein wenig flüssige Nahrung zu geben, bedarf der größten Ueberredung und Mühe.

Der Landtagsabgeordnete Kownacki-Lauersee ist an den Folgen des kürzlich erlittenen Unfalls auf der Straßenbahn im städtischen Krankenhaus am Urban am Sonntag gestorben. Kownacki hatte u. a. einen Schädelbruch erlitten. — Im Lazarus-Krankenhaus in der Bernauerstraße ist die Frau Auguste Wusse aus der Frankfurterstraße 6, die bei dem Brande dort am Freitagabend am ganzen Körper Verletzungen erlitten hatte, am Sonntag früh von ihren entsehligen Leiden erlöst worden. Der bei demselben Brande verletzten Luise Berner und den übrigen Personen geht es besser. Auch das Befinden des im städtischen Krankenhaus in Moabit befindlichen Mädchens Minna Kroll, die bei der Explosion im Hanfabriekel schwer verletzt wurde, hat sich gebessert.

Die Stiefel sollen verteuert werden. In einer vom Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten Deutschlands nach dem Architektenhause einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung wurde am Sonntag einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die am 5. Februar zu Berlin verammelten deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten erklären, einen Preisausschlag für ihre Fabrikate zufolge der gestiegenen Lederpreise für absolut notwendig und beschließen, daß an die Schuhwaren- und Schäftehandlungen ein Zirkular mit den sämtlichen Unterkleiden der Fabrikanten alsbald zu richten sei, in welchem die Notwendigkeit des Preisausschlages dargelegt wird. Die Unterzeichner verpflichten sich, ab 15. Februar 1905 einen angemessenen Ausschlag auf sämtliche Lederartikel durchzuführen und in keinem Falle zu den seitherigen Preisen weiterzuverkaufen.“

Straßensperrung. Die verlängerte Lützowstraße von der Lützowstraße nach der Herkulesbrücke wird behufs Fortnahme der während des Kanalbauwes erforderlichen Holzbrücke vom 6. d. Mts. ab bis zum 8. d. Mts. für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Eine dreißigjährige Großmutter führt jetzt beim Landgericht zu Potsdam einen Prozeß. Es ist eine unberechnete Arbeiterin aus Notowas, welche mit 15 Jahren einem Mädchen das Leben gab. Dieses wurde anderwärts in Erziehung gegeben und machte es nun der Mutter nach, indem es gleichfalls im 15. Lebensjahre Mutter wurde. Die jugendliche Großmutter hat jetzt bei Gericht eine Klage auf Herausgabe ihrer Tochter zwecks eigener Erziehung angestrengt.

Wegen Einbruchs in die „Brodensammlung“, die sich im Hause des Vereins „Dienst an Arbeitslose“ in der Adlerstr. 53 befindet, wurden die 20, 21 und 23 Jahre alten Hausdiener und Wäcker Josef Grünberg, Paul Frenzel und Richard Weighart festgenommen. Nachdem sie sich in dem Keller, in dem die für die Armen der Armen gesammelten Sachen aufgestapelt lagen, aus dem Vorrat neu eingekleidet hatten, machten sie sich zudem auch noch ein großes Bündel zurecht, um es in Kaschemmen zu verkaufen. Die schwer beladenen Männer fielen einem Schuttmann auf, der sie anhielt. Einer warf sein Bündel weg und ergriff die Flucht, wurde aber auf das Polizeischild des Schuttmanns von Kriminalbeamten, die zufällig am Gartenplatz standen, festgenommen. Die Einbrecher, die alle drei schon mehrfach bestraft sind, behaupteten jetzt, die Sachen, darunter auch ein paar große Offiziers- und Kadettstiefel, von einem Unbekannten erhalten zu haben; es stellte sich aber bald heraus, daß sie sie aus der Brodensammlung gestohlen hatten. Sie wurden nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Im Verfolgungswahn hat Sonntag die Ehefrau des Rutschers Schleuder, Nr. Moabit 44, eine furchtbare Tat begangen, deren schreckliche Folgen glücklicherweise verhindert werden konnten. Die Frau, die seit 16 Jahren in glücklicher Ehe lebt, zeigte seit einigen Tagen Spuren von Verfolgungswahn und bildete sich ein, daß man ihr nachstelle, um sie zu ermorden. Während vormittags ihr Mann und ihr ältester Sohn auf ihren Arbeitsstellen waren, ging sie um 9 1/2 Uhr mit ihren beiden kleinen Knaben zur Gemeindefestung von St. Johannes und bat sie um Schutz gegen die Verfolger. Die Schwester suchte sie zu beruhigen und empfahl ihr, mit den Kindern wieder nach Hause zu gehen. Sie ging dann alsbald nach, um mit dem Hauswirt zu sprechen. Als sie aber nach der Wohnung kam, erfuhr sie, daß die Unglückliche nicht zurückgekehrt war. Während nun Schleuder seine Frau suchte, irte diese mit den Kindern umher, bis sie um 12 1/2 Uhr nach dem Holzsteiner Hof kam. In der Nähe der dortigen Wadenschleuder ging sie mit den Knaben die Wadentreppe hinunter, warf von der untersten Stufe die Knaben ins Wasser und sprang ihnen dann nach. Zum Glück sahen zwei schwimmkundige Herren den Vorgang, sprangen in die Fluten, retteten mit großer Mühe erst die Kinder und dann die Mutter. Die Schreckensstat am hellen Tage rief einen großen Menschenauflauf hervor.

In der Lichtenberger Werdaffäre verfolgt die Kriminalpolizei seit gestern eine neue Spur. Es hat sich jetzt ein Lichtenberger Fabrikarbeiter gemeldet, welcher in der Werdnacht Beobachtungen gemacht hat, die zur Entdeckung des Täters führen können. Zwischen 1/2 und 2 Uhr postierte der Arbeiter mit seiner Frau die Dorfstraße, als unmittelbar am Weberischen Hause plötzlich eine männliche Gestalt vor ihm auftauchte. Der Fremde fiel dem Arbeiter durch sein sonderbares Benehmen auf. Der Zeuge will auch bemerkt haben, daß der Mann an seiner Kleidung, besonders an den Hosenbeinen, herumwischte. Als der letztere bemerkte, daß er beobachtet wurde, sprang er plötzlich auf, eilte den Weihenfer Weg hinunter und war bald verschwunden. Der Arbeiter glaubt, den Betroffenen bei einer Gegenüberstellung bestimmen wiederzuerkennen.

Feuerbericht. Montag nachmittags gegen 3 Uhr wurde die Wehr nach der Alten Jakobstr. 139/43 (Kuerlich-Gesellschaft) gerufen, weil sich hier auf dem Dache dicke Rauchwolken zeigten und daher ein größerer Brand befürchtet wurde. Wie sich aber herausstellte, lag keinerlei Feuergefahr vor, weshalb die Löschzüge sofort wieder kehrt machen konnten. Der Rauch rührte lediglich von einem auf dem Dache aufgestellten Ofen her, der zum Kochen von Teer diente. — Früh 7 Uhr mußte in der Hübnerstr. 2 ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. — Betten, Kleidungsstücke und Möbel gingen dann in der Waldemarstr. 14 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Krummstr. 2 allerlei Gerätpel und Verpackungsmaterial in einem Keller brannte. — Ein zweiter Wohnungsbrand beschäftigte später den ersten Löschzug in der Kurfürststr. 14 kurze Zeit. — Nach dem Engel-Hof 19 wurde die Wehr gerufen, weil hier Körbe, Wäsche, Kleider etc. Feuer gefangen hatten. — Anfang am öffentlichen Feuerwehler lag einer Alarmierung zu Grunde, die bald nach Mitternacht die vierte Kompanie nach der Bohnen-, Ecke der Scharnhorststraße, führte. Leider gelang es nicht, den Pfeifer bei seinem lächerlichen Treiben abzufassen. — Außerdem liefen noch in den letzten 24 Stunden aus der Kastanien-Allee 47, Waldemarstr. 88, Friedrichstraße 44 und noch aus verschiedenen anderen Orten Feuermeldungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um ganz geringfügige Anlässe.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Protestversammlungen wegen fällt der Unterricht in sozialer Gesetzgebung am Donnerstag aus und findet am Freitag, den 10. d. M., im Saal 8 statt.

Der Buchbinder-Männerchor hält Sonntag 11 1/2 Uhr zum Besten der Vergarbeiter eine Matinee ab, an der der Musikverein „Harmonie“ sowie der Humorist Walz mitwirken. Der Eintrittspreis beträgt nur 30 Pf.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Die Weiskerwahlen zum Kaufmannsgericht in Schöneberg wurden am Sonntag d. 28. d. M. vollzogen. Von 75 Handlungsgewerbetreibenden, die ihre Eintragung in die Wählerliste beantragt hatten, waren nur 43 erschienen, die ihr Wahlrecht ausübten. Zu wählen waren 9 Weisker. Jeder Wähler war somit imstande, 9 Stimmen abzugeben. Von 387 abgegebenen Stimmen erhielten die beiden von dem Zentralverband der Handlungsgewerbetreibenden aufgestellten Kandidaten Lagerhaller Rüter 35 und Geschäftsführer Fabian 28. Auf die 9 Kandidaten der Liste des deutschen Handlungsgewerbetreibendenverbandes fielen insgesamt 324 Stimmen. Gewählt sind demnach die beiden vom Zentralverband und 7 von den Deutschen Nationalen aufgestellten Kandidaten.

Die Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Jahre 1906 wird aller Voraussicht nach in Schöneberg stattfinden. Als Platz hierzu ist in Aussicht genommen ein ziemlich großes Terrain an der Katholischkirche in der Rubensstraße, nördlich der Peter Weiskerstraße. Die Besitzer der in der Nähe befindlichen Laubkolonien hatten sich petitionierend an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt, damit von der Benutzung ihrer Grundstücke Abstand genommen werden möge. Die Stadtverordneten hatten insoweit der Petition zugestimmt, den Magistrat zu ersuchen, bei Auswahl des Terrains möglichst schonend gegen die Laubbesitzer vorzugehen.

Pantow.

Die Immobilien-Verkehrsbank, als Nachfolgerin der seligen Pommernbank, beabsichtigt das in Pantow zwischen der Berlinerstraße und der Prenzlauer Chaussee gelegene Baugelände in der Größe von 31 200 Quadratrudden, an eine Terraingesellschaft zu verkaufen. Da diese Gesellschaft die Absicht hat, das Bauland auszuschlachten, so soll der bereits bestehende Bebauungsplan vollständig umgeworfen werden und die Gemeinde bis zum 9. Februar mittags eine rechtsverbindliche Erklärung abgeben über folgende Bedingungen: Es sollen keine schwereren Bedingungen gestellt werden, als sie für die bereits regulierten Teile des Geländes bestehen; auf Antrag der Unternehmerin ist für Nebenstraßen eine Befestigung mit Kleinstenpflaster auf Schotter-Unterbettung zuzulassen; der von der Unternehmerin ausgearbeitete Bebauungsplan ist von der Gemeinde zu genehmigen, ohne daß die Gemeinde die Anweisung eines öffentlichen Platzes zu beanspruchen hat.

Da gegen 100 000 M. Umfahsteuer erzielt wird, so ist die Gemeindevertretung bereit, auf alle Bedingungen einzugehen, auch die Straßen mit Chausseepflaster belegen zu lassen. In bezug auf den Bebauungsplan wird hoffentlich die Regierung, welche den Plan zu genehmigen hat, dafür sorgen, daß öffentliche Plätze geschaffen werden.

Der Erlaß eines Ortsstatuts gegen das Streikpostenwesen genügt nicht allein. Es muß auch den Gemeindebeamten die nötige Bewaffnung gesichert werden, um rüchloslos den Streikenden die Macht der Polizei fühlen zu lassen. Der Amtsvorsteher von Pantow hat deshalb die Gemeindevertretung aufgefordert, Mittel zur Beschaffung von Schutzwaffen für die Sicherheitsbeamten zu bewilligen. Die bürgerlichen Vertreter werden selbstverständlich dieser Polizeiforderung nachkommen.

Friedenau.

Ungültige Polizeiverordnung. Der Amtsvorsteher zu Friedenau hatte dem Restaurateur Fette die Genehmigung zum Aufstellen und zum Betriebe eines Karussells auf dem Grundstück Kaiser Allee 61 im Restaurationsgarten verweigert. Als F. das Karussell doch aufstellte, wurde der Betrieb inibiert. F. beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Potsdam. Der Regierungspräsident berief sich auf neuere Entscheidungen des Kammergerichts, wonach auch ein eingetragenes Privatgrundstück ein öffentlicher Platz im Sinne des § 33 b der Gewerbe-Ordnung sei, wenn jedermann Zutritt habe, wie hier. F. hätte darum unbedingt gemäß § 33 b zum Betriebe des Karussells einer polizeilichen Genehmigung bedurft. Außerdem sei für Friedenau unter dem 1. März 1904 eine Polizeiverordnung erlassen, die ausdrücklich vorschreibe: Die Aufstellung und der Betrieb von Karussells, Schießbuden, Schnell-Photographien, Lungenprüfern, Rutschbahnen, Schaukeln u. dgl. bedürfen der ortspolizeilichen Genehmigung. Er, der Regierungspräsident, wisse zwar, daß das Ober-Berwaltungsgericht einen anderen Standpunkt einnehme wie das Kammergericht, er halte ihn aber für falsch.

Das Ober-Berwaltungsgericht, bei dem Fette durch Justizrat Leopold Meyer Klage erhob, setzte den Beschluß des Regierungspräsidenten und die Verbotsvorschrift des Amtsvorstehers zu Friedenau außer Kraft und führte aus: Das Gericht bleibe auch gegenüber der abweichenden Auffassung des Kammergerichts dabei, daß unter öffentlichen Plätzen gemäß § 33 b der Gewerbe-Ordnung nur solche zu verstehen seien, die im Sinne der Begegengesetzgebung als öffentliche Plätze aufgefaßt werden könnten, und nicht auch Privatgrundstücke, zu denen jedermann Zutritt habe. Kläger hätte also einer Genehmigung zum Betriebe des Karussells auf dem fraglichen Gartengrundstück überhaupt nicht bedurft. Daran könne auch durch eine Polizeiverordnung nichts geändert werden, denn eine solche dürfe in das Reichsrecht nicht eingreifen. Soweit sie dies tue, sei die angezogene Polizeiverordnung für Friedenau ungültig.

Vermischtes.

Ein schweres Baunnglück hat sich in Breslau am Montag ereignet. Auf einem Neubau am Freiburger Bahnhof brach vormittags ein Stangengerüst zusammen und begrub neun Arbeiter, die alle, zum Teil schwer, verletzt wurden.

In Wiesloch sind sechs Gefangene aus dem Untersuchungsgefängnis entwichen; einer wurde wieder ergriffen.

Ein Kampf mit geistigen Waffen. Ein für die Beteiligten sehr wenig angenehmes, für den aufsehenden Zuschauer aber spaßhaftes Erlebnis hatten kürzlich, wie die Breslauer „Volkswacht“ meldet, drei Herren aus Kraschitz, als sie in Hestenberg zu Besuch weilten. In dem genannten Orte hat der Holzarbeiter-Verein eine sehr stattliche Zahl von Mitgliedern gewonnen. Die kleinen Tischlermeister von Hestenberg sehen naturgemäß diese Organisation nicht gern und haben die Aussperrung der Mitglieder des Verbandes in Aussicht gestellt. Um dem rechtzeitig entgegenzutreten wurde von Verbands wegen ein Flugblatt verteilt, das gegen das Auftreten der Innungsmeister Front machte, die übrigens aus ungenannter aber wohlbekannter Quelle eine vollständige Mitgliederliste in Händen haben. Die Verteiler der Flugblätter waren von außerhalb und nach geleisteter Arbeit alsbald aus Hestenberg fort. Um so größer war der Kerger der Tischlermeister, daß sie solchen Vöfemacht nicht erwidert hatten. Beim Glase Bier und einer Pfeife Tabak waren einige von ihnen abends im Sommerfonschen Lokale verammelt und witterten mörderisch auf die vermeintlichen Sozialdemokraten, die die Leute aufbehalten usw. usw. Da tat sich die Tür auf und herein traten drei unbekannte jüngere Personen, die sich ein Glas Bier bestellten, ohne sich um die scheltenden Staatsstößen sonderlich zu kümmern. Diese aber fingen nun erst recht an, auf die Sozis zu schimpfen und den Fremdlingen böse Wäde zuzuwerten. Aber ihre Bemühungen waren umsonst, die Fremden reagierten nicht darauf. Zwischen 11 und 12 Uhr abends traten sie an den Wirt heran mit der Bitte, ihnen Nachfolger zuzuwenden. Da kamen sie aber schon an: „Anständige Menschen suchen so spät kein Nachtquartier.“ erklärte der Wirt, „und Bier schenke ich auch nicht mehr ein.“ Wieder wurde ihnen das liebliche „verfluchte Sozialdemokrat“ zugerufen. Da drehte sich einer von ihnen um und sagte: „Sie sind wohl ein größerer Sozialdemokrat als wir!“ Im Nu waren der Sprecher und die beiden anderen gepackt, hatten ein paar Schläge ins Gesicht weg und waren aus der Tür befördert. Draußen gab es auch noch Schläge. Dem einen der Herren wurde die Weiske in kleine Stücke geschlagen. Ein Tischlergeselle nahm sich schließlich

auf der Straße der so Verprügelten an und schaffte ihnen Obdach im Bahnhofshotel. — Am anderen Morgen hatten die biederen Tischlermeister einen „Moralischen“. Sie erfuhren nämlich, daß die Opfer ihrer Mißhandlungen gar keine Sozialdemokraten waren, sondern — ein Arzt, ein Parzebilar und ein Lehrer, sämtlich aus der Jbidotenanstalt in Kraschitz! Diesmal waren die Prügelmeister an die falsche Adresse gekommen, denn die reisenden „Sozis“ hatten sich nicht erweisen lassen. Das Ganze ist aber ein hübscher Beleg dafür, mit welchen geistigen Waffen die Arbeiterbewegung auf dem platten Lande „bekämpft“ wird. Und solchen Leuten wird die Mitgliederliste der Kampfzelle ausgeliefert!

Öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften am Dienstag, den 7. Februar, abends Punkt 8 Uhr, im Lokal des Herrn Lau in Adlershof, Bismarckstr. 10. Tagesordnung: Der Alltagskampf im Ruhrgebiet und die revolutionäre Bewegung in Russland. Referent: Reichstags-Abgeordneter Georg Schöpplin. 2. Diskussion. 3. Tätigkeitsbericht des Kartells vom Jahre 1904. Der Ausschuß.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Handelsverträge und Handelskationen. — Klassenwissenschaft und Philosophie. Von A. Pannetier (Leiden, Holland). — Nach dem ersten Akt. Von Rosa Luxemburg. — Die zivilisierte Welt und der Paz. Von R. Kautsky. — Theorien über den Mehrwert. I. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Zur Lage der Bäckereiarbeiter. Von Konrad Jank. — Literarische Rundschau: Friedrich Berg, Moderne Realtheorien. Von O. B. Dr. phil. Moritz Lindeman, Uebergriffe der Wirtschaftswissenschaft. Von z. h. — Köstgen: Die Expropriation des kleinen Grundkapitals. Von h. m. z.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist soeben die Nr. 3 des 15. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Revolution in Russland. Von Rosa Luxemburg. — Vom Wert. II. Von Julian Vorwardt. — Louise Michel. Von B. Holzamer-Paris. — Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Zeitschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. — Die Haltung der Frauen beim Bergarbeiterstreik. — Politische Rundschau. Von G. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Kolonial: Vom italienischen Gewerkschaftsverband. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Kultur. — Feuilleton: Die Schmerzenden. Von Ada Regri. (Gedicht). — Im Armenhause. Von Ada Regri. (Schluß). — Frauen-Velege: Noch in Kampfeszeit. Von Carl Hjalilien. (Gedicht). — Unsere Gesundheit. 2. Ueber Ernährung. Von Dr. Adams Lehmann. — Kopf hoch! (Gedicht). — Unser Schlafzimmer. Von o. th. — Einem Freunde. (Gedicht). — Hygiene. Von Dr. Ch. — Für die Mutter. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Alfred G. Fried. Handbuch der Friedensbewegung. Verlag der österreichischen Friedensgesellschaft Wien u. Leipzig. Ferner: Reichsbüchliche Buchhandlung, Westermann u. Schönlank, in Leipzig.

Marktpreise von Berlin am 4. Februar. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,00—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**, gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. Futtergerste*, gute Sorte 16,40—15,30 M., mittel 15,10 bis 13,90 M., geringe 13,80—12,70 M. Hafer*, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,80—14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M., Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Rübölroh 5,20—4,06 M. Fett 6,70—7,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 5,50—3,60 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 6. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Beize	Temp. in C. (p. m. — 4 h.)	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Beize	Temp. in C. (p. m. — 4 h.)
Emmende.	770	WSW	3	bedeckt	4	Saparanda	735	W	4	heiter	—3
Damburg	772	WSW	2	bedeckt	5	Petersburg	758	SSO	3	bedeckt	—5
Berlin	773	WSW	2	bedeckt	7	Schly	772	SSW	4	bedeckt	—9
Krank a. M.	776	SW	1	bedeckt	6	Udbyden	758	SSW	5	wolkig	—8
Randhen	778	SO	1	heiter	0	Paris	776	SHU	—	bedeckt	—
Wien	777	SHU	—	bedeckt	5						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. Februar 1905. Gleichmäßig warm, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Hasenheide Neue Welt. Arnold Scholz. 108—114. Heute sowie täglich: 1903. Großes bayrisches Bockbierfest nach echt bayrischen Sitten und Gebräuchen. Georg Ehrngruber, Festwirt. D'Oberlandler (30 Mann in Nationalkostüm). Nürnberger Bratwurst-Glöckle 30 bayrische Mad'ln. Anfang: Wochentags 7 Uhr. | Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 4 | Sonntags 50

Neue Welt. Mittwoch, den 8. Februar: Prämierung des größten Regenschirms 100 Mk. mit

Masken - Garderobe von 16712. Carl Ernst, Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Reichel's Hustentropfen unübertroffen wirksam gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Hals-schmerzen sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane. Fl. 50 Pf. Göt nur mit Marke „Reichel“, erhältlich in den durch Plakate kenntlichen Geschäften. Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Best.: Arnicia 10, Japancamph. 0,7, Anis 7, Pimpinell 15, dest. m. feinst. Spiritrectificat 70.

Gewerkschaftshaus in größerer Stadt, circa 400 Geistesvoller Biermajak, Saal, Fremdenverkehr, ist wegen zunehmender Krankheits der Frau mit circa 12 000 M. Anzahlung billig zu verkaufen. Gebäude neu, Miets-einnahme circa 1100 M. Rühres gegen Marke durch W. Voigt, Bismarckstr. 1. 2.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Marianne-Str. 2. Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlandes usw. werden fein u. preiswert geliefert

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 7. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Von D'Almeida.
Neues königl. Opern-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Die Brüder von Sanft Bernhardt.
Berliner. Der Stoff der Verliebten.
George Dandin.
Zeffing. Das gerettete Benedig.
Westen. Der Hugenotten.
Zentral. Die Dageharrat.
National. Alessandro Stradella.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kilometersteifer.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Medea.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel-Theater.) Fuhrmann Henschel.
Kleines. Abschied vom Regiment.
Angele.
Residenz. Hotel Pompadour.
Luftspielhaus. Der Familienstag.
Trianon. Die glückliche Gilberte.
(Heurouse.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luisen. Höhere Töchter.
Kahno. Feiert auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Velle-Alliance. Lumpenpompadour.
Carl Weiß. Geld und Name.
Apollo. Berliner Luft Madammen.
Kobli-Arend. Spezialitäten.
Passage-Theater. Lucia Krall.
Anf. 5 Uhr.
Herrnfeld-Theater. Prinz Leub in Ahlbeck.
Palast. Die man Weiber fesselt.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vielstübchen. Stettiner Sänger.
Urania. Zauberkünste 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Im
Ballettsaal der Jungfrau.
Invalidentheater 57/62. Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.
Hörsaal: Dr. F. Ristenpart: Der
Aufschwung der Astronomie im
19. Jahrhundert.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.

Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Mittwoch: Angele. Abschied vom
Regiment.
Donnerstag: Die Neuvermählten.
Abschiedssouper.
Freitag: Nachtschl.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Mittwoch: Ein Sommernachtsstraum.
Donnerstag: Der Graf von Charolais.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein
Sommernachtsstraum.

National-Theater
Weinbergweg 19.
Dienstag, den 7. Februar 1905:
Alessandro Stradella.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Die Hugenotten.

Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend 4 Uhr: Däumelinchen.
Sonntag 3 Uhr: Der Bettelstudent.

Luisen-Theater.
Höhere Töchter.
Morgen zum 1. Male: Dorf u. Stadt.
Donnerstag: Hamlet.
Freitag: Dorf und Stadt.
Sonnabend: Don Carlos.
Sonntag, nachmittags: Hamlet.
Abends: Dorf und Stadt.
Montag: Hofmanns Erben.

Apollo-Theater.
Heute Dienstag 10 1/2 Uhr:
Großes Rekordfahren
über 10 Kilometer um den
Erstpreis von 1000 M.

Robl-Arend-Hansen.
Vorher:
Berliner Luft von Paul Lincke
und die Februar-Attraktionen.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68.
Zum Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
78. New-York
Male:
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwan in 3 Akten v. Antoinette Rax
u. Leon Xanro. Deutsch v. R. Schuman.
Sonntag, 12. Februar, nachmittags
3 Uhr: Der selbige Toupinel.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
Hörsaal: Dr. F. Ristenpart:
Der Aufschwung der Astronomie
im 19. Jahrhundert.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Weidsted, das sinn-
ländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 30 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Ciampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringersstraße 37 (Kolontaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2-8 Konzert.

Heirat auf Probe.

Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Der
bisher unübertroffene lustigste
Herrnfeld-Schlager
mit seinen stürmisch
besudelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck

Schwan in 3 Akten mit den Katernen
in den Hauptrollen.
Wagnar Prinz Leub:
Donat Herrnfeld.
Prähibal, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochentg. 6, Sonnt. 3 Uhr.
Kurzes Gastspiel der berühmten
Gesangskünstlerin
Lucia Krall.
Ferner die afrobat. Tänzerinnen
Smeralda und Senitza,
übertreffen alles, was
bisher gesehen wurde.
Jacques Bronn. Humorist.
Bernard prolongiert.
14 neue glänzende Nummern.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Geld und Name.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung. Hänsel und Gretel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr (Parkett
60 Pf.) u. letztenmal: Senta Wolfburg.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten nach Omet v. Nied.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch zum letztenmal: Emilia
Galotti. Donnerstag: Benefiz für
C. Reich.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard Rose-Theaters:
Onkel Bräsig.
Lebensbild in 5 Akten von C. Wegel
und H. Wegener.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Numer. Platz 7 Pf.
Donnerstag: Das Geheimnis der
alten Mamsell.
Vorzugskarten zu halben Kassen-
preisen haben Gültigkeit.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-
Häufel-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Medea.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz
Grillparzer.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Pension Schöller.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Samstag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.

Zirkus Busch.

Fortsetzung der Großen
Internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprotokoll: Herr Professor Reinhold Weges.
Mimable de la Calmette, Franck, gegen Karl Bekowitsch, Polen
Emil Berret, Frankreich, Hans Lang, Bayern
Georg Streuge, Berlin, Wenzel Konda, Währen
W. Sandorfy, Ungarn, Emil Ritschke, Berlin.
(Beginn der Kämpfe gegen 8 1/2 Uhr.)
Außerdem mit noch nie dagewesenem Erfolge die große
Küstentanzgesellschaft

Katharina II.

6 ostafrikanische Gebräde, in noch nicht erreichter Vollkommenheit
dresiert von Herrn E. Schumann. — Persönliches Auftreten
des Herrn Kommissionsrat Busch. — Klown Armando mit
seinen dresierten Affen und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Voranzeige:
Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine
Gala-Feier-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-
komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit
in Südwest-Afrika und Ostafrika zugewendet wird.
Billets sind vom Mittwoch, dem 8. Februar, ab an der Kirtus-
kasse sowie im Zentralbureau und bei H. Wertheim zu haben. —
Preise der Plätze: Logenplatz R. 20.—, Parkett R. 10.—, Balkon
R. 8.—, I. Platz R. 3.—, II. Platz R. 2.—. Alle Ermäßigungen
sind aufgehoben.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.

Zum 47. Male:
Mit bis jetzt unübertroffenem Erfolge:
Die große Schumannsche mit feinharter
Pracht inszenierte Ausstattungsgesellschaft
Pantomime

Eine Nordlandreise.

Im Strahle der Witternachts-Sonne.
7 Akte und die märchenhaft
schöne Schluß-Apotheose.
Zirka 400 Mitwirkende. 2 Musikkorps.
Vorher:
Das neue, glänzende
Februar-Programm.
Neu! u. a.: Neu!
**Der Bernhardiner Hund als
Kunstreiter!**
Neu! Clown Steffi mit seinen dresierten
Tieren. Ferner: Die großartigen
Spezialitäten und Direktor Albert
Schumanns neue und moderne
Dressuren.

Lustspielhaus

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittags:
Das Lumpengejindel.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Regen-Palast.
Bis-a-vis d. Börse, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Mittwoch, den 8. Februar 1905.
auf allgemeinen Wunsch zum 3. Male:
Lenore.
Schauspiel mit Gesang in 3 Akten.
Regie: Felix Burmeister.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen
und weiter empfehlen.

WINTERGARTEN.

Anfang 8 Uhr.
SAHARET
und die ausgezeichneten Kräfte
d. neuen Februar-Programms.

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend

Donnerstag, 9. Februar, abends 8 Uhr,

finden in Berlin und den Vororten

21 Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen statt:

- I. Kreis: Franke's Festhale, Sebastianstraße 38/39.
- II. Kreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
- III. Kreis: Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
- IV. Kreis (Ost): Elysium, Landsberger Allee 40. Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.
- IV. Kreis (Süd-Ost): Urania, Wrangelstr. 10/11.
- V. Kreis: Zipp's (Branerei Friedrichshain), Am Friedrichshain Nr. 22/20.
- VI. Kreis: Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9. Weimanns Volksgarten, Badstraße 56. Eiskeller, Chausseest. 88. Peters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
- Boxhagen-Rummelsburg: Weigels Salon, Türschmidt-, Ecke Goethestraße.
- Lichtenberg: Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 86.
- Pankow: Gesellschaftshaus Nozicki, Kreuzstr. 3/4.
- Weißensee: Vereinshaus, Charlottenburgerstraße 150.
- Reinickendorf-Ost: Kirsch (Seepark), Marktstr. 1/2.
- Rixdorf: Viktoria-Säle, Hermannstr. 49. Thiels Festhale, Bergstraße 152.
- Schöneberg: Obsts Festhale, Weiningerstraße 8.
- Nowawes: Godglück, Priesterstr. 8.
- Tempelhof: Tivoli, Berlinerstr. 50.

Tages-Ordnung:

Die Revolution in Rußland.

Referenten: Genossen **Albrecht, Bebel, Dietz, R. Fischer, Goldstein, Grenz, Heine, Ad. Hoffmann, Kaliski, Ledebour, Liebknecht, Lipinski, Molkenbuhr, Schöpflin, Singer, Stadthagen, Stolle, Ströbel, Wurm, Zetkin, Zubeil.**

Da diese Versammlungen als Protest der Berliner Arbeiterschaft gegen die Greuel des Zarismus und als Sympathie-Erklärung für die russischen Freiheitskämpfer gelten sollen, erwarten wir, daß Mann für Mann erscheint.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute

Berlin und der Umgegend.

200/3

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.

Maxim Gorki,
der Dichter des „Nachtasyl“, wurde während der letzten Unruhen in Petersburg verhaftet. Das Schicksal des Dichters erregt das lebhafteste Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Wir bringen daher unsere Leser die Werke Gorki's in Erinnerung und empfehlen dieselben einer freundlichen Beachtung.

Maxim Gorki:

Sain und Arsen	geb.	60 Pf.
Im Nihil für Obdachlose	geb.	60
Waranka Olesowa	geb.	1 Mk.
(Ein wildes Mädchen)	geb.	2
Das Opfer der Vaugenweide	geb.	1
Ein Individuum	geb.	1
Ein sonderbarer Leser	geb.	1
Tschelkasch Bolossy	geb.	1
(Wid vom Hellen)	geb.	1
Gesungene Leute	geb.	1
Der Bagabund	geb.	1
Das Ehepaar Orlov	geb.	1
Der rote Wascha	geb.	1
Blaue Tanten	geb.	1
Die Geschichte eines	geb.	1
Büdergesellen	geb.	1
Defgl.	geb.	2
Das Nachtasyl	geb.	2
	geb.	3

Wir machen unsere Leser noch darauf aufmerksam, daß so eben der neue Katalog unserer Buchhandlung erschienen und gratis zu haben ist.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Die Tambour-Kaffee-Röst-Werke

Berlin SW., Friedrichstraße 49a, Ecke Schützenstraße.

Probierstube
arbeiten mit neuestem, das Aroma schützenden

Röster, Kühler, Filter
D. Reichspatente ang.
Verkaufen

Gerösteten Kaffee	Pfund	1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70, 1.90, 2.20 M.
Gemahlenden Kaffee	Pfund	1.00, 1.15, 1.30, 1.50, 1.70, 1.90, 2.20 M.
Kaffee-Extrakte	garantiert reiner Bohnen-Kaffee, per 1/2 Liter-Flasche: 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 Pf. inkl. Flasche.	

Frisch geröstet, gut gemahlen, schnell filtriert, Kommt in den Laden und probiert! 71/19

Wiederverkäufer gegen hohen Rabatt gesucht!

Etablierung. Zigarren-Geschäft.

Große, hervorragend leistungsfähige Zigarren-Fabrik, deren Fabrikate in zehn 1000 Geschäften eingeführt sind, empfiehlt ihre nur rein überlebensfähigen, abgelagerten Zigarren von 24 St. an. Respektanten, welche sich etablieren wollen und Sicherheit stellen können, unter sehr günstigen Bedingungen. Näheres unter Chiffre **L. G.** Exped. d. Bl. 1852/2

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (6st).

Dienstag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Elysium, Landsberger Allee 40/41:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Robert Schmidt über: „Unsere Plätze an der Sonne.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

VI. Wahlkreis.

Dienstag den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Eiskeller“, Chausseestraße 88:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Albert Schmidt-Sonnenburg** i. d. Marx über:
„Zur Landarbeiterfrage.“
Diskussion. Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

General-Versammlung.

am Dienstag, den 7. Februar, 8 1/2 Uhr abends im **Alten Schützenhause**, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:
1) Vorstands- und Rechnungsbericht, 2) Neuwahl des gesamten Vorstandes, 3) Partei- und Vereins-Angelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Es ist Pflicht aller Genossen, den „Vorwärts“ von der Partei-Expedition, Keibelstraße 42, zu beziehen. Die Expedition ist geöffnet von 1/4-3 Uhr morgens, von 12-2 Uhr mittags und von 5-8 Uhr abends.

Verlangen Sie ausdrücklich den so vorzüglich schmeckenden **Dänischen Anker-Kautabak.**
Gibt nur, wenn in jedem Stück - Schließen oder Rollen - der Firmenstempel mit Anker liegt. Rauchgemachten Tabak ohne Stempel weise man zurück. Zu beziehen für Blederverkäufer nur durch **Carl Röcker, Berlin, Gröner Weg 112, Amt VII, 3861.**
Sämtl. Schupps u. Rauchtabake, Nordh. Kautabak - en gros. Josotti, Garbáty u. a. Zigaretten zu Original-Preisen.

Leihhaus
Berlin, Anhalterstr. 2, Charlottenburg, Friedrichsplatz 12.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 17732

Ballschmieders Kastanienwäldchen
Bad-Strasse 16.
Sonntag, den 12. Februar 1905, mittags präzis 12 Uhr:

Große Matinee

zum Besten der ausländigen Bergarbeiter im Ruhr-Revier,
veranstaltet von den Gesangsvereinen „Nordwacht“, „Weddinger Harmonie“, Gesangsverein der Schneider und der Zimmerer (R. d. A. S. V.), Dirigent R. Blobel, unter gütiger Mitwirkung der Konzert-sängerin Frau M. Geipolt, des Violinvirtuosen Herrn Alexander Altmann, des Herrn Kapellmeisters Hompol, sowie des Cello-Streichorchesters des Herrn Musikdirektors F. Blume. 65/5
Rauchen während des Konzerts verboten!
Billet 30 Pf. Anfang präzis 12 Uhr.
Straßenbahn-Fahrverbindung mit den Linien 34, 35, 36, 38, 39, 41, 42 und Mittelstraße-Pankow. Drei Minuten vom Nordring-Bahnhof Gesundbrunnen.

Nächste Ziehung 15., 16., 17. und 18. Februar.

Wohlfahrts-Lose

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete
Nur Geldgewinne ohne Abzug
a Mark 3.50, Porto und Liste 30 Pf. extra,
empfiehlt gegen Postanweisung oder Nachnahme
Hugo Rendelmann
Berlin SW., Friedrichstr. 205, zwischen Mauer- u. Zimmerstrasse.
Nur obige Lose werden versandt.

3 1/4 Pfund Brot 50 Pf.
(Brotware 6 Stk. 10 Pf.)
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstr. 135, Krantzstraße 19, Waldenburgerstr. 28, Sandbergstr. 2, Markthalle Paderstr., Stand 22/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Centrale: Boxhagenstr. 13.

Würzburger Hahneraugenmittel
von Dr. H. Cypar-Bürgburg - 20 Pf.
In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Greif-Apothek, Barnimstr. 33.
In Breslau: 16371, Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34.

Wer-Stoff-hat,
fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konkurrenz, feinste Stoffe, 2 Anze. Für guten Sitz bekam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 25, II. (Alexanderplatz).** - Begründet 1802. 16639

Hundkrankheiten
Spezialbehandlung. Tierarzt Philipp, Roppenstr. 9. Holstentor wochentags 9-11, 4-5, Sonntags nur nachmittags.

Hygienische Artikel.
Sanitäre Bedarfsartikel, Gummilwarsen etc. v. Prof. und Ärzten vielfach empfohlen.
Apotheker S. Schwelzer's Fabrik hygienischer Präparate, Berlin O. 27, Holzmarktstr. 70.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei, E. G. m. b. H.

Reinickendorf Ost, Wilke-Strasse 62,
empfiehlt ihr **garantiert reines Roggenbrot!**
Durch vollständige Neu-Erichtung unseres Betriebes entspricht derselbe allen Anforderungen der Hygiene und können wir deshalb unsere Bäckerei als die sauberste Berlins bezeichnen.
In nächster Zeit gestalten wir gern jedermann die Beschäftigung unserer Räume.
Wir bitten genau auf unsere Schutzmarke zu achten, mit welcher jedes Brot versehen ist.
In allen Geschäften, welche unser Brot verkaufen, hängen unsere Plakate aus, auf welchen ebenfalls die Schutzmarke ist.
Der Vorstand.

Inventur-1891L*
Räumungspreise!
soweit Vorrat:
Eine Partie **Reichgestickter Stores**
in Erbsüll 4.35 (Wert 7.60)
in crem u. Spachtel 5.65
(Wert 9.00) Englische Sezessions-Tüll-Stores 1.65.
Eine Partie **baumgewebte Madras-Stores**, Breite 135 cm, Länge 3,30 Meter, Stück 2.35, Wert 5.00 M.
Tüllbedecken 2.35 M.
Erbsüllbedecken 3.35 M.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstraße 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko.

Stempel-Fabrik
von [17072*]
Robert Hecht,
Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Kraft-Rothwein
für Blutarme u. Kranke, ärztlich empfohlen
Fi. 1.50 u. 2 M. überall käuflich
Santa Lucia
Nachahmen zurückweisen!

Grütwurst
jeden Mittwoch frisch zu haben bei **Karl König, Inh. Emilio Keiper, Göckelstraße 21, Fernspr. 7a, 7824.**

